

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Bei den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 konnten Bürgerrechtsgruppen der SED-Führung erstmals Wahlfälschung nachweisen. Bei einer zentralen Dienstbesprechung des Ministeriums für Staatssicherheit im Vorfeld der Wahlen schilderte Minister Erich Mielke seine Befürchtungen zu den Vorhaben der Oppositionellen.

Spätestens seit Mitte der 80er Jahre lag das politische und wirtschaftliche System der DDR am Boden. Immer mehr Menschen kehrten ihrem Land den Rücken. Viele derer, die blieben, brachten ihre Unzufriedenheit deutlicher denn je zum Ausdruck. Politische Veränderungen in Polen und in der Sowjetunion gaben ihnen Mut und Hoffnung auf einen Wandel auch in der DDR.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagerecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren Vorwürfe der Wahlfälschung über westliche Medien erstmals öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit fanden in etwa 1.000 Wahllokalen die Stimmenauszählungen unter ihrer Teilnahme statt. Die von den tatsächlichen Wahlergebnissen abweichenden veröffentlichten Zahlen sorgten für zahlreiche Proteste in vielen Städten.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen fand eine zentrale Dienstbesprechung des Ministeriums für Staatssicherheit statt. Minister Erich Mielke ging in seiner Rede auch auf die Wahlen ein und schilderte ausführlich seine Befürchtung, dass die "feindlich-negativen Kräfte" dieses Ereignis für eine "Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR" nutzen würden, was es aus seiner Sicht zu verhindern galt, ohne dass es für "Außenstehende ... sichtbar" würde. Ausführlich schildert er die Vorbereitungen von Bürgerrechtsgruppen, um die Stimmenauszählung zu überwachen.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8677, Bl. 1-177

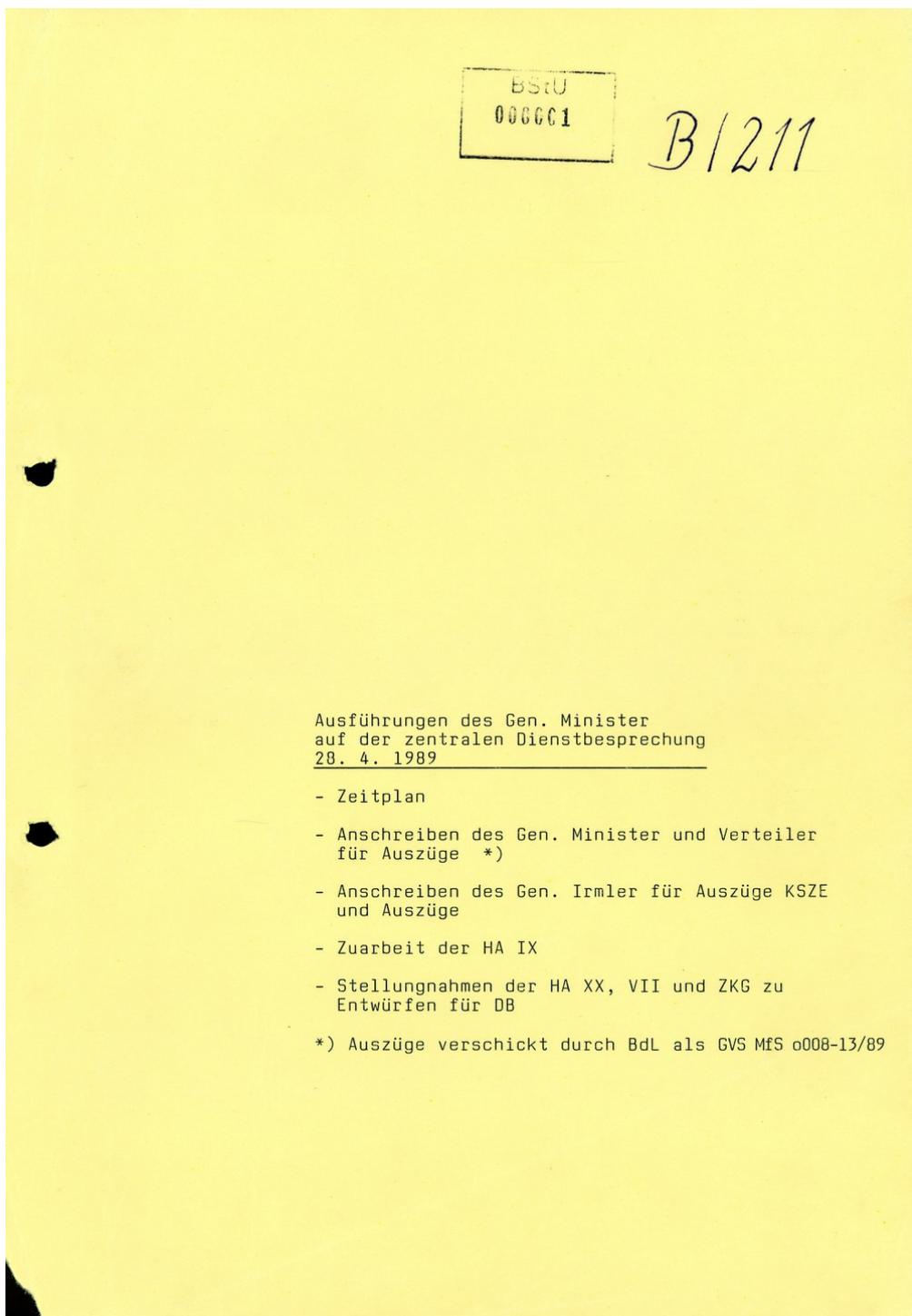
Metadaten

Datum: 28.4.1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8677, Bl. 1-177

Blatt 1

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 8677, Bl. 1-177

Blatt 2

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

3

BStU
000003

000002

Genossen!

Ich begrüße Euch zu unserer heutigen zentralen Dienstbesprechung. Ihr Anliegen besteht darin,

erstens - gewissermaßen in Fortschreibung der Kollegiumssitzung vom 1. 2. 1989 - unter Berücksichtigung der Entwicklung der politisch-operativen Lage nach Abschluß der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien weitere Schlußfolgerungen für die Verantwortung und die Aufgaben unseres Ministeriums herauszuarbeiten;

zweitens - auf einige Schwerpunkte in der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Kommunalwahlen und des Pfingsttreffens der FDJ zu orientieren;

drittens - einige für die politisch-operative Arbeit bedeutsame Einschätzungen und Schlußfolgerungen aus der Analyse der Kriminalitätsentwicklung in der DDR seit dem XI. Parteitag auszuwerten und auf ausgewählte Probleme im MfS aufmerksam zu machen, die die Schlagkraft unseres Ministeriums beeinträchtigen.

Nach der Mittagspause werde ich dann noch vor Leitern ausgewählter operativer Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leiter der Bezirksverwaltungen zu weiteren operativen Problemen sprechen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

4

BStU
000004

000003

Genossen!

Blicken wir auf die internationale Lage, so lässt sich positiv feststellen:

- Die weitsichtigen und verantwortungsvollen Initiativen der Warschauer Vertragsstaaten, das Wirken breiter Kräfte der Vernunft und des Realismus und auch der vertragsgerechte Verlauf der Beseitigung der Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der USA haben eine Entwicklung zur Gesundung der Lage, zum Besseren in der Welt eingeleitet.

Neben ersten realen Abrüstungsmaßnahmen gibt es bestimmte Zeichen einer Entspannung in den internationalen Beziehungen, eine gewisse Eindämmung von Spannungs- und Konfliktsituationen, Verbesserungen im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis und weitere Fortschritte im KSZE-Prozeß.

Die imperialistische Bedrohungslüge verliert spürbar an Wirksamkeit.

- Die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder bekunden mit den einseitigen Reduzierungen von Streitkräften und Rüstungen ihren entschlossenen Willen, den Prozeß der Friedenssicherung und Abrüstung weiter voranzubringen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

5

BStU
000005
000004

Das Ziel dieser gewichtigen Vorleistungen unserer Länder bestand vor allem auch darin, günstige Startbedingungen für die Wiener Verhandlungen der 23 Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO über konventionelle Streitkräfte sowie für die Verhandlungen der 35 KSZE-Staaten über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu schaffen.

Auf der Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde den NATO-Staaten der Vorschlag unterbreitet, in naher Zukunft gesonderte Verhandlungen zu den taktischen Kernwaffen in Europa, einschließlich der nuklearen Komponente der doppelt verwendbaren Mittel, aufzunehmen, um die von der NATO beabsichtigte Modernisierung oder Aufstockung dieser Waffensysteme und die damit verbundene Destabilisierung der militärstrategischen Lage in Europa zu verhindern.

Die Fortschritte bei der Festigung des Friedens und der Abrüstung dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die internationale Lage noch immer kompliziert und widersprüchlich ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kommt es für uns noch mehr darauf an, die Unterschiedlichkeit und Differenziertheit, die positiven und negativen Aspekte der internationalen Entwicklung, die ganze Widersprüchlichkeit der Lage und die daraus resultierenden Gefahren äußerst sorgfältig und verantwortungsbewußt einzuschätzen und zu beurteilen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

6

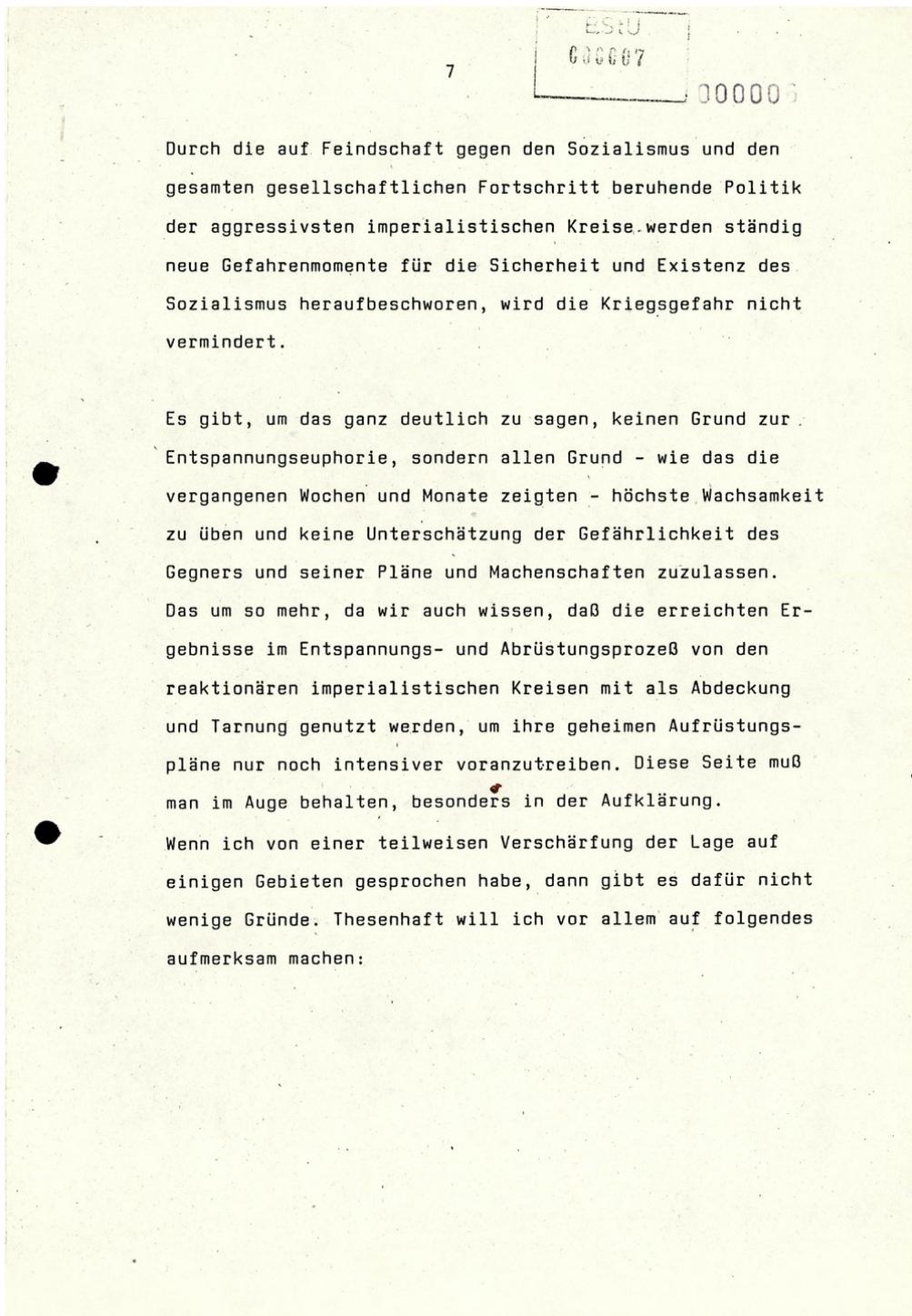
BStU
000006

000005

An keine Frage der Klassenauseinandersetzung darf einseitig oder schematisch herangegangen werden. Unsere Aufgabe als Ministerium für Staatssicherheit ist es, jede einzelne Erscheinung in der internationalen Arena richtig in die Gesamtzusammenhänge einzuordnen und sie objektiv zu werten.

Entsprechend dem uns übertragenen Klassenauftrag besteht unsere spezifische Verantwortung doch vor allem darin, alles für die Erhaltung und Sicherung des Friedens, für die weitere Stärkung des Sozialismus, für die Sicherung und Festigung der Macht und für die zuverlässige Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu tun. Deshalb werde ich in meinen Ausführungen auch sehr deutlich zu einigen Fragen der Lageentwicklung sprechen, auch wenn hier und da bestimmte Entwicklungen anders gewertet, zu einzelnen Fragen etwas andere Einschätzungen getroffen werden. Wir haben als Staatssicherheitsorgan die Pflicht, an alle Grundfragen der Klassenauseinandersetzung immer objektiv heranzugehen, kein Wunschdenken, keine Illusionen in unseren Reihen zuzulassen.

Wir müssen in unserer politisch-ideologischen und politisch-operativen Arbeit davon auszugehen, daß sich die internationale Lage teilweise auf einigen Gebieten erneut verschärft hat.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

8

BSU	000008	000007
-----	--------	--------

- In der Gesamtpolitik der führenden imperialistischen Mächte, insbesondere in der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten, nimmt der militärische Faktor nach wie vor eine zentrale Stellung ein. USA-Präsident Bush erklärte unumwunden, mit der Sowjetunion nur aus einer Position gesicherter militärischer Stärke zu verhandeln. Er lehnte einen Truppenabbau der USA und ihrer NATO-Verbündeten ab. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, die Pläne zur "Modernisierung" der strategischen und konventionellen Waffen voranzutreiben und das Weltraumrüstungsprogramm SDI und andere Projekte zum strategischen Vorteil der USA zu nutzen.

Die USA und die NATO beharren auf der Konzeption der "nuklearen Abschreckung" mit der Hauptkomponente, dem atomaren Erstschlag. Sie halten fest an den Programmen der "Umrüstung" und der "Modernisierung" - mit allem, was sich dahinter an gewaltiger Aufstockung und Neuentwicklung der Waffenarsenale verbirgt.

Mit einer Serie von Rüstungsmaßnahmen, demagogisch umhüllt mit dem irreführenden Begriff "Modernisierung", sollen die Ergebnisse des INF-Vertrages unterlaufen und kompensiert werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

9

BSU
000009

000008

Die dazu gefaßten internen NATO-Beschlüsse werden von der BRD aktiv mitgetragen. Zugleich entwickelt die westdeutsche Rüstungsindustrie eigenständige Trägermittel, die zur Materialisierung des Modernisierungskonzepts gedacht sind. Gegenüber der Öffentlichkeit ist die BRD-Regierung im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Dezember 1990 jedoch bestrebt, eine gewisse Distanz zu den Bündniszwängen zu demonstrieren. Sie argumentiert in diesem Zusammenhang, daß ein Entscheidungsbedarf frühestens 1992 anstehe, daß ihre künftige Position in dieser Frage von weiteren einseitigen Abrüstungsschritten der sozialistischen Staaten abhängt u. ä.

Diese Vorgänge zeigen, - und ich habe nur einige genannt - daß der Widerstand der Gegner der Abrüstung und Entspannung größer und schärfer geworden ist und sich offensichtlich weiter verfestigt. Den Abrüstungs- und Entspannungsprozeß unter diesen Bedingungen voranzubringen wird schwieriger. Darüber darf es in unseren Reihen keine Illusionen geben.

Die Partei erwartet von uns, daß wir diese Vorgänge noch tiefgründiger aufklären, erkennen, einschätzen, aufbereiten und durch die Erarbeitung exakter Informationen dazu beitragen, Überraschungen auszuschließen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

10

BStU
000010 000009

Erforderlich ist vor allem eine umfassende und gewissenhafte Analyse der Ergebnisse der sogenannten Bestandsaufnahme bzw. Standortbestimmung und der daraus abgeleiteten Leitlinien und Grundrichtungen der neuen USA-Administration sowie der Maßnahmen zur Umsetzung in der praktischen Politik. Das betrifft auch das angekündigte "Gesamtkonzept der NATO über Abrüstung und Sicherheit", das auf dem NATO-Gipfel Ende Mai verabschiedet werden soll. Ohne hier näher darauf einzugehen - dieses Konzept spielt eine Schlüsselrolle in der gesamten Strategie des Imperialismus gegen den Weltsozialismus, gegen den gesellschaftlichen Fortschritt.

Soviel nur kurz zu einigen militärischen und militärpolitischen Aspekten der Lageentwicklung. Ich will es dabei bewenden lassen. Meinen Stellvertretern, den Leitern ausgewählter Hauptabteilungen und den Leitern der Bezirksverwaltungen ist dazu Anfang April ein spezielles Material zugegangen. Ich gehe davon aus, daß sich jeder von Euch bereits gründlich damit vertraut gemacht hat. Das Wichtigste ist aber, die notwendigen Schlußfolgerungen und Konsequenzen für den jeweiligen Verantwortungsbereich abzuleiten und durchzusetzen.

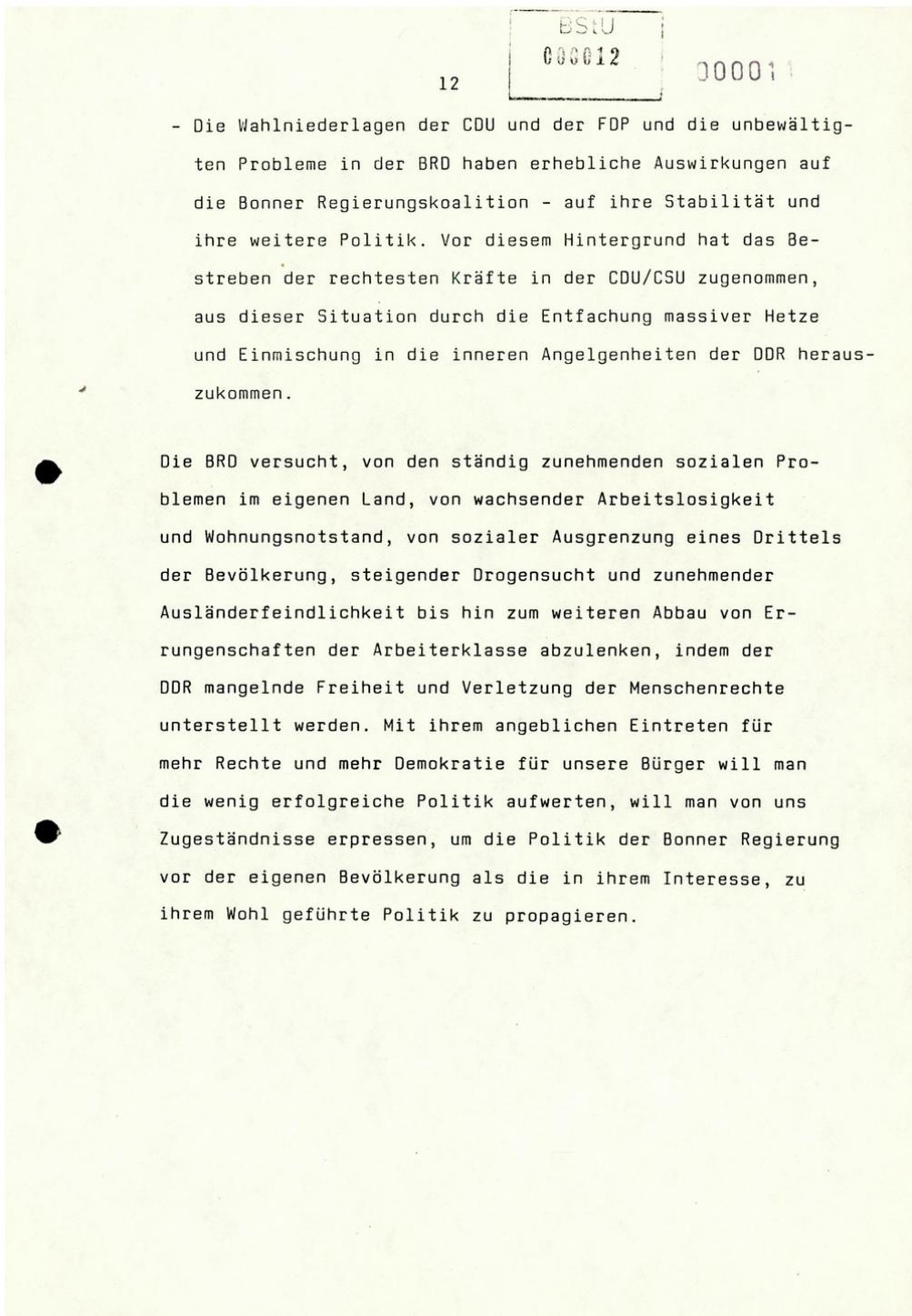
Im folgenden will ich - auch nur kurz - auf einige weitere Seiten der Lageentwicklung, vor allem auf die politischen Stoßrichtungen des strategischen Planes des Gegners, hinweisen, die meine eingangs getroffene Einschätzung noch erhärten und die wir in unserer Arbeit deshalb unbedingt berücksichtigen und aufmerksam verfolgen müssen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

- Unübersehbar ist das Anwachsen des Neofaschismus und -nazismus in der BRD und Westberlin, das Erstarken rechts-extremistischer, rechtskonservativer Kräfte mit allen damit verbundenen Gefahren für die politische Entwicklung dort und besonders auch für die Politik gegenüber den sozialistischen Staaten.

Bereits im Zusammenhang mit der berüchtigten Jenninger-Rede vor dem Bonner Bundestag habe ich darauf hingewiesen, daß damit das Ziel verfolgt wird, die retesten Kräfte zu formieren. Die Geister wurden gerufen, jetzt hat die CDU/CSU Sorge sie zu beherrschen, ohne selbst Schaden zu nehmen.

An dieser Stelle unterstreiche ich nochmals: Was bestimmte neofaschistische und neonazistische Erscheinungen bei einigen Jugendlichen bei uns betrifft, so sind diese entschieden zu bekämpfen. Eine Reihe von Vorkommnissen in letzter Zeit unterstreicht die Dringlichkeit, konsequent durchzugehen und keine Nachsicht zu üben. Zugleich ist es aber auch erforderlich, im Jugendverband und an den Schulen die ideologisch-erzieherische Arbeit wesentlich zu verstärken. Ich wiederhole: Gegen alle Kräfte, die mit neofaschistischen und neonazistischen Handlungen, Parolen usw. in der DDR auftreten bzw. aufzutreten beabsichtigen, ist entschieden vorzugehen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

12a

BStU
000013

000012

Die jüngsten Kampagnen unter demagogischer Berufung auf die Menschenrechte und den KSZE-Prozeß sind sichtbarer Ausdruck dafür. Dazu gehören auch die Besuchsabsagen von Seiten der BRD zur Leipziger Frühjahrsmesse.

Besonders deutlich wird das erneut in der gestrigen Regierungserklärung von Kohl, in der er auf angeblich auch in der DDR immer dringender werdende Forderungen nach Veränderungen verweist und das mit der Forderung verbindet, die Führung der DDR künftig noch stärker an den in der KSZE-Schlußakte und auf den Folgekonferenzen festgeschriebenen Vereinbarungen zu messen.

Mit der Konzentration der Hetze und Verleumdung gegen die DDR ist zugleich die Hoffnung entsprechender Kreise in der BRD verbunden, damit

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000014 000013
13

- antisozialistischen Kräften und Entwicklungen, besonders in Polen und Ungarn, "Luft" und Rückendeckung zu verschaffen,
- das Einmischungsinstrumentarium, die Einwirkungsmöglichkeiten gegen unsere Republik und andere sozialistische Staaten in unseren Ländern selbst zu erweitern,
- auch bei uns unter breiten Bevölkerungskreisen Unzufriedenheit auszulösen sowie feindliche, oppositionelle Kräfte in ihren Aktivitäten zur Destabilisierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung von innen heraus massiv zu unterstützen.

Klar gilt es zu erkennen: Dieses konfrontative und demagogische Vorgehen der BRD wird mehr oder weniger von allen Bundestagsparteien und auch von den Westmächten getragen. Hier handelt es sich um strategische Zielstellungen und darauf ausgerichtete konzentrierte Aktionen, mit deren weiterer Verstärkung wir rechnen müssen. Ich komme darauf später noch ausführlicher zu sprechen.

- Über das bisher Gesagte hinaus müssen wir sehen, daß auch die Bildung des SPD/AL-Senats in Westberlin die Gefahren des Einwirkens in die DDR erhöht.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

14

BStU
000015

000014

Es ist doch so, daß nicht wenige unserer Bürger letztlich in der SPD eine Arbeiterpartei und in der AL eine Partei der Linken sehen und sich von dem teilweise demagogischen Gerede, von den Lösungen und Absichtserklärungen täuschen lassen. Von beiden Parteien wissen wir aber - und das trifft auch für die "Grünen" zu -, daß sie neben realistischen Positionen zu außenpolitischen und zu Fragen der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bzw. Westberlins außerordentlich gefährliche Pläne gegenüber unserer Republik verfolgen.

So wird zum Beispiel in der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der AL vom 13. März 1989 unter anderem erklärt:

"Ein gesamteuropäischer Friedensprozeß ist nur von Dauer, wenn er sich auch auf den direkten Kontakt zwischen den Menschen, gesellschaftlichen Gruppen und nichtstaatlichen Organisationen gründet" Und sie meinen damit vor allem ihre Bestrebungen und Aktivitäten zum Zusammenwirken mit feindlichen, oppositionellen Kräften bei uns.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

15

BStU
000016 000016

Oder denken wir an die jüngsten Versuche von führenden SPD-Politikern, sich unter Mißbrauch des gemeinsamen Dokuments "Der Streit der Ideologien ..." in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen und uns Vorschriften machen zu wollen, wie wir mit bestimmten Leuten bei uns umzugehen haben.

Und wir wissen auch, daß die SPD und die AL ihren neuen Status in Westberlin nutzen wollen, um derartige Kräfte darin zu unterstützen, Legalität zu erhalten, ihren Betätigungsspielraum zu erweitern, einschließlich der Versuche zur Internationalisierung und zum länder- bzw. blockübergreifenden abgestimmten Vorgehen.

Bestimmte Kräfte in der SPD setzen darauf - vor allem im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion und mittels des Politourismus sowie des Mißbrauchs der Kontakte auf allen Ebenen - auch bei uns den Sozialdemokratismus wiederzubeleben und gegen unsere sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung ins Feld zu führen. Konzeptionen sozialdemokratischer Führungsgremien gehen davon aus, daß besonders aktuelle Entwicklungen und Auffassungen in einigen sozialistischen Ländern - ich nenne nur die VR Polen und die Ungarische VR - günstige Ansatzpunkte für die Verbreitung antisozialistischen reformistischen Gedankengutes bieten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

16

BStU
000017

000016

In der Sozialistischen Internationale vereinte sozialdemokratische und sozialistische Parteien registrieren zum Beispiel mit großer Genugtuung das Wiedererstehen bzw. die Reaktivierung sozialdemokratischer Parteien in einigen sozialistischen Staaten.

Das unterstreiche, wie erklärt wurde, die Lebensfähigkeit sozialdemokratischer Sozialismusvorstellungen. Und bekannt ist uns auch, daß die Sozialistische Internationale und ihre Parteien verstärkte Anstrengungen unternehmen, um auf die erwähnten sozialdemokratisch gefärbten und anderen Oppositionsstrukturen einen noch größeren Einfluß zu erlangen. Im Rahmen der Sozialistischen Internationale soll zum Beispiel in diesem Sinne eine Koordinierungsgruppe tätig werden. Auch die SPD hat die Absicht, bestimmte Einrichtungen zu schaffen, die sich mit der Unterstützung sozialdemokratischer Parteien und Gruppierungen in sozialistischen Ländern befassen sollen. Dabei geht es ihnen nicht nur um evtl. bereits vorhandene oder sich herausbildende sozialdemokratische Parteien, sondern auch um solche Gruppierungen, die "sozialdemokratische Zielsetzungen" verfolgen, wozu sicherlich eine große Breite zu zählen wäre. Ihnen allen soll mit "Interesse und Offenheit gegenübergetreten werden", über sie alle sollen Informationen gesammelt werden. Sehr sorgfältig müssen wir verfolgen, wie das alles im weiteren Kampf gegen den Sozialismus genutzt wird - vor allem im Vorgehen gegen die DDR.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

000013

000017

17

Angesichts dessen müssen wir uns doch die Fragen vorlegen und beantworten: Welche Wirkungen hinterläßt das in der DDR? Wo gibt es noch bzw. wo entwickelt sich sozialdemokratisches Gedankengut neu? Denn fest steht, daß die Offensive des Gegners unter demagogischer Berufung auf den KSZE-Prozeß und die Reformen und Erscheinungen in anderen sozialistischen Staaten bei einzelnen Personen - auch Persönlichkeiten - und in bestimmten Bevölkerungskreisen bei uns nicht ohne Wirkung bleiben.

Genossen!

Im folgenden zu einigen weiteren Erkenntnissen über die Bestrebungen und Aktivitäten des Gegners, den KSZE-Prozeß, insbesondere die Ergebnisse des Folgetreffens in Wien, für verstärkte Angriffe gegen die DDR zu mißbrauchen.

Was Probleme und Erfordernisse nach Abschluß des Wiener Treffens betrifft, so habe ich dazu bereits auf der Beratung des Kollegiums am 1. Februar 1989 prinzipielle Ausführungen gemacht. Das bezieht sich auch auf Bestrebungen des Gegners, die Ergebnisse dieses Treffens maximal für das weitere Vorgehen gegen die sozialistischen Staaten auszunutzen und zu mißbrauchen.

In der Zwischenzeit hat sich bestätigt, daß die Ausnutzung des KSZE-Prozesses, vor allem des Wiener Abschlußdokumentes, in den gegnerischen Zielstellungen und Planungen sowie in der praktischen Politik einen wachsenden Stellenwert einnimmt. Das ist zu einem wesentlichen Bestandteil des gesamten Vorgehens des Gegners geworden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

18

BStU	000019	000018
------	--------	--------

Wir müssen in der politisch-operativen Arbeit davon ausgehen, daß die reaktionären imperialistischen Kreise in Europa besonders nach dem Wiener Treffen die Weichen für eine breit angelegte Gegenoffensive zum Export bürgerlicher Wertvorstellungen, für eine zunehmende Druckausübung, gewissermaßen für ein Zurückrollen des Sozialismus mit politischen und ökonomischen Mitteln gestellt haben. Ganz offen wird in den westlichen Medien von einem angeblichen Bankrott des Sozialismus und der Ideen des Marxismus-Leninismus gesprochen und von den Regierungen der NATO-Staaten gefordert, die historische Chance für das Eindringen der bürgerlichen Ideologie in alle Lebensbereiche der sozialistischen Länder und für die Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu nutzen. Mit anderen Worten - diesen Kreisen geht es um die Veränderung der Machtfrage zu ihren Gunsten, um die Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in unseren Ländern.

Ausgehend von einer derartigen Einschätzung und Zielstellung wird in der NATO, besonders seitens der USA, an einer langfristigen, einheitlichen Strategie und Taktik des künftigen Vorgehens gegenüber den sozialistischen Ländern Europas intensiv gearbeitet. Bekanntlich soll das eine wesentliche Rolle auf dem NATO-Gipfel Mitte Mai in Brüssel spielen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

19

BStU
000020

000019

Worauf wir eingestellt sein müssen, wird bereits aus einer Rede von US-Präsident Bush am 17. 4. 1989 deutlich. Obwohl diese Rede und der darin unterbreitete sogenannte 8-Punkte-Plan speziell auf die VR Polen ausgerichtet waren, wider-spiegeln sie jedoch bereits wesentliche Seiten der Konzeption der Bush-Administration gegen die sozialistischen Länder.

Dieses Konzept, das sowohl politische, ökonomische als auch ideologische Komponenten enthält, ist mehr denn je durch Aggressivität, Einmischung sowie Erpressung der sozialistischen Länder gekennzeichnet. Offen wird verkündet - und gegenüber Polen wird das bereits direkt angewandt - ein Junktum herzustellen zwischen der Gestaltung der Volkswirtschaft, einschließlich ihrer Leitung und Planung sowie des politischen Überbaus, in dem jeweiligen sozialistischen Land und der Gewährung der ökonomischen Unterstützung durch den Westen bzw. der Gestaltung der Zusammenarbeit.

So wird in dem sogenannten 8-Punkte-Plan für Polen

- das Eintreten der USA für die Umschuldung der 39 Milliarden Dollar Auslandsschulden an die Bedingung geknüpft, daß sich in Polen der "freie Markt" entwickeln kann.
- Angekündigt wird die Unterstützung der USA für die Gewährung von Krediten des Internationalen Währungsfonds, verbunden mit konkreten Programmen und Forderungen zur Durchführung von "Wirtschaftsreformen".

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

20

BSI U
000021

000020

- Die Gewährung von USA-Krediten sowie von Handels- und Zollvorteilen soll vor allem auf die Förderung der freien Marktwirtschaft und des Privatsektors gerichtet sein.

Wie gesagt, mit diesem Programm geht es nicht allein um Polen. Das strategische Konzept der USA ist generell darauf gerichtet,

die westliche Marktwirtschaft in den sozialistischen Ländern zu installieren und zu fördern,

Entwicklungen im Sinne einer sogenannten Liberalisierung und Demokratisierung, eines "neuen Denkens und von Freiheit" im Innern der sozialistischen Länder aktiv zu unterstützen und voranzutreiben.

Insgesamt geht es darum, die westliche Ideologie noch stärker in die sozialistischen Länder hineinzutragen, unter anderem

durch die Herstellung, den Ausbau und die Nutzung von Kontrollen auf allen Ebenen,

durch die Eröffnung von weiteren Kulturzentren westlicher Länder und die Errichtung von sogenannten Managerausbildungszentren sowie

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21

BStU
000022

000021

durch eine weitere Differenzierung des gesamten Vorgehens gegen die einzelnen sozialistischen Staaten mit dem Ziel der Unterminierung und Zerstörung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Das von Bush unterbreitete antisozialistische Konzept zur Zersetzung und Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in einzelnen sozialistischen Ländern, zur Destabilisierung und letztlich zur Beseitigung des Sozialismus insgesamt und damit zur Revidierung der Nachkriegsordnung in Europa ist - und das müssen wir klar sehen - in besonderem Maße mit gegen die DDR gerichtet. Unsere Partei und unser Staat halten bekanntlich konsequent an der bewährten Gesellschaftsstrategie fest und denken nicht daran, den westlichen Erpressungs-, Einmischungs- und Einwirkungsversuchen nachzugeben. Wir haben uns deshalb darauf einzustellen, daß die DDR künftig noch stärker in das Zentrum der Druck-, Verleumdungs- und Differenzierungspolitik rücken wird.

Das um so mehr auch angesichts der großen Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der Entwicklung in einigen sozialistischen Ländern. Neben Polen vollzieht sich vor allem in Ungarn eine Entwicklung, die uns mit großer Sorge erfüllt, die ernsthafte Gefahren für den Sozialismus heraufbeschwört.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21a

BStU
000023

000022

Der Generalsekretär der USAP, Genosse Grosz, schätzte vor wenigen Tagen auf einer geschlossenen Veranstaltung mit einem Parteiaktiv ein, daß sich die USAP und die Ungarische Volksrepublik gegenwärtig in einer außerordentlich schwierigen Lage, an einem Scheideweg ihrer weiteren Entwicklung befinden. Er schloß nicht aus, daß es zu einer Spaltung der Partei, zu einem polnischen Weg oder sogar zu einem Bürgerkrieg kommen könne.

Die Parteiführung und die Partei insgesamt handle nicht einheitlich und ohne klare Konzeption. Ihre Handlungen erfolgen unter dem Druck der Ereignisse und der antifaschistischen Kräfte.

Nach seinen Worten muß damit gerechnet werden, daß die USAP künftig in Koalition mit der sozialdemokratischen Partei und mit anderen Parteien regieren muß oder sogar andere Parteien die Macht übernehmen.

Man müsse sich auf einen langen politischen Kampf im Rahmen eines Mehrparteiensystems um die Macht einstellen, der mindestens 3 bis 4 Jahre andauern könne.

Die ganze Kompliziertheit und Gefährlichkeit der Lage in Ungarn wird unter anderem auch daran deutlich, daß sich die Mitgliederzahl der USAP besorgniserregend verringert.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21b

BSU
000024

000023

Nachdem bereits über 100 000 die USAP verlassen haben und größtenteils zur Sozialdemokratischen Partei übergegangen sind, rechne man in den nächsten Monaten mit einer weiteren Verringerung der Mitgliederzahl um ca. 100 000.

Demgegenüber gewinnen die Sozialdemokratische Partei und andere Parteien - mit einem Anwachsen auf 200 000 Mitglieder wird dabei gerechnet - sowie bürgerliche Organisationen bis hin zu offen antisozialistischen Vereinigungen ständig an Einfluß.

Die Ungarische Sozialdemokratische Partei soll in die Sozialistische Internationale integriert werden und bereits an der Juni-Tagung in Stockholm teilnehmen.

Aufgrund der ökonomischen Krise besitzt die USAP kaum noch Autorität und hat ihren Einfluß auf die Jugend völlig verloren. Die Auflösung des Kommunistischen Jugendverbandes widerspiegelt das mit aller Schärfe.

Die Parteiorganisationen in der Armee, Miliz und in den Organen des MdI sollen aufgelöst und diese Organe sozusagen entpolitisiert werden. Im MdI sind bekanntlich auch die Staatssicherheitsorgane integriert.

Im Falle günstiger Ergebnisse bei den Wiener Verhandlungen ist eine Verringerung der Ungarischen Volksarmee um weitere 30 bis 35 % vorgesehen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21c

BSTU	000024
	000025

Vorgesehen ist, künftig die Parteinomenklatur für Staatsfunktionäre abzuschaffen, um damit die Trennung von Partei und Staat zu demonstrieren.

In den Darlegungen des Genossen Grosz wurde angedeutet, daß die eingeleiteten Aktionen zur Rehabilitierung von Imre Nagy, der 1956 die Konterrevolution anführte und als Ministerpräsident den Austritt der UVR aus dem Warschauer Vertrag erklärt hatte, insbesondere die Einweihung seiner Grabgedenkstätte, zu emotionalen Ausbrüchen führen könnten, die nur schwer zu beherrschen wären. Die Angriffe gegen die nach 1956 etablierte Partei- und Staatsführung würden immer massiver. Falls die Lage außer Kontrolle gerät, werde man Genossen J. Kadar vorschlagen müssen, das Land zu verlassen.

Insgesamt wird eingeschätzt, daß viele Prozesse in Ungarn nicht mehr kontrollierbar seien und das Land sich einem Chaos näherte. Obwohl zur Zeit von einer Restauration des Kapitalismus in Ungarn noch nicht gesprochen werde, sei das nicht auszuschließen. Selbst in der Parteiführung gebe es Kräfte, die einen sozialdemokratischen Weg bzw. ein republikanisches Modell nach französischem Muster anstreben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21d

BS:U
000026

000025

Die Ausführungen des Generalsekretärs der USAP lassen erkennen, daß die ungarische Parteiführung offensichtlich nicht über den Willen verfügt, die politische Macht zu verteidigen. Der Prozeß einer spürbaren Erosion sozialistischer Machtverhältnisse, Errungenschaften und Werte hat sich beschleunigt und alle gesellschaftlichen Gebiete ergriffen. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten nehmen zu. Uneinigkeit, Spaltungserscheinungen sowie politisch-ideologische Verwirrung von der Spitze bis hin zur Basis untergraben zusehends die Kampfkraft der Partei.

Kräfte, die zum politischen Kurs der USAP in Opposition stehen und offen antisozialistische Positionen beziehen, haben sich organisatorisch formiert. Sie zwingen in wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der USAP zunehmend das Gesetz des Handelns auf. Das Vertrauensverhältnis von Partei und Volk ist weitgehend gestört.

Jeder von Euch kann selbst ermessen, welche Probleme und Gefahren sich aus alledem für die sozialistische Gemeinschaft, für den Sozialismus und damit auch für die internationale Lage ergeben.

Genosse Erich Honecker hat in einem Schreiben die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen von dieser Lageentwicklung in Ungarn - wie ich sie hier dargelegt habe - informiert und ihnen den Auftrag erteilt, das mit den 1. Kreissekretären in geeigneter Form mündlich auszuwerten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21e

BStU
000027

000026

In dem Schreiben bekräftigt Genosse Honecker die Entschlossenheit unserer Parteiführung, entsprechend den Beschlüssen unserer Partei auch künftig alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die mit der USAP und der UVR bestehenden Vereinbarungen über die Entwicklung der Zusammenarbeit im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erfüllen und damit zur Verteidigung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse in Ungarn beizutragen.

Ich möchte dem noch etwas hinzufügen.

Ohne Zweifel ist es grundsätzlich richtig und müssen wir anerkennen, daß jede Kommunistische Partei und jeder sozialistische Staat die alleinige Verantwortung für die Gestaltung des Sozialismus entsprechend den jeweiligen konkreten nationalen Bedingungen im eigenen Land trägt. Das bringt es mit sich, daß beim Aufbau des Sozialismus, bei der Lösung gleichartiger gesellschaftlicher Aufgaben verschiedene Wege, Mittel und Methoden angewandt werden und auch anwendbar sind. Wir haben es deshalb heute bereits mit einer Vielfalt und Mannigfaltigkeit, mit verschiedenen Modellen und Varianten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu tun, und diese Entwicklung wird weiter zunehmen.

Das gilt auch für die verschiedenartigsten Erscheinungen und Formen der sozialistischen Demokratie sowie des sozialistischen Pluralismus, auch wenn nicht alles, was unter diesen Lösungen und Begriffen geschieht, den Idealen und Zielen des Sozialismus entspricht und unsere Zustimmung findet.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21f

BSU
000028

000027

Wir dürfen auch nicht alles, was sich in dieser Beziehung vollzieht, an unseren Maßstäben, an unserem Weg der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft messen.

Unseres Erachtens gibt es aber einige Grundfragen für jede kommunistische und Arbeiterpartei, allgemeine Gesetzmäßigkeiten sowie Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die bei aller Vielfalt der Entwicklungen garantiert sein müssen. Entscheidend ist, die führende Rolle der Partei zu gewährleisten, die errungene Macht der Arbeiterklasse unablässig zu festigen und sie nicht antasten zu lassen - sie nicht aus der Hand zu geben, die sozialistische Entwicklung zu sichern und den Sozialismus zu stärken.

Diese Pflicht vor dem eigenen Volk und vor dem Weltsozialismus hat jede kommunistische und Arbeiterpartei in den sozialistischen Staaten, wenn sie ihrer Verantwortung - und nicht zuletzt auch ihrem Namen - gerecht werden will.

Ausgehend von diesen Grundpositionen müssen wir einschätzen, daß durch die Entwicklungen in Ungarn und Polen - auch wenn das differenziert zu sehen ist - große Gefahren für den Sozialismus heraufbeschworen werden.

Ihr habt in den letzten Tagen und Wochen auch die Ausschreitungen nationalistischer und antisozialistischer Kräfte in der UdSSR und der VR China verfolgt. Bezogen auf China verweise ich auf den gestrigen Artikel im Neuen Deutschland.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

21g

BStU
000028
000629

Ich habe nicht die Absicht, heute ausführlich auf die Lage in den einzelnen sozialistischen Ländern einzugehen. Wichtig ist - und dem dienten meine kurzen Ausführungen dazu -, daß wir allen diesen Entwicklungen und Problemen größte Beachtung beimessen müssen.

Vor allem ist sorgfältig einzuschätzen, welche Auswirkungen das auf die Entwicklung der Lage im Innern der DDR hat oder haben kann, wie das vom Gegner und von feindlich-negativen Kräften für das weitere Vorgehen gegen uns und den Sozialismus insgesamt genutzt wird bzw. werden soll.

Genossen!

Die westlichen Staaten machen keinen Hehl daraus, bei den weiteren Konferenzen und Treffen zu versuchen, ihre Maximalforderungen, die in Wien zurückgewiesen werden konnten, erneut einzubringen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

22

BStU
000030

000029

Das betrifft die Etablierung eines sogenannten multilateralen Menschenrechtskontrollmechanismus, die Zulassung von Gruppen und Einzelpersonen als Dialogpartner bei KSZE-Veranstaltungen, die freie Ein- und Ausreise für diese Kräfte, den öffentlichen Verkauf ausländischer Druckerzeugnisse und andere Forderungen.

Es war, ist und bleibt ein wesentliches Ziel der NATO- und anderer westlicher Länder, weitere Berufungsgrundlagen für ihre permanente Einmischungs- und Differenzierungspolitik, für die Druckausübung, für die politisch-ideologische Diversion und Einwirkung, für die Förderung feindlicher, oppositioneller Kräfte und ihres möglichst legalen Wirkens in unseren Ländern zu erhalten und dann umfassend nutzen zu können.

Große Bedeutung mißt der Gegner dabei den Vereinbarungen über einen Konsultations-, Überprüfungs- und Konferenzmechanismus hinsichtlich der sogenannten menschlichen Dimension bei. Er bezieht sich dabei unter anderem auch auf die dazu vorgesehenen Konferenzen 1989 in Paris, 1990 in Kopenhagen und 1991 in Moskau. Diese Vereinbarungen würden die bisher vom Westen geübte Praxis legitimieren, im Ergebnis einer ständigen Kontrolle der Menschenrechtsprobleme in den sozialistischen Ländern permanent öffentlich und auf diplomatischem Wege zu intervenieren, Forderungen zu stellen, Druck auszuüben und sich in vielfältiger Weise in die inneren Angelegenheiten einzumischen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

23

BStU
000031

000030

So wurde zum Beispiel die Arbeitsgruppe KSZE bei der EG damit beauftragt, die Ergebnisse des Wiener Treffens zu analysieren und vor allem Vorschläge zu erarbeiten, wie der für die sogenannte menschliche Dimension vorgesehene Mechanismus so effektiv wie möglich gegen den Sozialismus genutzt werden kann.

Ein Ausdruck dessen sind auch bereits die in den vergangenen Wochen durch die USA und andere westliche Staaten - vor allem auch die BRD - in anmaßender Weise erfolgten Veröffentlichungen, wie die UdSSR, die DDR, die CSSR und andere sozialistische Länder die KSZE-Verpflichtungen, besonders zu Fragen der Menschenrechte und bürgerlichen Grundfreiheiten, erfüllen. Das wurde verbunden mit massiven Angriffen gegen einzelne sozialistische Staaten. Und wir haben uns darauf einzustellen, daß sich das in der Folgezeit zweifellos noch verstärken wird.

Ich will hier auf einige der jüngsten von der BRD ausgegangenen Angriffe verweisen, in denen die Ziele und Stoßrichtungen sehr deutlich zum Ausdruck kommen.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU publizierte kürzlich eine "Dokumentation", in der auf über 20 Seiten in übelster Weise gegen die DDR gehetzt wurde.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

24

BStU	000032	000031
------	--------	--------

Erneut wurde sichtbar, wie sich führende politische Kreise der BRD als angebliche Sachwalter der Interessen der Bürger der DDR aufspielen und sich das Recht anmaßen, sich unverhüllt in die inneren Angelegenheiten unseres Staates einzumischen.

Zugleich zeigte sich darin auch, daß die CDU in zunehmendem Maße wieder offen konfrontative Elemente in ihre sogenannte Deutschlandpolitik einführt. Wobei auch in diesem Fall das Wiener Abschlußdokument herhalten mußte - als Berufungsgrundlage dafür, von der DDR die Änderung ihrer Politik und die "Reformierung" ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung zu verlangen.

Indem versucht wird, die DDR als dogmatisch und "letztes stalinistisches Regime", als "Problemfall für alle" am KSZE-Prozeß, am Bau des "gemeinsamen Hauses Europa" Beteiligten darzustellen, soll der "Reformdruck" auf die DDR, wie sie es nennen, aus West und Ost verstärkt werden.

Aus dem verstärkten konfrontativen Vorgehen erklärt sich unter anderem auch die Renaissance aller möglichen Wiedervereinigungskonzepte und die Verstärkung aller damit verbundenen Einwirkungsversuche. Auch hier müssen wir auf eine weitere Zunahme eingestellt sein, besonders je näher der Besuch Michail Gorbatschows in der BRD rückt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

25

BStU
000033

000032

Bekanntlich wird mit diesem Besuch auch das irreale Ziel verfolgt, von der Sowjetunion Zugeständnisse, besonders hinsichtlich einer Lösung der sogenannten deutschen Frage, zu erhalten.

Einen weiteren vorläufigen Höhepunkt in den offenen Angriffen der herrschenden Kreise in der BRD gegen die DDR brachte die Sitzung des Bonner Bundestages am 16. März mit den Stellungnahmen der Fraktionen und mit der Annahme einer Entschließung durch CDU/CSU, FDP und SPD - übrigens ohne Gegenstimme und bei Enthaltung der Grünen. Hier zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit, womit wir künftig zu rechnen haben und worauf wir eingestellt sein müssen.

Die Absicht, besonders der CDU/CSU, besteht darin, die Menschenrechtsproblematik zu einem ständig einsetzbaren Instrument der Angriffe und Verleumdung der sozialistischen Länder - mit Schwerpunkt DDR - auszubauen und das auch noch durch entsprechende "Kontrollverfahren" unter Berufung auf die KSZE-Dokumente zu legitimieren. Zugleich werden feindliche, oppositionelle Kräfte in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern immer eindringlicher dazu inspiriert, die Einhaltung des Abschlußdokumentes, der KSZE-Bestimmungen insgesamt zu beobachten und öffentlichkeitswirksam zu fordern.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

26

BSU	000034	000033
-----	--------	--------

Auf der besagten Bundestagssitzung wurden - kurz zusammengefaßt - vor allem folgende Angriffsrichtungen sichtbar:

1. Grobe verleumderische Angriffe gegen die DDR wegen angeblicher "eklatanter" Verstöße gegen die Menschenrechte und angeblicher Verletzung abgeschlossener Verträge zu Menschenrechten und der KSZE-Vereinbarungen.

Verlangt wurde unter anderem auch, die DDR auf der Vollversammlung der UNO mit derartigen Angriffen und Vorwürfen zu konfrontieren.

Es ist damit zu rechnen, daß Fragen der Menschenrechte und andere humanitäre Probleme bei künftigen Gesprächen von BRD-Politikern mit Repräsentanten der DDR noch stärker in den Vordergrund gestellt werden, um - wie sie sagen - den Dialog vor allem darauf zu konzentrieren, "Menschenrechtsprobleme zu lösen" und die "Menschenrechtssituation in der DDR zu verbessern".

2. Konstruierung von angeblichen Widersprüchen zwischen der innerstaatlichen Gesetzgebung und der Rechtspraxis der DDR und dem sogenannten KSZE-Standard.

Nach BRD-Einschätzung gebe es jetzt vielfältige Möglichkeiten, eine Änderung der Rechtspraxis der DDR zu fordern. In diesem Zusammenhang ist mit weiteren Angriffen, insbesondere gegen die Strafgesetzgebung der DDR und hier vor allem gegen einzelne Straftatbestände zum Schutz der staatlichen und öffentlichen Ordnung, zu rechnen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BSU
000635

000034

27

Es geht ihnen um den Schutz, um das ungehinderte Tätigwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte und Gruppierungen in der DDR.

3. Massive Hetze gegen die Sicherung der Staatsgrenze, gegen die Ordnung an unserer Grenze, vor allem gegen die Anwendung der Schußwaffe. Dabei hätten wir weitaus mehr Grund, öffentlich auf die häufige breiteste Auslegung der Schußwaffenanwendung durch westdeutsche Grenzer und Polizeikräfte aufmerksam zu machen. Die ständige Hetze gegen unser Grenzsicherungssystem wird verbunden mit der Forderung nach Gewährleistung der "Ausreisefreiheit", was angeblich eine zentrale Frage sei.

4. Verstärkte Angriffe gegen den Mindestumtausch sowie die Positionen und die Praxis der DDR dazu - einschließlich von Zollvorschriften unseres Staates, während seitens der BRD der hinlänglich bekannte Schwindelkurs aufrechterhalten und gefördert wird und weitere vielfältige Aktivitäten zur ökonomischen Schädigung der DDR erfolgen.

Die im Wiener Abschlußdokument enthaltene erstmalige Befürwortung der Abschaffung des Mindestumtauschs könne jetzt - darauf orientiert die BRD-Regierung - als Forderung aller KSZE-Staaten gegen die DDR eingesetzt werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000036 000036

28

5. Das in Wien erneut bekräftigte Verbot der Diskriminierung von Gläubigen könne nach Einschätzung der BRD wirkungsvoll den Anspruch der Kirchen in der DDR auf den öffentlichen Dialog mit dem Staat unterstützen.

Westberliner Kirchenkreise forderten beispielsweise die evangelischen Kirchen in der DDR bereits dazu auf, stärker in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, vor allem aber Diskussionen zum Verhältnis von "Reform" und Revolution anzuregen.

Und Führungskreise der CDU/CSU orientieren darauf, die Kontakte zu den evangelischen Kirchen in der DDR auszubauen, um verstärkt Einfluß auf das "innere Druckpotential" zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die zunehmenden Versuche feindlicher, oppositioneller Kräfte im Rahmen sogenannter kirchlicher Basisgruppen, aber auch anderer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Gruppierungen, ihre Aktivitäten republikweit zu koordinieren und zu organisieren. Sie rufen dazu auf, "nicht mit Einzelaktionen in Erscheinung zu treten", sondern sich zur Herbeiführung von "Veränderungen der Gesellschaft" im Sinne von "Demokratisierung" und "Umgestaltung" zusammenzuschließen, dafür Plattformen zu entwickeln und "DDR-weit aktiv zu werden".

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

29

BStU

000037

000036

Das ist zum Beispiel auch das Ziel des Aufrufs der Berliner feindlichen Gruppierung "Initiative Frieden und Menschenrechte". Darin heißt es unter anderem, daß es notwendig sei, "daß "Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und 'Dritte-Welt'-Gruppen ihre Isolierung überwinden, sich selbst öffnen und neue Argumente und Angebote für eine gesamtgesellschaftliche Öffnung entwickeln".

Dazu darf es nicht kommen. Das müssen wir verhindern.

Auf der KD-Konferenz im Oktober 1988 hatte ich den Auftrag erteilt, genaue Analysen über feindlich-negative Gruppen und Gruppierungen sowie über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse zu erarbeiten.

Durch die Kreisdienststellen, Bezirksverwaltungen und operativen Diensteinheiten des MfS Berlin wurde in den zurückliegenden Monaten eine qualifizierte Arbeit geleistet, um dazu einen exakten Überblick zu erhalten.

Unter Nutzung dieser Materialien wurden zwischenzeitlich zentrale Analysen

über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen sowie

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

30

BStU

000038

000037

über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die solchen Zusammenschlüssen angehören,

erarbeitet. Auf diesen Grundlagen erfolgt eine Informierung der Partei- und Staatsführung über die Lage auf diesem Gebiet, verbunden mit der Unterbreitung von grundsätzlichen Vorschlägen für das weitere Vorgehen.

Es wird angestrebt, daß auch auf der Parteiebene dazu entsprechende Vorgaben und Orientierungen erfolgen.

Es ist vorgesehen, daß mein Stellvertreter, Genosse Generaloberst Mittig, demnächst eine Beratung mit den Stellvertretern Operativ und den Leitern der Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen zum Stand und zu weiteren Erfordernissen der Durchsetzung der Dienstanweisung Nr. 2/85 durchführt, auf der auch die genannten Analysen gründlich ausgewertet, weitere speziell die Bezirksverwaltungen betreffende Orientierungen gegeben und konkrete politisch-operative Aufgaben gestellt werden.

Ohne dieser Beratung voreilen zu wollen, stelle ich den Leitern der Bezirksverwaltungen bereits heute die Aufgabe, auf der Grundlage ihrer Lageeinschätzung zu den genannten Problemen, d. h. über die konkrete und aktuelle Lage im jeweiligen Bezirk entsprechend aussagefähige Informationen für die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre **der Bezirke und Kreise vorzubereiten.**

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

31

BStU

000039

000038

Zur Unterstützung der Erarbeitung dieser Informationen, vor allem zur einheitlichen Bewertung und Einschätzung bestimmter Lageentwicklungen und -erscheinungen ist vorgesehen, die zentral für die Partei- und Staatsführung gefertigten Informationen bzw. Auszüge daraus sowie die zentral aufbereiteten und den jeweiligen Verantwortungsbereich betreffenden analytischen Werte den Bezirksverwaltungen mit zur Verfügung zu stellen.

Die endgültige Fertigstellung und Übergabe der vorbereiteten Informationen an die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre hat erst nach Durchführung der genannten Beratung zu erfolgen, um noch geeignete Erkenntnisse mit einfließen zu lassen.

Die Informationen sind im besonderen Maße mit dazu zu nutzen, geeignete lagebezogene Vorschläge zu unterbreiten, wie unter Führung der Bezirks- und Kreisleitungen der SED die gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen zur Zurückdrängung und Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte und Gruppierungen erhöht werden können und müssen, was vor allem zur Verstärkung und zur Erhöhung der Wirksamkeit des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte zu tun ist.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000040
32 000030

Eine entscheidende Aufgabe ist und bleibt dabei, daß unter Führung der Partei überall eine offensive ideologische Arbeit geleistet wird, eine differenzierte ideologische Auseinandersetzung mit den genannten Kräften und den von ihnen vertretenen Positionen erfolgt.

In Absprache mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sollte darauf hingewirkt werden, daß es im Ergebnis der Informierung über die aktuelle Lage und der unterbreiteten Vorschläge zu konkreten Beratungen und Festlegungen darüber kommt.

In Kürze wird Euch des weiteren ein Material mit Orientierungen und Hinweisen über bewährte Mittel und Methoden der Auswahl, Vorbereitung und des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte übergeben, das dafür mit zu nutzen ist.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

33

BStU
000041

000040

Genossen!

Ich komme noch einmal auf die besagte Bundestagssitzung und die Rolle bestimmter SPD-Politiker zurück.

Vertreter der SPD im Bundestag bezeichneten die dort angenommene Entschließung als ein wichtiges politisches Signal an die DDR.

Sie sprachen sich dafür aus, auf die DDR Einfluß auszuüben und dazu alle Gesprächskanäle - bis zur höchsten Ebene - auszunutzen, und zwar mit der Aufforderung nach Durchführung von "Reformen" und "Öffnung" der DDR nach innen und außen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.

Die jüngsten Ausfälle der SPD-Grundwertekommission - wir haben darauf ja in unseren Medien sofort reagiert - sind nur ein Beispiel für die Absicht führender Kreise der SPD, angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR hochzuspielen und entsprechende Angriffe gegen uns zu starten. Sie lassen wie gesagt, keinen Zweifel darüber, auf der Grundlage des gemeinsamen Dokuments von SED und SPD feindliche, oppositionelle Kräfte bei uns noch massiver zu unterstützen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

34

BStU
000042 000041

Diese Kreise verlangen von uns auch anzuerkennen, daß in den ersten Nachkriegsjahren ein "Unrecht" an Sozialdemokraten, sprich Agenten des SPD-Ostbüros und andere Verräter, begangen worden sei. Außerdem wird versucht, eine Rehabilitierung solcher Kräfte zu erreichen.

Die SPD-orientierte Friedrich-Ebert-Stiftung plant, anhand von Archivmaterial das Ansehen bekannter Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung - linke Sozialdemokraten, Mitglieder des Spartakusbundes, Mitbegründer der KPD - durch die Organisierung entsprechender Veröffentlichungen anzugreifen und zu verleumden.

Es geht hier um Funktionäre, auf die sich unsere Partei in ihrem Traditionverständnis stützt. Ähnliche Veröffentlichungen sind auch gegen Mitbegründer unserer Partei vorgesehen.

Das Ziel einer solchen, von führenden SPD-Politikern beabsichtigten generellen Geschichtsdiskussion, die in die DDR hineingetragen werden soll, besteht darin,

den sogenannten Prozeß der Öffnung der DDR voranzutreiben und "kritische Gruppen" bei uns zu ermutigen, ähnlich wie in Jugoslawien und Ungarn, eine sozialdemokratische Partei zu gründen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

35

BStU

000043

000042

Ich mache auch auf die in westlichen Medien bekundete Absicht der sogenannten Exil-CDU in der BRD aufmerksam, vielfältige Verbindungen vor allem an der Basis zu nutzen, um "die CDU in der DDR zu stärken" und sie - wie sie sagen - zu einem wichtigen Reformpotential, zu einer demokratisch-alternativen Kraft gegenüber der "herrschenden SED" zu entwickeln.

Soweit einige Hinweise zu den sich in den vergangenen Wochen und Monaten abzeichnenden Angriffs- und Stoßrichtungen unter Mißbrauch des Abschlußdokuments von Wien, die nur zu Eurer Information gedacht sind.

Auf der Dienstbesprechung am 1. Februar 1989 hatte ich bereits den prinzipiellen Standpunkt unserer Partei- und Staatsführung dargelegt, daß die Verwirklichung der Festlegungen des Wiener Abschlußdokuments durch die DDR unter strikter Beachtung der im Abschnitt "Prinzipien" enthaltenen Grundsätze und im Rahmen der nationalen Gesetzgebung erfolgt.

Durch das Komitee der Außenminister wurde dieser Standpunkt erneut bekräftigt und die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit auf politischem, militärischem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, ökologischem, kulturellem und humanitärem Gebiet und im Bereich der menschlichen Dimension unter Achtung der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten erfolgen muß.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

36

8StU	000044	000043
------	--------	--------

Abschließend zu diesem Komplex will ich noch auf eine Seite im gegnerischen Vorgehen aufmerksam machen, die mit dem Vorgenannten im engen Zusammenhang steht.

Im Gesamtkonzept des Gegners nehmen bekanntlich die Bestrebungen zur Herstellung vielfältiger und unkontrollierbarer individueller Bürgerkontakte einen besonderen Stellenwert ein. Ziel ist es

- sogenannte menschliche Begegnungen auf breitesten Ebene zu praktizieren sowie
- Direktbeziehungen zwischen Berufs-, Interessen- u. a. Personengruppen, zwischen Betrieben, Einrichtungen und Institutionen sowie Verbänden, Vereinen und Interessengemeinschaften zu entwickeln.

Wiederholt habe ich auch auf die zunehmenden Versuche der Ausnutzung und des Mißbrauchs von Städte- und anderen Partnerschaften hingewiesen und die erforderlichen Aufgaben vorgegeben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

37

BSU
000045

000044

Die bisher vorliegenden Erkenntnisse und die Erfahrungen bei der wirksamen und einheitlichen Gestaltung der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Städte- und anderer Partnerschaften wurden in einem Schreiben zusammengefaßt, das demnächst an die operativen Diensteinheiten herausgegeben wird.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß bei der Gestaltung von solchen Partnerschaften, von Kontakten überhaupt, der Gegner nach wie vor versucht, sowohl abgeschlossene Abkommen, Verträge und Vereinbarungen inhaltlich auszuweiten als auch an diesen vorbei wirksam zu werden.

Operativ beachtenswerten Hinweisen zufolge werden in der BRD bestehende namhafte wissenschaftliche Einrichtungen in abgedeckter Form genutzt und dahingehend profiliert, entsprechende Aktivitäten im Rahmen der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit zentral zu organisieren und zu steuern. Ausdruck dafür ist z. B. das Wirksamwerden des "Deutschen Akademischen Austauschdienstes" (DAAD) bei der Organisierung des im Kulturabkommen vereinbarten Wissenschaftleraustausches. So forderte der DAAD von DDR-Wissenschaftlern nach Abschluß von Studien- und Arbeitsaufenthalten in der BRD auf der Grundlage vorgegebener Fragestellungen Ergebnisberichte, durch die er in den Besitz umfangreicher Erkenntnisse zur Person des betreffenden DDR-Wissenschaftlers und zu seiner wissenschaftlichen Arbeit gelangte bzw. gelangen wollte.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

38

BStU

000046

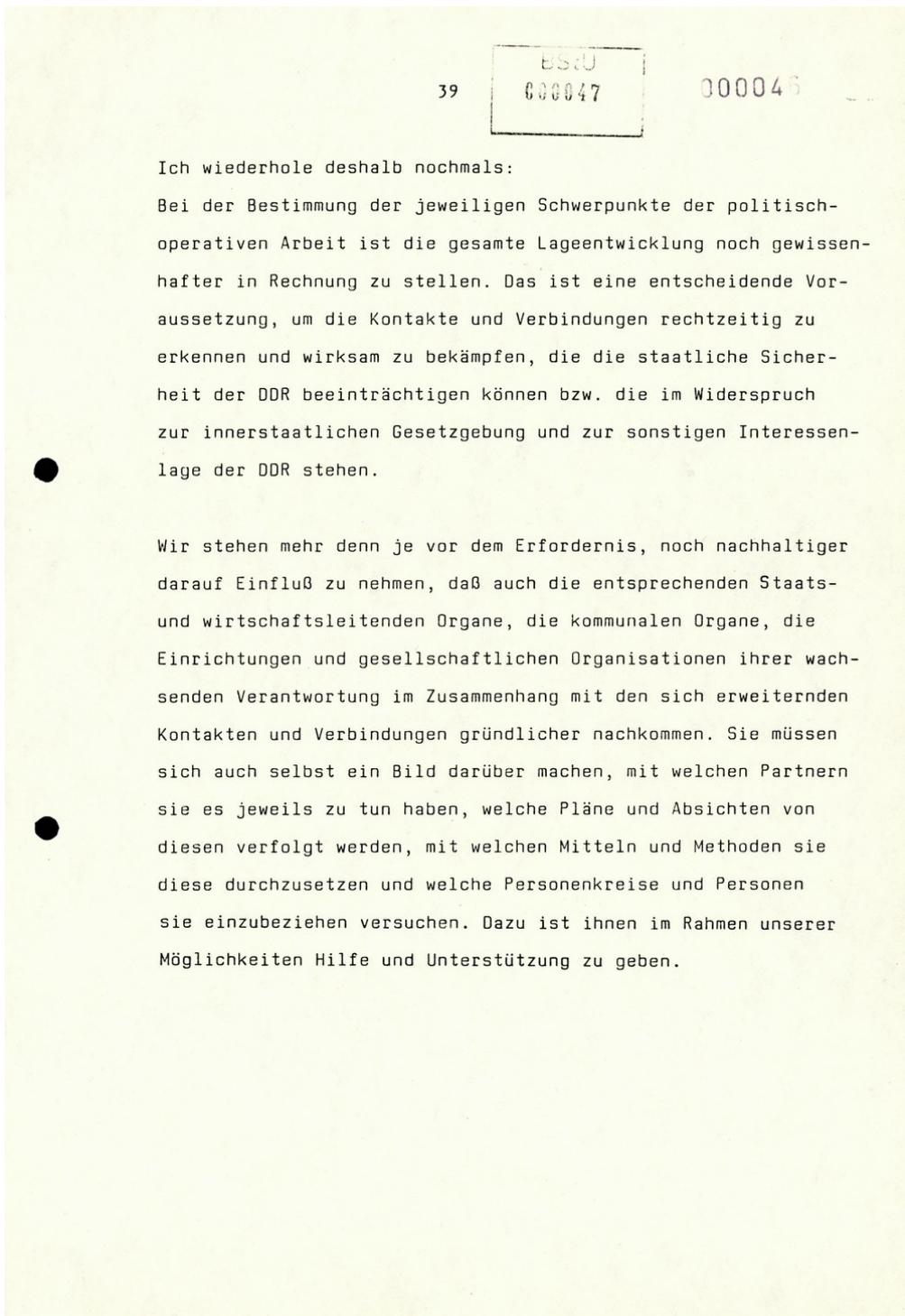
000046

Beachtenswert sind auch Bestrebungen der Stiftung Volkswagenwerk gegenüber der Akademie der Wissenschaften der DDR, unter Umgehung des Wissenschaftsabkommens nicht vertraglich vereinbarte Formen der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern besonders auf dem Gebiet der Grundlagenforschung zu erreichen und dafür umfangreiche finanzielle Mittel anzubieten.

Wir müssen darauf eingestellt sein, daß der Gegner im Interesse der Erweiterung direkter und persönlicher Kontakte auch zunehmend politische Stiftungen und gesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen in der BRD nutzen wird.

Diese Beispiele sollen nur nochmals verdeutlichen, daß wir bezogen auf Kontakte und Verbindungen und die auf diesem Gebiet zu realisierenden politisch-operativen Aufgaben sehr gewissenhaft die Lageentwicklung zu verfolgen haben. Wir müssen rechtzeitig erkennen und einschätzen, was sich hier entwickelt, worauf wir uns lagebezogen in der politisch-operativen Arbeit zu konzentrieren haben.

Die Entwicklung der Lage verlangt, immer wieder neu zu prüfen und zu entscheiden, welchen Kontakten und Verbindungen die erforderliche operative Bedeutsamkeit beizumessen ist, wo wir unbedingt operativ dranbleiben müssen. Nicht alles, was gestern noch notwendig war, kann morgen mit der gleichen Intensität operativ weiter verfolgt werden, muß morgen die gleiche operative Bedeutsamkeit haben - und umgekehrt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

40

BSU	000048	000047
-----	--------	--------

Unter Berücksichtigung solcher Erkenntnisse sind durch die genannten Organe und Einrichtungen dann die richtigen politischen und auch sicherheitspolitischen Maßnahmen festzulegen, die gewährleisten, daß sich die auf der Grundlage entsprechender zwischenstaatlicher Vereinbarungen entwickelnden Kontakte und Verbindungen ausschließlich in dem dafür vorgesehenen Rahmen und Umfang vollziehen, daß ein Mißbrauch ausgeschlossen wird.

Die volle Wahrnehmung der Verantwortung durch die genannten Organe und Einrichtungen schließt auch die gewissenhafte Auswahl und die gründliche ideologische Vorbereitung der Kader ein, die sowohl in der DDR als auch in der BRD bzw. in Westberlin zum Einsatz kommen. Dabei haben wir natürlich die notwendige Unterstützung zu geben. Aber die eigene Verantwortung für die Kontakte und Verbindungen können und dürfen wir den zuständigen Organen und Einrichtungen nicht abnehmen.

Diese grundsätzliche Vorgehensweise und die damit zusammenhängenden Probleme und Fragen im jeweiligen Verantwortungsbereich sollten auch mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED beraten werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

41

BStU
000649

000048

Unsere vorrangige Aufgabe muß es sein, uns auf die Kontakte und Verbindungen zu konzentrieren, von denen subversive Gefahren ausgehen. Mit anderen Worten, alle operativen Diensteinheiten haben durch den gezielten Einsatz der operativen Kräfte, Mittel und Methoden zu gewährleisten, aus der Vielzahl vorhandener bzw. sich entwickelnder Kontakte und Verbindungen die operativ bedeutsamen rechtzeitig zu erkennen und diese unter ständige und wirksame operative Kontrolle zu stellen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang erneut auf die Notwendigkeit der konsequenten Durchsetzung meiner Weisungen, besonders bezüglich des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens bei Reisekadern, der Anforderungen bei Sicherheitsüberprüfungen und hinsichtlich des Geheimnisschutzes.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

42

BStU
000010

000049

Genossen!

In der Kollegiumssitzung am 1. Februar 1989 hatte ich bereits angekündigt, daß die Partei- und Staatsführung zur Auswertung und Umsetzung der im Wiener Abschlußdokument enthaltenen Vereinbarungen unter Beachtung der nationalen Gesetzgebung der DDR weitere konkrete Beschlüsse fassen wird.

Heute will ich Euch über entsprechende Festlegungen informieren, die im besonderen Maße die Arbeit unseres Ministeriums als Ganzes und die spezifische Verantwortung einer Vielzahl von Diensteinheiten sowie das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen bzw. Staatsorganen und mit gesellschaftlichen Organisationen und Kräften berühren. Sie werden in der nächsten Zeit in der politisch-operativen Arbeit eine immer gewichtigere Rolle spielen. Es kommt also darauf an, daß jeder anwesende Leiter meine nachfolgenden Ausführungen aus der Sicht der Konsequenzen für seinen jeweiligen Verantwortungsbereich schöpferisch verarbeitet.

Ich weise darauf hin, daß die nachfolgenden Ausführungen zu den beabsichtigten Maßnahmen nur zu Eurer persönlichen Information gedacht sind und nicht ausgewertet werden dürfen.

Zu einem ersten Komplex zentraler Maßnahmen:

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

43

BStU
000051 000050

Ausgehend vom Auftrag der Parteiführung, keine Legalisierung sogenannter Helsinki-Gruppen in der DDR zuzulassen, den Bestrebungen, unter dem Deckmantel von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten staatsfeindliche Gruppen in der DDR zu inspirieren und zu organisieren, konsequent entgegenzuwirken, sind die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um diesem Anliegen noch besser Rechnung tragen zu können. Zu diesem Zweck wurde festgelegt, die Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. November 1975 zu überarbeiten. Das soll bis Ende September 1989 erfolgen. Gleichzeitig sind die rechtlichen Bestimmungen, die die Mitgliedschaft von Bürgern oder Vereinigungen der DDR in internationalen Vereinigungen und die von Ausländern in Vereinigungen der DDR regeln, zu präzisieren.

Darüber hinaus sind zur Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte und Gruppierungen unter Mißbrauch von Aussagen des Abschlußdokuments und zur weiteren Erhöhung der Rechtssicherheit folgende Verordnungen bzw. andere Rechtsvorschriften zu überarbeiten bzw. auf ihre Präzisierung zu prüfen:

Zu überarbeiten sind

- die Verordnung vom 30. Juni 1980 über die Durchführung von Veranstaltungen

und die

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

44

BStU	000052	000051
------	--------	--------

- Anordnung vom 20. Juli 1959 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen und andere damit im Zusammenhang stehende Rechtsvorschriften.

Die zollrechtlichen Bestimmungen über die Einfuhr von Druckerzeugnissen, Vervielfältigungsapparaten, Fernseh- und Videotechnik sowie die Ausfuhr von Schriften, Manuskripten, Bild- und Tonträgern sowie anderen Materialien, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden, müssen hinsichtlich ihrer eventuell notwendigen Präzisierung geprüft werden. Auch das hat bis Ende September dieses Jahres zu erfolgen.

Als MfS haben wir dabei aktiv mitzuwirken. D. h. durch uns sind vor allem unter Beachtung der sich auf den genannten Gebieten ergebenden neuen bzw. veränderten Sicherheitserfordernisse konkrete Vorschläge auszuarbeiten und zu unterbreiten.

Ich beauftrage die Leiter der ZAIG und der Rechtsstelle, in Zusammenarbeit besonders mit den Hauptabteilungen II, VI, VII, IX, XX, der ZKG und der Hochschule den Standpunkt des MfS zu den vorgenannten Problemen zu erarbeiten, ihn in die zu bildende zentrale Arbeitsgruppe bzw. in andere entsprechende Arbeitsgremien einzubringen, die ständige Abstimmung mit den zuständigen Diensteinheiten zu gewährleisten und mir und meinen Stellvertretern die notwendigen Vorschläge zur Entscheidung zu unterbreiten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

45

BStU
000053

000052

Weiter wurde festgelegt, die im Gesetzgebungsplan bis 1990 vorgesehenen Neufassungen von Rechtsvorschriften - ich nenne beispielhaft nur das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozeßordnung und die Zivilprozeßordnung - so vorzunehmen, daß sie die weitere Ausgestaltung unseres Rechtsstaates in Verwirklichung der Bestimmungen des Wiener Abschlußdokumentes noch wirksamer demonstrieren. Das bezieht sich auch auf die weitere Ausgestaltung der Rechte der Bürger hinsichtlich der gerichtlichen Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen durch die Schaffung eines Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Eine weitere Festlegung betrifft die Prüfung, inwieweit sich aus dem Abschlußdokument Konsequenzen für die Einfuhr und den Vertrieb von periodischen und nichtperiodischen Druckerzeugnissen und anderen Informationsmaterialien ergeben.

Festgelegt wurde des weiteren, die Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Tätigkeit ausländischer Journalisten zu prüfen. Der Leiter der Hauptabteilung II hat zu gewährleisten, daß diese Prüfung und gegebenenfalls Überarbeitung der Rechtsvorschriften in enger Abstimmung mit den anderen zuständigen Diensteinheiten des MfS erfolgt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

46

BSU
000054

000053

Bekanntlich wurde in Wien im Abschnitt "Information" unter anderem vereinbart,

- die Arbeitsbedingungen für Journalisten zu verbessern,
- davon abzusehen, daß Journalisten, wenn sie ihre berufliche Tätigkeit legitim ausüben, weder ausgewiesen noch anderweitig bestraft werden und
- zu gewährleisten, daß Journalisten in Ausübung ihrer Tätigkeit freien Zugang zu öffentlichen und privaten Informationsquellen suchen und diese Kontakte pflegen können, und daß die Wahrung ihres Berufsgeheimnisses geachtet wird.

Entsprechend einer Vereinbarung im Wiener Abschlußdokument findet gegenwärtig in London ein Informationsforum der Teilnehmerstaaten statt (vom 18. April bis 12. Mai 1989), um die gegenwärtige Situation auf diesen Gebieten zu prüfen und gegebenenfalls erforderliche Verbesserungen aufzuzeigen.

Bereits jetzt zeigt sich, daß dieses Forum dazu genutzt wird, um der DDR sowie der CSSR, Rumänien und Bulgarien grobe Verstöße gegen entsprechende Vereinbarungen des Wiener Abschlußdokumentes, insbesondere gegen die Presse- und Meinungsfreiheit, zu unterstellen und auf einen angeblichen Nachholebedarf in diesen Fragen im Vergleich zu Polen, Ungarn und auch der Sowjetunion zu verweisen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

47

BStU
000055

000054

Hier zeigt sich ganz deutlich das Bestreben, auch auf diesem Gebiet zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern zu differenzieren und unterschiedliche Haltungen und Herangehensweisen in einzelnen sozialistischen Staaten für die Verwirklichung der imperialistischen Zielstellung auszunutzen.

Wir müssen damit rechnen, daß sich im weiteren Verlauf des Forums in London die Angriffe gegen die Informationspolitik, insbesondere der DDR, weiter verstärken können und das in den westdeutschen Medien eine noch größere Rolle spielen wird, wie sich das jetzt schon in einigen Veröffentlichungen andeutet.

Zu einer weiteren Maßnahme - und das ist in besonderem Maße nur zu Eurer persönlichen Information bestimmt.

Zur Umsetzung der im Abschlußdokument enthaltenen Festlegung, einen "bilateralen Mechanismus der menschlichen Dimension der KSZE" zu schaffen, ist beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR ein spezieller interministerieller Arbeitsstab gebildet worden, in dem auch bevollmächtigte Vertreter des MfS - konkret der ZAIG und der Rechtsstelle - und des MdI mitarbeiten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

48

BSU
000056

000056

Aufgabe dieses Arbeitsstabes ist es, offizielle Ersuchen anderer KSZE-Staaten um Informationen bzw. um die Durchführung bilateraler Treffen zu Menschenrechts- und humanitären Fragen sowie andere humanitäre Ersuchen von Vertretern dieser Staaten entgegenzunehmen, den zuständigen Organen - also auch, soweit es unsere Zuständigkeit betrifft, dem MfS - zu übergeben und entsprechende Antworten auszuarbeiten und an die Ersuchenenden weiterzuleiten.

Um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen, wurde ebenfalls festgelegt, daß die Minister und Leiter anderer zentraler staatlicher Organe bzw. die Leiter von Delegationen der DDR bei Treffen und Konferenzen auf bi- und multilateraler Ebene derartige humanitäre Fragen und Ersuchen dem interministeriellen Arbeitsstab beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zuzuleiten haben. Dieser spezielle Arbeitsstab ist auf der Grundlage zentraler Entscheidungen auch berechtigt, derartige Ersuchen der DDR an kapitalistische KSZE-Staaten zu richten.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß der Gegner die im Abschlußdokument enthaltene Festlegung hinsichtlich des "bilateralen Mechanismus ..." besonders dazu ausnutzen wird, um sogenannte Menschenrechtsverletzungen, sogenannte humanitäre Fälle und andere personenbezogene Probleme, bestimmte Vorkommnisse und Erscheinungen im Innern der DDR zur Sprache zu bringen und Aufklärung zu verlangen. Das erfolgt vor allem mit dem Ziel, Entscheidungen im von ihm angestrebten Sinne zu erreichen, Druck auszuüben bis hin zur Verleumdung und Diskriminierung der DDR.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

49

BStU
000057

000056

Um die gegnerischen Ziele zu durchkreuzen, seine Angriffe zurückzuweisen und den Nachweis zu führen, daß sich die DDR an Geist und Buchstaben der im Abschlußdokument enthaltenen Vereinbarungen hält, sind bei der Überprüfung derartiger Fälle von den zuständigen Diensteinheiten hohe Maßstäbe an die Erarbeitung beweiskräftiger und internationalen Erfordernissen entsprechender Materialien anzulegen.

Andererseits sind die mit dem Arbeitsstab geschaffenen Möglichkeiten offensiv zu nutzen, um gegenüber anderen nicht-sozialistischen Teilnehmerstaaten der KSZE - unter Beachtung unserer außenpolitischen Zielsetzungen - politisch offensiv zu reagieren, zu personen- und sachbezogenen Entwicklungen, Vorkommnissen usw. Anfragen zu stellen sowie eine Beantwortung und Aufklärung zu verlangen.

Ich beauftrage den Leiter der ZAIG und den Leiter der Rechtsstelle, die sich aus der Tätigkeit dieses Arbeitsstabes beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ergebenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten für das MfS wahrzunehmen, entsprechende Vorschläge in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensteinheiten und in Abstimmung mit dem Ministerium des Innern zu erarbeiten und mir zur Bestätigung vorzulegen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

50

BStU
000058

000057

Seitens der DDR wird unverändert an dem Euch bereits bekannten Standpunkt festgehalten, weder die Regelungen zum Mindestumtausch zu verändern noch - wie bereits gesagt - sogenannte Helsinki-Überwachungsgruppen zuzulassen. Zu diesem Zweck haben wir an der Erarbeitung entsprechender Argumentationen, die diese Standpunkte begründen, mitzuwirken.

Das Ziel besteht dabei darin, auf der Grundlage derartiger Argumentationen ein einheitliches Auftreten zu gewährleisten.

Das bezieht sich insbesondere auf die Beziehungen mit dem Ausland sowie gegenüber Bürgern der DDR, die sich für die Beobachtung und Förderung des KSZE-Prozesses zu engagieren beabsichtigen, die Bildung und Tätigkeit von Vereinigungen mit dieser Zielstellung beantragen oder anstreben.

Weiter wurde festgelegt, die Haltung der DDR gegenüber den Organisationen

"Amnesty International",

"Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte"

und

"Greenpeace"

im Interesse des einheitlichen Auftretens, vor allem in den Außenbeziehungen, in entsprechenden Argumentationen festzuschreiben. In die Argumentation zu "Greenpeace" ist darüber hinaus eine Argumentation für das Auftreten gegenüber Bürgern der DDR, die sich in sogenannten unabhängigen Umweltgruppen zusammenzuschließen versuchen, aufzunehmen. Auch bei der Realisierung dieser Aufgabe hat das Ministerium für Staatssicherheit mitzuwirken.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

51

BStU
000059

000058

Zu einem weiteren Maßnahmekomplex.

Zur wirkungsvollen politisch-offensiven Darstellung der Durchsetzung der KSZE-Vereinbarungen in der DDR, einschließlich der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit und wechselseitigen Bedingtheit, sowie zur Einbeziehung an diesen Fragen interessierter gesellschaftlicher Kräfte in die Verwirklichung des KSZE-Prozesses und zur verstärkten Auseinandersetzung mit entspannungsfeindlichen Kräften werden die Aufgaben, die Tätigkeit sowie Struktur der bereits bestehenden DDR-Komitees für Menschenrechte sowie für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit neu bestimmt.

Sie haben unter anderem jährlich Berichte über die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der DDR sowie über die Verwirklichung der KSZE-Dokumente vorzulegen, die im Verfassungs- und Rechtsausschuß sowie im Außenpolitischen Ausschuß der Volkskammer der DDR behandelt werden und die für die innen- und außenpolitische Arbeit zu nutzen sind.

Entsprechend der uns als Ministerium für Staatssicherheit übertragenen Verantwortung haben auch wir dafür geeignete Materialien zur Verfügung zu stellen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000000
52 000059

Das gilt im besonderen Maße auch für die unter Verantwortung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten jährlich anzufertigende Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte sowie die Nichteinhaltung der anderen Prinzipien und Bestimmungen der KSZE-Dokumente in den kapitalistischen Staaten.

Es ist vorgesehen, diese Dokumentation zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Herangehen der kapitalistischen KSZE-Staaten an die Umsetzung der KSZE-Bestimmungen, einschließlich der Menschenrechts- und humanitären Fragen, zu nutzen.

Hier haben wir zu prüfen, welche beweiskräftigen Materialien zur Verfügung gestellt werden können, um die politisch offensive Auseinandersetzung mit dem Gegner wirksam zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat der Leiter der ZAIG in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensteinheiten geeignete beweiskräftige Dokumente und Materialien zusammenzustellen und nach meiner Bestätigung den zuständigen Organen zu übergeben.

Sicherlich wird es notwendig sein, zu diesem gesamten Komplex zum gegebenen Zeitpunkt generelle Festlegungen zum Informationsbedarf, den Informationsflüssen und konkreten Verantwortlichkeiten zu treffen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

53

BStU

000061

000060

In diesem Zusammenhang verweise ich auch darauf, daß festgelegt wurde, im Interesse der weiteren Ausgestaltung des Konzeptes der DDR im Menschenrechts- und humanitären Bereich für die offensive Auseinandersetzung mit imperialistischen Menschenrechtspositionen in der politisch-diplomatischen Arbeit sowie in der Öffentlichkeitsarbeit einen Katalog von Vorschlägen für die internationale Zusammenarbeit in Menschenrechtsfragen sowie von Forderungen im Menschenrechts- und humanitären Bereich vorzubereiten, die unter Bezugnahme auf entsprechende KSZE-Bestimmungen seitens der DDR an die kapitalistischen KSZE-Staaten gerichtet werden könnten. Dieser Katalog ist ständig zu ergänzen und zu präzisieren.

Auch wenn wir dafür keine direkte Verantwortung tragen, wird aus dem Gegenstand dieses Kataloges schon sichtbar, daß wir hier ebenfalls unsere Erkenntnisse mit einbringen müssen - ohne dabei offiziell in Erscheinung zu treten. Und selbstverständlich müssen auch wir die im Katalog fixierten Stoßrichtungen in unserer Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen.

Genossen!

Über die genannten Maßnahmekomplexe hinaus wurden zu weiteren Problemen, die sich aus der Umsetzung des Abschlußdokumentes der Wiener Folgekonferenz ergeben, entsprechende Festlegungen getroffen, deren Realisierung durch die zuständigen operativen Linien und Diensteinheiten mit spezifischen Kräften und Mitteln in geeigneter Form wirksam unterstützt werden muß.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000062

000061

54

So wurde unter anderem festgelegt sicherzustellen, daß im Sinne des Abschlußdokumentes der Zugang zu dem in staatlichen Archiven, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen vorhandenen "offenen" Informationsmaterial gewährleistet ist. Die Benutzungsordnungen sind entsprechend zu präzisieren.

Bezüglich der Bereitstellung von wirtschaftlichen und kommerziellen Informationen - wie dies aus dem Abschlußdokument hervorgeht - wird seitens der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik geprüft, welche Daten unter Beachtung politischer und ökonomischer, natürlich auch sicherheitspolitischer Erfordernisse dafür in Frage kommen. Dazu werden dem Präsidium des Ministerrates gesondert Vorschläge unterbreitet.

Auch hinsichtlich der Ex- und Importtätigkeit der DDR werden künftig entsprechende Informationen zur internationalen Verwendung bereitgestellt.

Wie Ihr weißt, sind seitens der DDR zur Europäischen Gemeinschaft diplomatische Beziehungen hergestellt worden, die zum Nutzen der DDR weiter ausgebaut werden. Unter Beachtung dieser künftigen Entwicklungen wurde festgelegt, Standards von DDR-Erzeugnissen an die EG-Richtlinien, an die Normen und anderen technischen Vorschriften der EG anzupassen.

Das betrifft auch die gegenseitige Anerkennung von Prüfergebnissen und Zertifikaten einschließlich der Verwendung von EG-Zeichen, die Anpassung und Berücksichtigung der entsprechenden Normen in der Industrie sowie die ständige Zusammenarbeit mit Normungsgremien und Prüfinstituten der EG.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

55

BStU
000003

000062

Die auf diesen Gebieten abzuschließenden Abkommen und Vereinbarungen werden nach ihrer Unterzeichnung als Beitrag der DDR zur Umsetzung der Festlegungen des Wiener Abschlußdokuments auf ökonomischem Gebiet entsprechend propagiert.

Unter Beachtung der Tatsache, daß Probleme der Umwelt während der Beratungen in Wien eine bedeutende Rolle gespielt und auch im Abschlußdokument eine entsprechende Würdigung erfahren haben, ist seitens der DDR eine Reihe weiterer Maßnahmen auf diesem Gebiet vorgesehen. Sie bestehen unter anderem darin, entsprechend den ökonomischen Interessen der DDR im Rahmen der Bildung einer nationalen Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Experten den Standpunkt der DDR zu den umweltrechtlichen internationalen Regelungen, die gegenwärtig oder in nächster Zukunft von Bedeutung sein werden, vorzubereiten.

Im Zusammenhang damit wird auch eine Staatenposition und Argumentation zur Einführung des Verursacherprinzips und der Staatenhaftung für grenzüberschreitende Umweltverunreinigungen ausgearbeitet.

Zu dem im Oktober 1989 in Sofia stattfindenden Umwelttreffen der KSZE-Teilnehmerstaaten wird seitens der DDR ein Standpunkt für internationale Vereinbarungen und Regelungen ausgearbeitet.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

56

BStU
000064

000063

Weitere Festlegungen auf dem Gebiet der Umwelt betreffen

- die Vorbereitung einer Grundsatzentscheidung zur Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die obligatorische Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Investitionsvorhaben, Verfahren und Erzeugnissen;
- die Aufnahme von vorgesehenen Objekten zur Senkung der Schadstoffemissionen, vor allem bei Schwefeldioxid, Stickoxiden, Fluorchlor-Kohlenwasserstoffen, einschließlich der statistischen Abrechnung ihres Erfüllungsstandes, in den Entwurf des Volkswirtschaftsplans von 1991 - 1995 sowie in die Jahresvolkswirtschaftspläne;
- die Teilnahme des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft als zuständiges Staatsorgan an den Aktivitäten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates (ECE) zur internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der nationalen Ressourcen sowie der Tier- und Pflanzenwelt, einschließlich ihrer Lebensräume, sowie
- die Neufassung der Datenschutzordnung zum Umweltschutz unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen an die Fragen der ökologischen Sicherheit.

Soweit, Genossen, einige bedeutsame zentrale Festlegungen in bezug auf den Fortgang der Umsetzung der Ergebnisse des Wiener KSZE-Nachfolgetreffens in der DDR.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

57

BStU
000065

000064

Darüber hinaus gibt es erste Vorstellungen, auch Standpunkte zu anderen Problemen zu erarbeiten und zu abgestimmten zentralen Entscheidungen zu gelangen.

Ein solches Problem ist z. B. die sich aus den KSZE-Dokumenten ergebende Verpflichtung für alle Teilnehmerstaaten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Bekanntlich wurde in Wien die Notwendigkeit bekräftigt, Maßnahmen auf nationaler Ebene mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit zu verbinden.

Vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wird angestrebt, durch eine interministerielle Arbeitsgruppe die entsprechenden Schlußfolgerungen zu erarbeiten, die sich für die DDR daraus ergeben. Zu gegebener Zeit werden wir dazu die erforderlichen Festlegungen treffen.

Von allen Diensteinheiten - auch von den heute nicht direkt genannten - erwarte ich, daß sie ihren Anteil an der Realisierung der Maßnahmen exakt herausarbeiten und in die gemeinsamen Anstrengungen einbringen. Immer muß beachtet werden, daß einige Konsequenzen für uns, für die Diensteinheiten, heute auch noch gar nicht oder nur teilweise absehbar sind. Das erfordert ein ständiges Dranbleiben an der Herausarbeitung und Bestimmung neuer bzw. veränderter Sicherheitserfordernisse und politisch-operativer Aufgabenstellungen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

58

BStU
000065

000065

Und noch etwas möchte ich besonders hervorheben.

Mit der Realisierung der genannten und möglicher weiterer Maßnahmen, mit den Erfordernissen, die sich aus dem gesamten KSZE-Prozeß ergeben - unter Beachtung der Positionen der DDR dazu - sind erhebliche Rückwirkungen auf die politisch-operative Arbeit verbunden. Jeder einzelne Angehörige muß sich dessen voll bewußt sein, daß sich unser Handeln immer stärker unter dem Blick der Öffentlichkeit vollzieht.

Wir machen doch täglich die Erfahrung, daß vieles von dem, was wir tun, insbesondere zur Verhinderung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte, vom Gegner, von seinen Massenmedien, von reaktionären Kirchenkräften und Kräften politischer Untergrundtätigkeit aufgegriffen und hochgespielt wird, um die Partei und unser Organ zu diffamieren und der Verletzung der Menschenrechte zu bezichtigen.

Das ist aber nur die eine Seite. Damit verbunden ist für uns das dringende Erfordernis, unter diesen Bedingungen die politisch-operative Arbeit weiter zu gestalten und zu qualifizieren. Das bezieht sich vor allem auf die weitere Vervollkommnung der operativen Grundprozesse, die Erhöhung der Konspiration in der tschekistischen Arbeit und die noch gewissenhaftere Einhaltung und Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

59

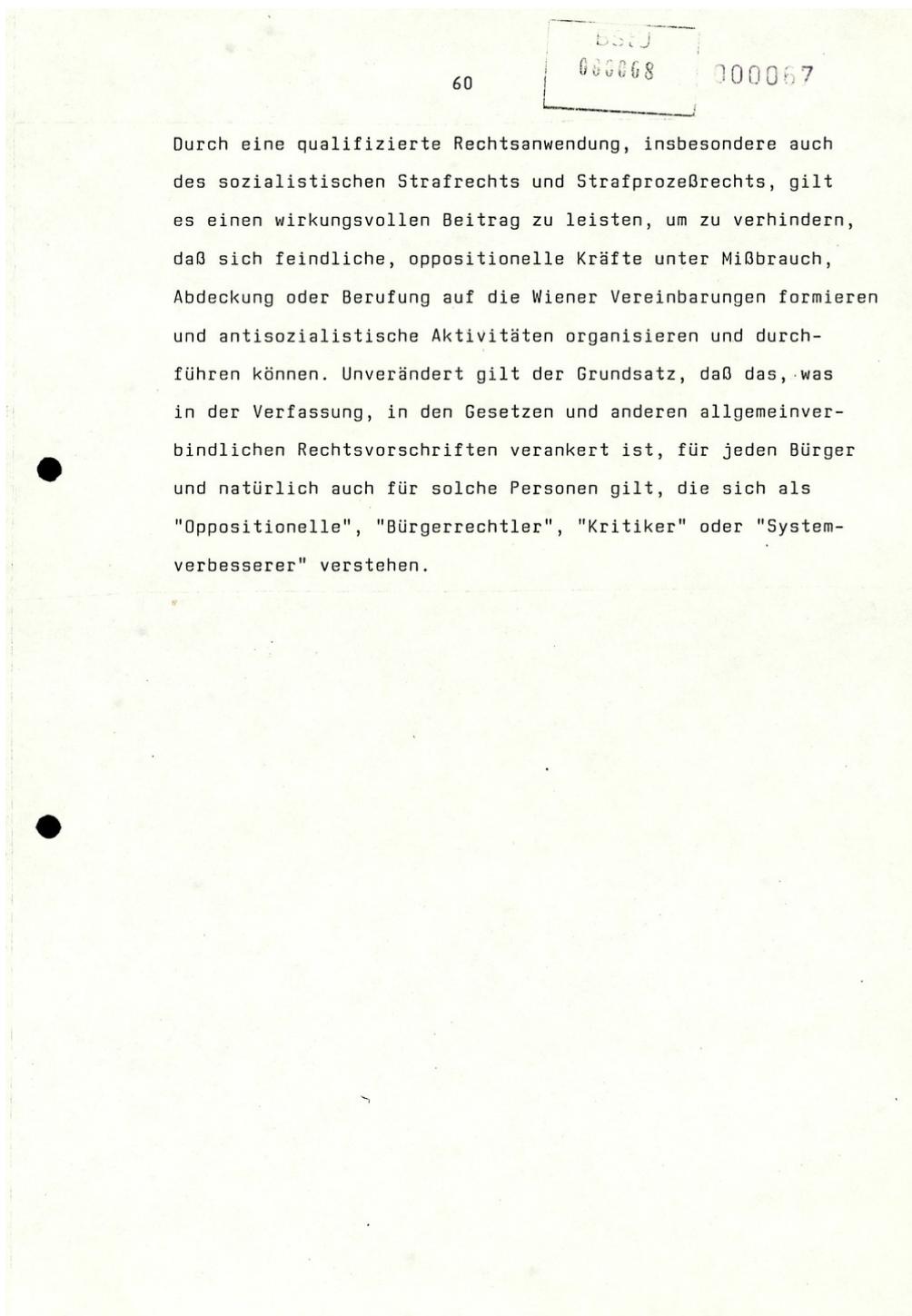
BS:U
000067

000066

In der politisch-operativen Arbeit, in unserem gesamten Handeln sind die Prinzipien der Objektivität und Gesetzlichkeit noch konsequenter durchzusetzen. Die Fragen des Rechts und der Gesetzlichkeit, der Gewährleistung der Rechtssicherheit, der strikten Achtung und Durchsetzung der Gesetze im Interesse der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Werktätigen gewinnen weiter an Bedeutung. Darüber muß bei jedem Angehörigen volle Klarheit herrschen bzw. geschaffen werden.

Jede offizielle Maßnahme unseres Organes muß der Nachprüfung der Gesetzlichkeit standhalten. Das gilt es auch zu beachten, wenn wir aus operativen Überlegungen Entscheidungen anderer Organe, der Partner des Zusammenwirkens anregen. Das Handeln jedes Leiters, mittleren leitenden Kaders und Mitarbeiters darf nicht von subjektivistischen Vorstellungen, von Wunschenken bestimmt werden, sondern muß - das wiederhole ich - immer von hoher Objektivität und Gesetzlichkeit getragen sein.

Wenn innerstaatliche Entwicklungen, Entscheidungen und Handlungen stärker dem öffentlichen Interesse und der Kontrolle ausgesetzt sind, dann heißt das aber keinesfalls, uns nun "ins Schneckenhaus zurückzuziehen", sondern vielmehr durch ein streng gesetzliches Vorgehen öffentlich zu bekunden, daß wir niemandem gestatten, die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres Staates und die Rechte und Interessen der Bürger anzutasten, daß derartige Handlungen weder unentdeckt, unverfolgt noch ungeahndet bleiben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

61

BStU
000069

000068

Genossen!

Meine Ausführungen vor allem zu Beginn der heutigen Dienstbesprechung müssen insbesondere auch bei der weiteren politisch-operativen Sicherung der Kommunalwahlen (7. Mai 1989) und des Pfingsttreffens der FDJ (12. - 15. Mai 1989) mit berücksichtigt werden.

Die grundlegenden politisch-operativen Aufgaben dazu sind den Diensteinheiten bereits seit längerem bekannt.

Mit deren zuverlässiger Realisierung ist ein wichtiger Beitrag zu leisten, damit diese gesellschaftlichen Höhepunkte im 40. Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik

überzeugend die enge Verbundenheit zwischen der Partei, dem sozialistischen Staat und den Werktätigen, besonders auch der Jugend, demonstrieren,

zu einem machtvollen Bekenntnis zu unserer Politik zum Wohle des Volkes werden,

von der Stärke und Festigkeit unserer Arbeiter- und Bauern-Macht künden und

der weiteren Stärkung des Weltsozialismus dienen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BSU
000070

000069

62

Ich unterstreiche nochmals meine auf den letzten Beratungen erhobene Forderung, im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, Staats- und wirtschaftsleitenden Organen, den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften alles zu tun, damit die Kommunalwahlen, das Pfingsttreffen der FDJ und die anderen gesellschaftlichen Höhepunkte in diesem Jahr in einer Atmosphäre hoher politischer Stabilität, Sicherheit und Ordnung verlaufen. Besonders gilt das auch für die unmittelbar bevorstehenden Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai. Die dazu erlassenen Befehle sind überall exakt durchzusetzen, damit der Gegner und feindliche, oppositionelle Kräfte keine Möglichkeiten erhalten, antisozialistische Aktivitäten, insbesondere öffentlichkeitswirksame, provokatorisch-demonstrative Handlungen, vorzubereiten und durchzuführen.

Ich weise an, zur Verhinderung von Provokationen auch notfalls von der Möglichkeit der vorläufigen Festnahme Gebrauch zu machen, um damit vorbeugend öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zu verhindern.

Die vorbeugende Verhinderung antisozialistischer Aktivitäten erfordert mehr denn je - und meine heutigen Ausführungen unterstreichen die Notwendigkeit nachdrücklich - ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen rechtzeitig aufzuklären und wirksam zu unterbinden, die politisch-operative Lage im jeweiligen Verantwortungsbereich äußerst gewissenhaft und gründlich einzuschätzen und jederzeit zu beherrschen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

63

BStU
000071

000070

Ich wiederhole: Konsequent vorbeugend zu verhindern sind vor allem öffentlichkeitswirksame, provokatorisch-demonstrative Aktivitäten am 1. und 8. Mai sowie zu den Kommunalwahlen und während des Pfingsttreffens der FDJ.

Wie sich gerade in jüngster Zeit zeigte, werden solche Handlungen vom Gegner begierig aufgegriffen und spektakulär hochgespielt, um die DDR international zu diskreditieren und von eigenen inneren Problemen und Schwierigkeiten abzulenken.

Im folgenden zunächst einige Aufgabenstellungen und Orientierungen zur weiteren Sicherung der Vorbereitung und Durchführung sowie zur Auswertung der Kommunalwahlen.

Einen Grundsatz will ich hierbei voranstellen. Unsere politisch-operativen Maßnahmen zur unmittelbaren Sicherung der Kommunalwahlen müssen so durchgeführt bzw. realisiert werden, daß sie für Außenstehende nicht erkennbar sind. Alles was mit der Absicherung der Wahlobjekte, des störungsfreien Wahlablaufes, des Transportes der Wahlunterlagen usw. im Zusammenhang steht, ist in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den jeweiligen Vorsitzenden der Wahlkommissionen zu organisieren und muß in voller Übereinstimmung mit den zentralen Aufgabenstellungen und Orientierungen und ihrer konkreten Umsetzung für die Tätigkeit der Wahlkommissionen im jeweiligen Territorium stehen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

64

BStU	000072	000071
------	--------	--------

Bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage und der Organisierung der politisch-operativen Arbeit ist zu berücksichtigen, daß gegnerische Stellen und Kräfte auch im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen ihre subversiven Angriffe gegen die sozialistische Staatsmacht in der DDR, insbesondere gegen Wesen, Inhalt und Ziel der sozialistischen Demokratie als Hauptrichtung der Entwicklung unseres sozialistischen Staates, verstärkt haben. In Übereinstimmung mit diesen Euch im Detail bekannten Angriffsrichtungen haben sich bereits seit geraumer Zeit feindliche, oppositionelle Kräfte im Innern, insbesondere Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, unter Mitwirkung von Antragstellern auf ständige Ausreise, sowie reaktionäre kirchliche Personenkreise und Mitglieder sogenannter kirchlicher Basisgruppen, auf den politischen Mißbrauch der Kommunalwahlen intensiv vorbereitet.

Während vielfältiger Zusammenkünfte feindlicher, oppositioneller Kräfte und Gruppierungen und entsprechender kirchlicher Veranstaltungen wurde und wird die Absicht bekundet, im Zusammenhang mit der Wahlbewegung angeblich mit dem Staat zu Fragen von mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde in der DDR in einen politischen Dialog treten zu wollen. Dabei werden die unterschiedlichsten Pamphlete in Form von Aufrufen, Briefen und ähnlichem mit Orientierungen und Instruktionen für feindlich-negative Aktivitäten erarbeitet, diskutiert und an gleichgesinnte Gruppierungen und Kräfte, zum Teil republikweit, weiterverbreitet.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

65

BS:U	000073	000072
------	--------	--------

Im Mittelpunkt standen und stehen Orientierungen, die wahlrechtlichen Bestimmungen der DDR zu mißbrauchen, um im Rahmen der Wahlbewegung einen gegen die führende Rolle der Partei und ihre Politik gerichteten "Meinungpluralismus" zu entfachen. Es werden Forderungen erhoben, unsere Wahlgesetzgebung zu reformieren und sogenannten unabhängigen, nicht von der Nationalen Front vorgeschlagenen Kandidaten aus feindlichen, oppositionellen Personenkreisen zu ermöglichen, in die Volksvertretungen zu gelangen.

In der Grundtendenz zielen diese und andere Aktivitäten vordergründig darauf ab, das politische Anliegen der gesamten Wahlbewegung zu stören und zu beeinträchtigen. Letztlich geht es diesen Kräften darum, unsere sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung für ihr legales Wirken zu öffnen, Spielraum für feindliche, oppositionelle Bewegungen zu schaffen und damit eine Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR zu erreichen.

Gemeinsam mit den Partnern des Zusammenwirkens wurden die Absichten und einzelne Versuche feindlich-negativer Kräfte, insbesondere aus sogenannten Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen, vorbeugend verhindert bzw. konsequent unterbunden, eigene Kandidaten als sogenannte unabhängige Abgeordnete in Vorschlag zu bringen oder in wahlleitende Organe zu gelangen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

66

BStU

000074

000073

Durch zielgerichtete politisch-operativen Maßnahmen, insbesondere auch durch den unter Führung der Partei erfolgten Einsatz gesellschaftlicher Kräfte, sind Bestrebungen vor allem von reaktionären kirchlichen und Kräften politischer Untergrundtätigkeit sowie von Antragstellern auf ständige Ausreise im wesentlichen unterbunden worden, die Rechenschaftslegungen der Abgeordneten und andere öffentliche Veranstaltungen zu nutzen, um gegen das Wahlprogramm aufzutreten, politisch-provokatorische Fragen zu stellen und feindlich-negative Auffassungen öffentlichkeitswirksam zu verbreiten.

In den Fällen, wo derartige Kräfte versuchten, in den Wahlveranstaltungen ihre feindlich-negativen Auffassungen zum Ausdruck zu bringen bzw. durch entsprechende Fragestellungen zu provozieren, setzten sich unverzüglich progressive Bürger mit ihnen auseinander, so daß sie die von ihnen beabsichtigte Öffentlichkeitswirksamkeit nicht erreichten.

Ein gutes Beispiel gab es dafür im Stadtbezirk Berlin-Mitte. Auf einer Wahlversammlung setzten sich die anwesenden Bürger mit einem provokatorisch auftretenden Ehepaar so auseinander, daß dieses unter dem Gelächter der Teilnehmer den Saal verließ.

In der letzten Etappe der Wahlvorbereitung, insbesondere im Zusammenhang mit den Wahlhandlungen selbst, sind alle politisch-operativen Maßnahmen auch weiterhin konsequent darauf auszurichten, öffentlichkeitswirksame feindlich-negative Aktivitäten möglichst vorbeugend zu verhindern bzw. entschieden zurückzuweisen. Das verlangt, vorausschauend und konkret herauszuarbeiten, wann, wo und wie feindlich-negative Kräfte wirksam zu werden beabsichtigen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

67

BSU
000075

000074

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Gewährleistung des störungsfreien Ablaufes der weiteren Wahlvorbereitung bzw. -durchführung sind exakt einzuschätzen. Ausgehend davon sind, unter Führung der Partei, gemeinsam mit den Partnern des Zusammenwirkens vorrangig politisch offensive Maßnahmen zur Unterbindung bzw. Bekämpfung derartiger Aktivitäten festzulegen und mit hoher politischer Wirksamkeit durchzuführen.

Folgenden vorliegenden Hinweisen ist dabei besondere Beachtung beizumessen:

- Innere Feinde, die offensichtlich nicht an der Wahl teilzunehmen beabsichtigen, täuschten zum Teil die eingesetzten Wahlhelfer bei der Übergabe der Wahlbenachrichtigungskarten über ihr tatsächliches Wahlverhalten, indem sie kommentarlos die Wahlbenachrichtigungskarten entgegennahmen, um nach den Wahlen damit ihre Nichtteilnahme beweisen zu können.

Ein beachtlicher Personenkreis hat bisher die Annahme der Wahlbenachrichtigungskarten verweigert bzw. die Nichtteilnahme an der Wahl angekündigt.

Das betrifft sowohl hartnäckige Antragsteller auf ständige Ausreise und Kräfte politischer Untergrundtätigkeit als auch eine Anzahl reaktionärer und anderer kirchlicher Amtsträger sowie Bürger aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

68

ESTU	000076	000076
------	--------	--------

Bezogen auf die letztgenannten Personenkreise wurden bisher für eine beabsichtigte Nichtteilnahme an den Wahlen im wesentlichen solche Begründungen bekannt wie Ablehnungen von privaten Reisen in das nichtsozialistische Ausland, zum Teil über Jahre anstehende, nichtgelöste kommunale Probleme, Mängel, Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten in den Bereichen Handel, Versorgung und Dienstleistungen sowie konfessionelle Gründe.

Mehrfach erfolgten solche Ankündigungen in bestimmten persönlichen Konfliktsituationen, auch um staatliche Organe unter Druck zu setzen.

- Feindlich-negative Kräfte, darunter insbesondere reaktionäre kirchliche Amtsträger, Mitglieder sogenannter kirchlicher Basisgruppen und Antragsteller auf ständige Ausreise, aber auch kirchenleitende Gremien, wie zum Beispiel die Frühjahrsynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, orientieren darauf, am Wahltag allein bzw. organisiert in Gruppen in den Wahllokalen den Ablauf der Wahlhandlungen und die öffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen zu beobachten, um so angebliche Wahlmanipulationen nachweisen zu können. So wollen beispielsweise Kräfte im sog. Weißenauer Friedenskreis eine "flächendeckende" Kontrolle der Wahllokale im Stadtbezirk Weißenau organisieren. Zu diesem Zweck werden vorgefertigte Formulare ausgegeben, die bei der Stimmenauszählung in den Wahllokalen durch feindlich-negative Kräfte ausgefüllt und unverzüglich den Organisatoren dieser "Kontrolle" übergeben werden sollen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

69

BStU

000077

000076

- Feindlich-negative Kräfte fordern bezogen auf den direkten Wahlakt auch dazu auf, bei der beabsichtigten Streichung von Kandidaten nicht den gesamten Wahlzettel, sondern die Namen der nichtgewünschten bzw. aller Kandidaten einzeln durchzustreichen sowie bei der Wahlhandlung generell die Wahlkabine zu benutzen, um den geheimen Charakter der Wahlen bewußt zu demonstrieren. Vereinzelt gibt es auch Aufforderungen, im Wahllokal demonstrativ die Wahlscheine zu zerreißen.

- Durch "Radio Glasnost" wurde dazu aufgefordert, daß sich alle sog. Unabhängigen zum "Erfahrungsaustausch" über die Wahl und öffentliche Stimmenauszählung am 7. Mai um 18.00 Uhr in der Elisabeth-Gemeinde in Berlin treffen sollen.

An die Leipziger Nichtwähler erging der Aufruf, sich am 7. Mai ebenfalls um 18.00 Uhr auf dem Marktplatz zu versammeln. Inoffiziell ist die Absicht feindlich-negativer Kräfte bekannt, am Wahltag vor dem alten Rathaus in Leipzig ab 18.00 Uhr eine Wahlurne zur Sammlung von Wahlbenachrichtigungskarten von Nichtwählern aufzustellen. Und bekannt ist auch die geplante Einbeziehung westlicher Medien.

Die eingeleiteten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung dieser Provokationen müssen so durchgeführt werden, daß es zu keinen öffentlichkeitswirksamen Auftritten dieser Kräfte kommt. Vor allem in Leipzig darf es nicht wieder zu einer Zusammenrottung derartiger Kräfte kommen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

69a

BBU	000077
698	

Wenn ich hier einzelne Hinweise und Beispiele zu geplanten Provokationen so konkret dargestellt habe, dann deshalb, damit jeder Leiter daraus die notwendigen Schlußfolgerungen für seinen Verantwortungsbereich ableitet und das alles bei der Organisierung der politisch-operativen Arbeit berücksichtigt.

Ich verweise gleichfalls darauf, daß es erfahrungsgemäß anlässlich gesellschaftlicher Höhepunkte zu einem Ansteigen von Vorkommnissen der Hetze, der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, des Anbringens von Hetzlosungen und anderen Schmierereien kommt. Hinweise dazu liegen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen vor. Durch den Einsatz der erforderlichen operativen Kräfte, Mittel und Methoden ist jederzeit zu sichern, daß auf hohe Öffentlichkeits- und Massenwirksamkeit abzielende Vorkommnisse der staatsfeindlichen Hetze, insbesondere in schriftlicher Form, im engen und abgestimmten Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei und geeigneten gesellschaftlichen Kräften vorbeugend verhindert bzw. bereits im ersten Angriff noch zielstrebiger und schneller aufgeklärt werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

70

BStU
000079 | 000078

Aus gegebenem Anlaß fordere ich heute erneut, daß an der Aufklärung derartiger Vorkommnisse energischer gearbeitet werden muß, um den oder die Täter zu entlarven.

Besonders in den bekannten Schwerpunkten wurden einige schwerwiegende Straftaten der staatsfeindlichen Hetze, wie auf hohe Öffentlichkeitswirksamkeit gerichtete Flugblätter und geschmierter Hetzlosungen, bisher nicht aufgeklärt. Das betrifft, bezogen auf das I. Quartal 1989, beispielsweise Berlin (23 Vorkommnisse - davon 3 geklärt), Karl-Marx-Stadt (7 Vorkommnisse - davon 1 geklärt) und Potsdam (3 Vorkommnisse - keines geklärt).

Nach den Kommunalwahlen ist von den zuständigen Diensteinheiten unverzüglich die politisch-operative Lage im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und mit den Wahlergebnissen zu analysieren und es sind die notwendigen politisch-operativen Schlußfolgerungen herauszuarbeiten. In den jeweiligen Verantwortungsbereichen sind unter anderem die territorialen und personellen Schwerpunkte sowie die Ursachen und Motive von Nichtwählern, ungültigen und Gegenstimmen umfassend und konkret herauszuarbeiten und unter Nutzung der inoffiziellen Kräfte und geeigneter offizieller Möglichkeiten weiter aufzuklären. Die dabei erarbeiteten operativ bedeutsamen und anderen Informationen sind mit bereits vorhandenen zu vergleichen. Daraus gewonnene Erkenntnisse müssen gespeichert und in der politisch-operativen Arbeit bei weiteren operativen Entscheidungen mit zugrunde gelegt werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

71

BStU	000060	000079
------	--------	--------

Das generelle Anliegen dieser notwendigen analytischen Arbeit muß es sein, unter dem Gesichtspunkt der Klärung der Frage "Wer ist wer?" qualifizierte Aussagen darüber zu erarbeiten, bei wem es sich um Feinde, um Mitläufer und Mißbrauchte oder um Unzufriedene handelt.

Zu beachten ist, daß sich auch bei den diesjährigen Kommunalwahlen eine nicht unbedeutende Anzahl von Feinden, darunter insbesondere Antragsteller auf ständige Ausreise, durch scheinbar progressives Auftreten sowie eine öffentliche Zustimmung zu den Kandidaten zu tarnen versuchen wird.

Um die Arbeit am Feind weiter zu qualifizieren, bleibt es eine Grundvoraussetzung, solche Personen zu erkennen.

Nicht zuletzt ist auch unter operativen Gesichtspunkten das Verhalten von ausländischen Bürgern im Zusammenhang mit dem ihnen ermöglichten aktiven und passiven Wahlrecht einzuschätzen. Gegenwärtig leben über 160 000 Ausländer, davon 80 % aus sozialistischen Ländern und nationalbefreiten Staaten, in der DDR, die an den Kommunalwahlen teilnehmen können, wenn sie es wünschen und von denen auch einige als Abgeordnete kandidieren. Wobei auch zu beachten ist, daß es zu diesen Fragen auch vereinzelt negative Meinungen gibt. Das muß man analysieren, vor allem die Ursachen dafür ermitteln und Einfluß auf die ideologische Klärung solcher Probleme nehmen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
72 000081 000080

Bestandteil der Auswertung des gesamten Wahlgeschehens muß auch eine gründliche Analyse der anlaßbezogenen Eingabentätigkeit sein. Feindlich-negative Personenkreise, insbesondere reaktionäre kirchliche und der politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnende Kräfte sowie Antragsteller auf ständige Ausreise haben im Zusammenhang mit den Wahlen ausdrücklich auf einen Mißbrauch des Eingabenrechts der Bürger orientiert. Sie gehen davon aus, daß die Staatsorgane der DDR vor den Wahlen angehalten sind, Anliegen der Bürger unbürokratisch und möglichst einvernehmlich zu klären und rechnen deshalb auch damit, daß von ihnen initiierte Eingaben von den Staatsorganen beantwortet werden. Hierzu fordert auch der Gegner auf, besonders Radio 100,6. Das ist praktisch völlig deckungsgleich mit der Aufforderung, jetzt vor den Wahlen Anträge auf ständige Ausreise zu stellen, weil sie von den Staatsorganen rasch realisiert werden müßten.

Bisherigen Erkenntnissen zufolge sind in einer Reihe von Fällen von solchen Personen bereits Eingaben an den Vorsitzenden der Wahlkommission der DDR, den Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR und an staatliche Organe gerichtet worden, in denen provokatorische Anfragen und Vorschläge zu wahlrechtlichen und wahlorganisatorischen Fragen vorgetragen wurden, bis hin zu zum Teil massiven Forderungen nach Änderung des Wahlrechts in der DDR.

Im engen Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Organen gilt es, unter den Verfassern von im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen stehenden Eingaben solche

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000082
73 000081

Personen zu erkennen, die in Wirklichkeit aus einer feindlich-negativen Einstellung bzw. im Sinne gegnerischer Zielstellungen handelten, die mit diesen Eingaben das Anliegen der Wahlbewegung zu mißbrauchen versuchen.

Dort, wo es sich um berechtigte Hinweise, Vorschläge, Kritiken und auch Forderungen handelt, ist durch das MfS mit darauf Einfluß zu nehmen, daß die zuständigen Staats- und wirtschaftsleitenden Organe sowie gesellschaftlichen Organisationen, Einrichtungen und Kräfte wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von angesprochenen Mängeln, Mißständen, Unzulänglichkeiten und Schwachstellen einleiten und konsequent durchsetzen.

Vor allen Diensteinheiten steht also die Aufgabe, die uns in der vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit bekannt gewordenen Probleme aufzugreifen und die zuständigen Organe sachlich zu informieren, damit es zu den erforderlichen Veränderungen kommt.

Im Interesse der weiteren Klärung der Frage "Wer ist wer?" ist bei der Analyse der Wahlen auch zu beachten, daß eine Reihe von Abgeordneten teilweise auch aus politischen Gründen eine erneute Kandidatur abgelehnt hat,

bzw. vorgeschlagene Kandidaten ihre anfängliche Berichtserklärung zurückgenommen haben, nachdem ihnen die anspruchsvollen Aufgaben und die Verantwortung ihrer Abgeordnetentätigkeit näher erläutert wurden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

74

BSU	000082
000083	

Ich hebe nochmals die Aufgabenstellung an alle operativen Diensteinheiten hervor, daß gemäß meiner Dienstanweisung Nr. 1/80 alle operativ-bedeutsamen Informationen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen sowohl in den Informationsspeichern ihrer Diensteinheiten als auch in der ZPDB zu erfassen und zu speichern sind.

Abschließend unterstreiche ich die große Verantwortung, die wir als Ministerium für Staatssicherheit mit dafür tragen, daß die Kommunalwahlen zu einer überzeugenden, offenen Demonstration der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie in unserer Republik werden.

Genossen!

Nun zu einigen ausgewählten Aufgaben bei der politisch-operativen Sicherung des Pfingsttreffens der FDJ.

Mit diesem bedeutsamen gesellschaftlichen Höhepunkt im 40. Jahr des Bestehens unserer Republik, an dem eine halbe Million FDJ-Mitglieder und Gäste aus allen Bezirken der DDR teilnehmen werden, setzt unser sozialistischer Jugendverband seine Tradition fort, die enge Verbundenheit der Jugend mit der SED und unserem sozialistischen Vaterland durch eine machtvolle Manifestation in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu demonstrieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

75

BStU
000084

000083

Damit soll erneut überzeugend und sichtbar dokumentiert werden, daß alle Versuche und Bestrebungen des Gegners, zwischen die junge Generation der DDR und die Partei einen Keil treiben zu wollen, auch künftig zum Scheitern verurteilt sind. Von dieser grundlegenden Zielstellung wird das gesamte Treffen, werden die stattfindenden Veranstaltungen geprägt sein.

Die Gewährleistung höchster Ordnung und Sicherheit bei dieser Manifestation der Jugend unseres Landes stellt hohe Anforderungen an alle Angehörigen unseres Organs, verlangt höchste Einsatzbereitschaft und Wachsamkeit, politisch kluges und umsichtiges tschekistisches Handeln. Das MfS steht erneut vor einer großen Bewährungsprobe, und das gilt für alle Diensteinheiten, von der Zentrale bis zu den Kreisdienststellen. Vor uns steht die generelle Aufgabe, sowohl die Veranstaltungen anlässlich des Treffens in Berlin zuverlässig zu sichern als auch in diesen Tagen in der gesamten Republik unbedingt eine hohe Sicherheit und Ordnung zu garantieren. Auch in den Bezirken und Kreisen darf nichts passieren, was zur Störung dieses gesellschaftlichen Höhepunktes führen kann.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

76

BStU
000085

000084

Die zur politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung des Pfingsttreffens zu lösenden grundsätzlichen und spezifischen Aufgaben sind in meinem Befehl Nr. 7/89 enthalten. Ich werde deshalb heute nur auf einige besonders bedeutsame Schwerpunkte der politisch-operativen Arbeit im Rahmen der Aktion "KAMPFRESERVE 89" hinweisen.

Entsprechend bisherigen Erkenntnissen und Erfahrungen haben wir mit Versuchen unterschiedlichster feindlich-negativer Kräfte zu rechnen, die vielfältigen Veranstaltungen des Treffens zu nutzen, um unter den Teilnehmern antisozialistische Diskussionen zu entfachen sowie politische Provokationen zu inszenieren, die zur Diskriminierung der DDR genutzt werden können.

Wir haben zu rechnen mit Aktivitäten reaktionärer kirchlicher Kreise und sogenannter kirchlicher Basisgruppen, von Kräften politischer Untergrundtätigkeit zur Störung des politischen Anliegens des Pfingsttreffens, zum Mißbrauch von Veranstaltungen zur Propagierung ihrer antisozialistischen, oppositionellen Auffassungen und zur Gewinnung von Sympathisanten.

Eingestellt sein müssen wir

- auf Versuche zur Organisierung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen von Antragstellern auf ständige Ausreise, auch auf die Inszenierung "spontaner" Aktionen, sowie

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

77

BSU
600086

000085

- auf provokatorische Auftritte negativ-dekadenter Jugendlicher, insbesondere mit neofaschistischen und antisemitischen Inhalten, mit ausländerfeindlichen Parolen und mit Gewalttätigkeiten, wie sie sich bis in die jüngste Zeit vor allem im Auftreten sogenannter Skinheads bzw. anderer negativ-dekadenter jugendlicher Gruppierungen und Einzelpersonen zeigten.

An dieser Stelle informiere ich darüber, daß durch den 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ die zuständigen FDJ-Bezirks- und Kreisleitungen beauftragt wurden, bestimmte Vorkommnisse am 20. April an Ort und Stelle politisch auszuwerten und besonders mit den Jugendlichen intensiv ideologisch-erzieherisch zu arbeiten, die mit neofaschistischen Verhaltensweisen angefallen sind - unabhängig von notwendigen strafrechtlichen und anderen disziplinarischen Maßnahmen.

Bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage ist auch zu beachten, daß unter bestimmten jugendlichen Personenkreisen, insbesondere Studenten an einer Reihe von Universitäten und Hochschulen, eine ablehnende Haltung zum Stattfinden des Pfingsttreffens überhaupt besteht.

Operativ beachtenswert sind desweiteren Meinungsäußerungen aus unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen, vor allem der Hauptstadt der DDR, Berlin, in denen ebenfalls Vorbehalte und ablehnende Positionen zum Pfingsttreffen sichtbar werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

78

BStU

030087

000086

Alle diese Faktoren müssen in der politisch-operativen Arbeit im Rahmen der weiteren Vorbereitung und Durchführung der Aktion mit in Rechnung gestellt werden, damit rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden können und wir durch nichts überrascht werden.

Um ein Wirksamwerden gegnerischer Kräfte im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen weitestgehend vorbeugend zu verhindern, ist eine umfassende operative Kontrolle und Überwachung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs, besonders bezogen auf die Hauptstadt, zu gewährleisten. Personen, bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie mit feindlichen Aktivitäten gegen das Treffen wirksam werden wollen, sind unter Nutzung anderer Anlässe zurückzuweisen bzw. es sind gegen sie zeitlich begrenzte Reisesperrmaßnahmen einzuleiten.

Alle angewiesenen Maßnahmen zur Verhinderung von provokatorisch-demonstrativen Handlungen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten seitens reaktionärer kirchlicher u. a. feindlich-negativer Kräfte, besonders von Kräften politischer Untergrundtätigkeit, Mitgliedern sogenannter kirchlicher Basisgruppen und von Antragstellern auf ständige Ausreise, sind konsequent und zielstrebig durchzusetzen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

79

BStU

000088

000087

Personen, zu denen Informationen bzw. Verdachtshinweise auf beabsichtigte feindlich-negative Handlungen oder Störaktionen vorliegen, müssen im jeweiligen Verantwortungsbereich unter Nutzung der erforderlichen operativen Kräfte und Mittel unverzüglich bis zur zweifelsfreien Klärung operativ bearbeitet, so unter Kontrolle gehalten werden, daß ihr Wirksamwerden konsequent verhindert wird.

Bearbeitungs- und Kontrollmaßnahmen sind insbesondere gegen hinlänglich bekannte Führungskräfte und Mitglieder feindlicher, oppositioneller Gruppierungen einzuleiten, die bereits in der Vergangenheit anlässlich gesellschaftlicher Höhepunkte mit provokatorisch-demonstrativen Handlungen bzw. anderweitigen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Erscheinung getreten sind bzw. dies beabsichtigten.

Gruppierungen bzw. Konzentrationen negativ-dekadenter Jugendlicher, vor allem von Skinheads und Punks, sowie sogenannte Punk-Rock-Gruppen müssen ebenfalls unter verstärkter operativer Kontrolle gehalten werden, um rechtzeitig mögliche Pläne und Absichten zu erkennen und vorbeugend zu unterbinden.

Generell muß es dabei darum gehen, durch eine gewissenhafte operative Kontrolle und Bearbeitung aller Personenkreise, von denen Gefahren ausgehen können, und durch eine vorausschauende Einschätzung der Entwicklung der politisch-operativen Lage rechtzeitig eventuelle Anlässe, Ansatzpunkte und Umstände für ein mögliches Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte und negativ-dekadenter Jugendlicher zu erkennen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

80

BStU
000089

000088

Im Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den zuständigen Organen und gesellschaftlichen Kräften sowie den jeweiligen Verantwortlichen müssen alle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen durch geeignete Maßnahmen so abgesichert werden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit jederzeit gewährleistet wird.

• Von negativ-dekadenten Jugendlichen vor und während des Pfingsttreffens begangene kriminelle Handlungen, Ordnungswidrigkeiten und andere gesellschaftswidrige Handlungen sind konzentriert zu bearbeiten und kurzfristig aufzuklären. Unter differenzierter Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten sind die Betroffenden zur Verantwortung zu ziehen.

• Bei schwerwiegenden Verstößen im Zusammenhang mit Rowdytum und anderen Gefährdungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist, wenn dazu die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, die Festnahme dieser Personen zu veranlassen.

Nachdrücklich hebe ich die Aufgabe hervor, im engen und kameradschaftlichen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den zuständigen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen und Kräften die Anreise von feindlich-negativen Personen, negativ-dekadenten Jugendlichen und kriminell gefährdeten Personen in die Hauptstadt konsequent zu unterbinden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

81

BSTU
000089

000089

Verstärkt sind dazu Vorbeugungsgespräche zu führen, befristete Aufenthaltsbeschränkungen auszusprechen und andere geeignete Kontrollmaßnahmen seitens der Deutschen Volkspolizei durchzuführen. Soweit erforderlich, und wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, sind auch Ermittlungsverfahren einzuleiten.

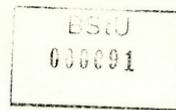
Sofern trotz eingeleiteter Kontrollmaßnahmen derartige Personen anreisen, hat ihre unverzügliche Rückführung zu erfolgen, wozu entsprechende Voraussetzungen zu schaffen sind.

Die von den Bezirksverwaltungen gewonnenen Erkenntnisse über Pläne, Absichten und Aktivitäten vorgenannter Personenkreise zur Störung des Pfingsttreffens sind gemäß der von meinem Stellvertreter, Genossen Generaloberst Mittig, erlassenen Informationsordnung zu meinem Befehl Nr. 7/89 und unter Beachtung der Sofortmeldepflichten unverzüglich an das MfS weiterzuleiten.

Eine große Verantwortung tragen alle operativen Dienststellen, die Aufgaben zur Sicherung der Bezirksdelegationen der FDJ und der Kulturgruppen wahrzunehmen haben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

82



Gemäß meinem Befehl Nr. 7/89 ist durch entsprechende politisch-operative Einflußnahme auf die Auswahl der Funktionäre und durch den sorgfältig vorbereiteten Einsatz der operativen Mitarbeiter und der inoffiziellen Kräfte in den Delegationen zu gewährleisten, daß das Auftreten der Delegationen - von der Anreise in die Hauptstadt bis zur Rückkehr in die Heimatorte - jederzeit dem Grundanliegen des Treffens entspricht.

Besondere Verantwortung tragen die durch die Bezirksverwaltungen eingesetzten Führungsoffiziere für die politisch-operative Sicherung der Bezirksdelegationen der FDJ, der Bezirksmusikkorps und aller im Rahmen der Bezirksdelegationen eingesetzten Kulturgruppen, Ensembles, Musikformationen, Singegruppen und Solisten.

Zu sichern sind alle Maßnahmen zur reibungslosen Durchführung der notwendigen Personenverkehrs- und anderer Transportaufgaben.

Die politisch-operative Arbeit in den Bezirksdelegationen der FDJ während ihres Aufenthaltes in der Hauptstadt ist insbesondere zu konzentrieren auf

- die Gewährleistung der inneren Sicherheit,

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

83

000092

000091

- die Unterstützung aller Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit bei allen Handlungs- und Programmabläufen,
- das rechtzeitige Erkennen und die vorbeugende Verhinderung aller gegen die Delegationen gerichteten feindlich-negativen Aktivitäten.

Durch die Leiter der Bezirksverwaltungen ist zu gewährleisten, daß die in meinem Befehl Nr. 7/89 enthaltenen Festlegungen über die in den Bezirksdelegationen einzusetzenden inoffiziellen Kräfte strikt eingehalten werden. Diese Kräfte sind konkret und aufgabenbezogen einzuweisen und zu instruieren. Die leitungsmäßige Kontrolle der Maßnahmen ist zu gewährleisten.

Was die Führungskräfte betrifft, so müssen sie natürlich auch Autorität besitzen und müssen als Persönlichkeit auch ausstrahlen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die politisch-operative Sicherung der Großveranstaltungen wie

- der Manifestation der FDJ zur Eröffnung des Pfingsttreffens am 12. Mai auf dem Marx-Engels-Platz mit ca. 80 000 Teilnehmern,
- der Kampfdemonstration der FDJ am 14. Mai in der Karl-Marx-Allee mit ca. 280 000 Teilnehmern in 18 Marschverbänden und 50 000 Teilnehmern in Spalierbereichen an der Demonstrationsstrecke,

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

84

BStU
000093

000092

- der Stadionrevue, die täglich vom 12. bis 15. Mai unter Teilnahme von jeweils 45 000 FDJlern im Stadion der Weltjugend stattfindet sowie
- des Konzertes des Zentralen Musikkorps (ZMK) der FDJ und der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und die Feuerschau zum Abschluß des Pfingsttreffens der FDJ am 14. Mai auf dem Marx-Engels-Platz und im Lustgarten mit ca. 80 000 Teilnehmern.

Ich verweise besonders auf die Notwendigkeit, alle zur Sicherung dieser Großveranstaltungen angewiesenen Maßnahmen konsequent durchzusetzen. Das betrifft vor allem

- den Schutz der an den Veranstaltungen teilnehmenden führenden Repräsentanten der Partei und des Staates,
- die vorbeugende Verhinderung von Terror und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten sowie provokatorisch-demonstrativer und anderer öffentlichkeitswirksamer Aktionen,
- den verstärkten Schutz der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, unter konsequenter Beachtung der strengen Festlegungen bezüglich der Anwendung der Schußwaffe, wozu ich später noch etwas sagen werde.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

85

BSU
000094 000093

- die einheitliche straffe Leitung und Koordinierung aller Aufgaben, unter anderem durch die Festlegung von Sicherungsbereichen und -abschnitten in den Hauptveranstaltungszentren und durch die einheitliche Leitung der Kräfte von gemeinsamen Führungspunkten aus,
- die materiell-technische Sicherstellung und die Verhinderung von Bränden, Havarien und anderen Störungen sowie
- das enge und konstruktive Zusammenwirken mit den Leitungen der FDJ auf allen Ebenen, verbunden mit einer wirksamen Unterstützung der durch sie zu lösenden Aufgaben.

Alle zum Einsatz kommenden Sicherungskräfte sind durch die dafür zuständigen Leiter der Diensteinheiten umfassend in ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten einzuweisen und zu instruieren. Sie müssen befähigt und in der Lage sein, in Abhängigkeit von der konkreten politisch-operativen Lage unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Von besonderer Bedeutung ist dabei auch die Instruierung der Einsatzkräfte hinsichtlich des richtigen politischen Reagierens und taktisch klugen Vorgehens gegenüber Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland bzw. bei erkannten Versuchen gegnerischer und feindlich-negativer Kräfte, die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen bzw. anderweitige Störaktionen provozieren zu wollen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

86

BSI	U
000095	

000094

Abschließend verweise ich noch auf folgendes beachtenswerte Problem.

In die Vorbereitung und Durchführung des Pfingsttreffens sind auch zehntausende sicherstellende Kräfte, insbesondere aus der Hauptstadt, einbezogen. Darüber hinaus bringt die Anwesenheit von hunderttausenden Teilnehmern des Treffens auch eine Reihe zusätzlicher Belastungen für die Berliner Bevölkerung mit sich, so z. B. in den Bereichen des innerstädtischen Verkehrs sowie des Handels und der Versorgung.

Unter Beachtung des anlaßbezogenen Stimmungsbildes bestimmter Teile der Berliner Bevölkerung ist deshalb auch in weiterer Vorbereitung und im Verlaufe des Pfingsttreffens der Reaktion der Bevölkerung, besonders in der Hauptstadt, große Aufmerksamkeit zu widmen. Die Partei ist darüber entsprechend zu informieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

87

BSU
000096

000095

Genossen!

Das Politbüro des ZK der SED hat sich im März 1989 mit dem Bericht über die Entwicklung und Bekämpfung der Kriminalität seit dem XI. Parteitag der SED befaßt und daraus Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit abgeleitet und bestätigt.

Festgelegt wurde, den Bericht den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED zu übermitteln und ihn mit den Ateilungsleitern für Staats- und Rechtsfragen sowie Sicherheitsfragen der Bezirksleitungen und im Ministerrat auszuwerten.

Ich nutze unsere heutige Dienstbesprechung, um über die grundsätzlichen Einschätzungen und Schlußfolgerungen - soweit sie unser Ministerium insgesamt betreffen - zu informieren. Dabei gehe ich davon aus, daß die spezifischen Schlußfolgerungen, Aufgabenstellungen und Orientierungen, insbesondere zur differenzierten Anwendung des Strafrechts unter Beachtung von Tat, Täter und Folgen, durch die Hauptabteilung IX einheitlich im MfS ausgewertet und durchgesetzt werden.

Gegenüber 1986, wo mit 110 768 Straftaten der niedrigste Stand der Kriminalität seit 1971 erreicht wurde, gab es 1987 einen Anstieg auf 114 815 Straftaten und 1988 auf 119 124 Straftaten. Der Anstieg der Straftaten in den letzten beiden Jahren ist wesentlich durch Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts, der Asozialität sowie durch Rückfall nach der Amnestie verursacht worden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

88

BSU
000097

000096

Auch unter Berücksichtigung dieser Entwicklung zählt die DDR nach wie vor zu den Ländern mit der niedrigsten Kriminalität.

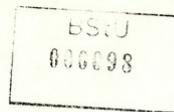
In Übereinstimmung mit den Erkenntnissen des MfS wurde im Kriminalitätsbericht zutreffend eingeschätzt, daß sich in den aufgeklärten Angriffen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung die verstärkte, auf die Störung der Einheit von Partei und Volk konzentrierte politisch-ideologische Diversion des Gegners äußerte.

Zum Anstieg ungesetzlicher Grenzübertritte wird im Kriminalitätsbericht hervorgehoben, daß er vorwiegend durch Personen verursacht wird, die von Reisen in das kapitalistische Ausland nicht zurückkehrten, und daß auch die direkten Angriffe auf die Staatsgrenze sowie die Ausnutzung von Reisen in sozialistische Staaten für ungesetzliche Grenzübertritte zunahmen. Das stimmt vollinhaltlich mit den Erkenntnissen des MfS überein.

Die wesentliche Zunahme vorbereiteter, versuchter und vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte und auch von Straftaten zur Erzwingung der ständigen Ausreise führte zu einem Anstieg der von der Linie IX bearbeiteten Ermittlungsverfahren im Jahre 1988 um 67 % gegenüber dem Vorjahr (mit 3 668 Beschuldigten wurde der höchste Stand seit 1961 erreicht).

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

89



BStU
000098

000097
1989-12-27

Auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres erfolgte ein weiterer Anstieg eingeleiteter Ermittlungsverfahren der Linie IX wegen vorbereiteter und versuchter ungesetzlicher Grenzübertritte, vor allem über die CSSR und die UVR, um 45 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Zum Anstieg der Straftaten der Asozialität wird im Kriminalitätsbericht ausgeführt, daß die Täter zum überwiegenden Teil mehrfach einschlägig vorbestraft sind, über keine oder nur eine geringe berufliche Qualifikation verfügen, meist ohne familiäre Bindung und infolge ständigen Alkoholmissbrauchs destrukturiert sind. Maßnahmen der Wiedereingliederung blieben weitgehend wirkungslos, weil diese Personen haltlos sind bzw. sich hartnäckig staatlicher und gesellschaftlicher Einflußnahme entziehen.

Gegenwärtig sind ca. 15 500 kriminell Gefährdete von den örtlichen Räten erfaßt. Fortschritte bei der Bekämpfung und weiteren Vorbeugung der Asozialität hängen - so wird eingeschätzt - wesentlich von einer frühzeitigen Reaktion auf anfängliche Gefährdungsscheinungen ab. Das erfordert vor allem, einen hohen allgemeinen Ordnungszustand zu gewährleisten sowie Rechtsverletzungen jeder Art, u. a. Arbeitsbummelei und Disziplinlosigkeiten, vorzubeugen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

90

BStU 000098
000098

Die Kriminalität Jugendlicher (14 bis 18 Jahre) ist seit 1986 insgesamt rückläufig. Bei den von ihnen begangenen Straftaten handelt es sich überwiegend um Diebstähle, unbefugte Benutzung von Kraftfahrzeugen, Rowdyismus und Körperverletzungen. Über 50 % der Täter wurden nicht gerichtlich verurteilt, sondern durch gesellschaftliche Gerichte oder durch staatliche bzw. gesellschaftliche Erziehungsträger zur Verantwortung gezogen, weil die von ihnen begangenen Straftaten weniger schwer waren.

Von Skinheads, zum Teil unter Gebrauch von Parolen aus der Nazizeit, begangene Gewalttätigkeiten und andere gegen die öffentliche Ordnung und gegen Bürger gerichtete Straftaten wurden vorrangig aufgeklärt und die Täter inhaftiert und streng zur Rechenschaft gezogen.

Um Straftaten Jugendlicher noch wirksamer vorzubeugen, wird gefordert, auf Auffälligkeiten frühzeitiger durch geeignete und abgestimmte Maßnahmen der Erziehungsträger zu reagieren, die personenbezogene Arbeit mit gefährdeten und straffällig gewordenen Jugendlichen und Jungerwachsenen, vor allem auch durch die FDJ, zu verstärken, das Niveau der Rechtserziehung junger Menschen auf breiter gesellschaftlicher Basis zu erhöhen und die Verantwortung der Jugend zu stärken, sich für die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit einzusetzen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

91



000099

Im Bericht an das Politbüro wird festgestellt, daß der durch kriminelle Straftaten verursachte berechenbare Direktschaden für die Jahre 1986 bis 1988 mehr als eine Milliarde Mark betrug. Der Schutz der Volkswirtschaft und des sozialistischen Eigentums vor Verlusten bleibt weiterhin Schwerpunkt des Beitrages der Justiz- und Sicherheitsorgane zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie der Partei.

Das Politbüro hat die grundsätzliche Aufgabe bekräftigt, die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft noch besser zur wirksameren Vorbeugung der Kriminalität zu nutzen und den gesamtgesellschaftlichen Charakter der Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung noch stärker auszuprägen.

Dazu wurde beschlossen,

- daß die Grundorganisationen unter Leitung der Bezirks- und Kreisleitungen den Kampf um die Stärkung der Gesetzlichkeit, um Ordnung, Sicherheit und Disziplin als untrennbarer Bestandteil der Verwirklichung der Gesamtpolitik der Partei mit hoher Wirksamkeit führen und dabei vor allem auf die wirksame Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsverletzungen orientieren,

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

92

BSU	600101	000100
-----	--------	--------

- daß der Ministerrat in Auswertung des Kriminalitätsberichtes Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und zur weiteren Ausprägung der Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung, insbesondere der vollen Wahrnehmung der Verantwortung staatlicher Leiter bei der strikten Durchsetzung des sozialistischen Rechts, festzulegen hat. Dabei sind die gewachsenen Erfordernisse des Schutzes der Volkswirtschaft und des sozialistischen Eigentums, der ständigen Gewährleistung einer hohen staatlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der Rechte und der Interessen der Bürger und der Stärkung der Staatsautorität von besonderer Bedeutung

Der Beschuß orientiert des weiteren darauf,

- daß durch die Massenmedien die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Rechtsverletzungen weiter zu entwickeln und ihre Mitwirkung zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu fördern ist, unter anderem durch Vermittlung konkreter Rechtskenntnisse und durch umfassende Informierung der Bürger über Rechtsverletzungen und über gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zu ihrer Vorbeugung und Bekämpfung, einschließlich der Fortsetzung und Qualifizierung der Gerichtsberichterstattung.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

93

BStU
000102

000101

Den Justiz- und Sicherheitsorganen wurde die Aufgabe gestellt, sich bei der weiteren Bekämpfung und Vorbeugung der Kriminalität vorrangig zu konzentrieren auf:

- den Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung und des friedlichen Zusammenlebens der Bürger vor Angriffen gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR;
- den Beitrag zur Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere den Schutz der Volkswirtschaft und des sozialistischen Eigentums vor Verlusten sowie
- den Schutz der Rechte der Bürger, ihres Lebens und Eigentums als Teil sozialistischer Lebensqualität, der Geborgenheit und der weiteren Vertiefung des Vertrauens zu unserem sozialistischen Staat.

Hinsichtlich der weiteren Vervollkommnung der Strafverfolgung wurde darauf orientiert:

- jede Straftat aufzudecken und durch zügige Bearbeitung des Strafverfahrens zu sichern, daß die staatliche Reaktion der Straftat auf dem Fuße folgt;
- jedes Strafverfahren unter strikter Wahrung der Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit nach dem Grundsatz durchzuführen, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind;

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

94

BStU
000103

000102

- das Strafrecht differenziert anzuwenden, mit Konsequenz gegen Gewalttäter, Provokateure, unbelehrbare und hartnäckige Rechtsverletzer vorzugehen;
- dem Täter alle Vorteile aus der Straftat zu entziehen und durchzusetzen, daß der Schaden ersetzt wird;
- die Ursachen und Bedingungen der Straftaten gewissenhaft aufzudecken und unter Einbeziehung der zuständigen staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte entschlossen auf ihre Überwindung hinzuwirken.

Ich füge hier noch hinzu, daß es auch darum gehen muß, daß die Bürgermeister - als unmittelbare Vertreter der Staatsmacht im Territorium - ihre Verantwortung für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung konsequent wahrnehmen.

Soweit zum Beschuß des Politbüros zur Entwicklung und Bekämpfung der Kriminalität.

Mit Beschuß vom 13. 4. 1989 wurden durch den Ministerrat inzwischen entsprechende Maßnahmen festgelegt. Ich will zwei davon besonders hervorheben, weil auch wir davon mit betroffen sind bzw. auf ihre konsequente Realisierung Einfluß zu nehmen haben.

Die Mitglieder des Ministerrates, die Leiter anderer zentraler Staatsorgane und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise wurden verantwortlich gemacht, unter anderem

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

95

BStU	000103
000104	

- in den Kombinaten, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen sowie in den staatlichen Organen zu sichern, daß Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und andere Rechtsverletzungen im Verantwortungsbereich erfaßt sowie mit exakter Feststellung ihrer Ursachen und Bedingungen analysiert und die erforderlichen Leitungsentscheidungen getroffen werden,

und sie wurden verantwortlich gemacht,

- in der Volkswirtschaft und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des inneren Kontrollsystems einzuschätzen und daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten, um insbesondere durch die gründliche Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Revisionen und Inventuren Ursachen für volkswirtschaftliche Verluste an materiellen und finanziellen Fonds festzustellen und die persönliche Verantwortlichkeit durchzusetzen. Jeglichen Erscheinungen von Kritiklosigkeit und Duldung ungesetzlicher Handlungen ist durch die Leiter entschieden zu begegnen. Auf festgestellte Rechtsverletzungen ist konsequent und differenziert mit Maßnahmen der disziplinarischen und materiellen sowie auch anderen Formen der rechtlichen Verantwortlichkeit zu reagieren. Beim Verdacht des Vorliegens einer Straftat sind die Strafverfolgungsorgane unverzüglich zu informieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

96

BSB	000105
-----	--------

000104

Soweit kurz zu einigen wesentlichen Festlegungen des Ministerates in Umsetzung des genannten Politbürobeschlusses.

Die Information über die Analyse der Kriminalitätsentwicklung in der DDR und über die in diesem Zusammenhang festgelegten Aufgaben sind Anlaß, auch auf einige ausgewählte Probleme der Kaderarbeit und auf besondere Vorkommnisse im MfS aufmerksam zu machen, die die Schlagkraft unseres Ministeriums beeinträchtigen.

Zunächst kann positiv eingeschätzt werden, daß es gelungen ist, die Einheit von politischer und fachlicher Führung und Leitung, die Entwicklung und Festigung der Kollektive sowie die Erziehung und Selbsterziehung der Angehörigen zu tschechistischem Verhalten und hoher Leistungsbereitschaft weiter zu vervollkommen.

Von der überwiegenden Mehrheit der Angehörigen wird verstanden, daß höhere Maßstäbe an ihre persönliche Einsatz- und Leistungsbereitschaft objektive Erfordernisse sind und wachsende Aufgaben und Anforderungen des Dienstes mit den verfügbaren Kräften und Mitteln realisiert werden müssen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

97

BStU

000106

000106

Insbesondere im Rahmen der Parteiwahlen wurde die gewachsene, vorwärtsorientierende kritische und selbtkritische Atmosphäre in den Kollektiven deutlich. Überwiegend sachlich und konstruktiv wurde auf Unzulänglichkeiten aufmerksam gemacht und sich mit Mängeln und Schwächen einzelner Genossen auseinandersetzt. Kritische Auseinandersetzungen erfolgten vor allem bei erkannten Fehlleistungen. Auf erste Anzeichen negativen Verhaltens wird rechtzeitiger reagiert.

Durch eine intensive politisch-ideologische und erzieherische Arbeit wurde auch 1988 die innere Sicherheit des MfS auf stabiler Grundlage gewährleistet.

Einen wesentlichen Bestandteil der Führungs- und Leitungstätigkeit in allen Diensteinheiten bildete dabei die Arbeit mit dem von mir bestätigten Arbeitsmaterial "Grundsätzliche Anforderungen und Aufgaben zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS unter den gegenwärtigen und zukünftigen Lagebedingungen" (VVS o016-L 27/88). Dadurch konnten weitere Fortschritte in der individuellen Arbeit mit den Angehörigen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS, bei der weiteren Durchsetzung des Vertrauensgrundsatzes und der Einbeziehung der Angehörigen in die Klärung von Problemen erreicht werden. Es traten aber auch unterschiedliche Herangehensweisen und Probleme auf, die teilweise im Widerspruch zu den grundsätzlichen Anforderungen standen und ausgeräumt werden mußten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

98

BSI/0	000107	000106
-------	--------	--------

Ein für die Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS sehr ernst zu nehmendes Problem bildet die auch im vergangenen Jahr relativ hohe Anzahl von Entlassungen von Angehörigen wegen

Nichteignung und ungenügender Voraussetzungen für den Dienst im MfS,

mangelhafter Erfüllung der Dienstpflichten sowie

aus disziplinarischen Gründen.

(Gesamtzahl dieser Entlassungsarten 681 Angehörige)

Dabei ist für die ideologisch-erzieherische Arbeit aller Diensteinheiten bedeutsam, daß die wesentlichsten Ursachen bestehen in

- politisch-ideologischen Unklarheiten bzw. ideologischen Aufweichungerscheinungen und zum Teil kapitulantenhaftem Verhalten,

- mangelnder Bereitschaft, sich den höheren Anforderungen des Dienstes zu stellen bzw. dienstliche Erfordernisse mit persönlichen Interessen in Übereinstimmung zu bringen,

- in charakterlich-moralischen Schwächen,

- in der Schädigung des Ansehens des MfS in der Öffentlichkeit bis hin zu

- kriminellen Handlungen und Alkoholmißbrauch.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

99

BStJ
000107
000168

Die in den letzten Jahren insgesamt positive Tendenz bei der Zurückdrängung von Entlassungen aus den angeführten Gründen darf nirgendwo zu einem Nachlassen in den Anstrengungen zur weiteren Qualifizierung der Arbeit mit den Angehörigen, der Kaderarbeit insgesamt, führen.

Im Jahr 1988 war wiederum ein starkes Ansteigen der privaten Ausreisetätigkeit Verwandter von Angehörigen des MfS in das nichtsozialistische Ausland festzustellen. So stieg die Zahl ihrer Anträge 1988 gegenüber dem Vorjahr um 45 %, wobei davon auszugehen ist, daß eine erhebliche Dunkelziffer besteht. Noch deutlicher als 1987 wurde sichtbar, daß diese Verwandten nicht bereit sind, frühere Zusicherungen über den Abbruch der Verbindungen bzw. die Nichtdurchführung von Reisen in das nichtsozialistische Ausland einzuhalten, daß sie sich gegenüber Rückdrängungsaktivitäten der Angehörigen des MfS uneinsichtig zeigen oder auf einen Rechtsanspruch zur Durchführung derartiger Reisen verweisen. Die Zahl der von privaten Reisen in das NSA nicht zurückgekehrten Verwandten Angehöriger des MfS ist stark angestiegen.

Durch die Leiter der jeweiligen Kaderorgane erfolgte oder erfolgt noch eine differenzierte Auswertung der Jahresanalyse. Deshalb möchte ich nur einige aus zentraler Sicht bedeutsame Schlußfolgerungen und Aufgabenstellungen ableiten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

100

BStU	600109	000108
------	--------	--------

- In allen Diensteinheiten muß die tiefgründige Untersuchung und die differenzierte Durchsetzung von wirksamen Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Zurückdrängung der Ursachen und begünstigenden Bedingungen für Entlassungen verstärkt werden. Das erfordert eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Leitern, Parteileitungen und dem Kaderorgan und eine noch wirksamere individuelle ideologisch-erzieherische Arbeit mit den Angehörigen.
- Weiter zu qualifizieren sind die Prozesse der Aufklärung, Werbung und Einstellung neuer Kader für unser Organ. Dabei ist den politisch-ideologischen Haltungen, den charakterlich-moralischen Eigenschaften und der Herausbildung gefestigter Motive für den Dienst im MfS größere Aufmerksamkeit zu widmen.
- Die Arbeit mit neueingestellten jungen Angehörigen ist noch wirksamer auf die Entwicklung fester Bindungen zum MfS auszurichten. Ihre operativ-fachliche Einarbeitung und Befähigung muß noch konsequenter mit der politischen und tschekistischen Stählung verbunden werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

101



000100

Auch wenn die positive Tendenz in der Arbeit mit jungen Angehörigen überwiegt, werden nach wie vor Probleme, die sich in Sorglosigkeit und Resignation bei Schwierigkeiten in der Partnerwahl, in der Unterschätzung der Sicherheitserfordernisse bei der Wahl des Umgangskreises im Freizeitbereich und teilweise auch in einer mangelhaften Einstellung zur militärischen Ordnung und Disziplin äußern, sichtbar. Des weiteren führen gering ausgeprägte politische und charakterlich-moralische Reife, mangelnde Klarheit über die hohen Anforderungen des Dienstes und ungenügende Bereitschaft, sich diesen bewußt zu stellen, zu Schwierigkeiten bei der Erziehung und Einarbeitung junger Angehöriger und nicht selten zu vorzeitigen Entlassungen.

Die Ursachen hierfür liegen einerseits in altersspezifischen entwicklungsbedingten Erscheinungen, andererseits aber auch in unzureichenden kader-, bildungs- und leistungsmäßigen Voraussetzungen und bedürfen einer zielgerichteten und abgestimmten erzieherischen Einflußnahme.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

102

BStU
000111

000110

Meine heutigen Ausführungen über die ganze Kompliziertheit der Entwicklung der Klassenauseinandersetzung, zur internationalen und zur Lage im Innern unserer Republik zeigen, wie notwendig es ist, mit den Angehörigen unseres Ministeriums ständig politisch-ideologisch zu arbeiten. Von allen Leitern und Parteifunktionären muß mehr denn je gefordert werden, daß sie in ihren Kollektiven die ideologisch-erzieherische Arbeit auf einem hohen Niveau organisieren und durchführen, auf die brennenden Fragen unserer Zeit und unseres tschekistischen Kampfes Antworten geben, die überzeugen und die die Angehörigen zur bedingungslosen und politisch umsichtigen Erfüllung der übertragenen Aufgaben mobilisieren und befähigen. Worum es sich dabei insgesamt handelt und wie an solche Probleme und Fragen heranzugehen ist, habe ich deutlich gemacht.

Noch einige Bemerkungen zu kriminellen Handlungen durch Angehörige des MfS.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

103

BSU	000112	000111
-----	--------	--------

Auch wenn im zurückliegenden Jahr insgesamt ein Rückgang strafrechtlich relevanter Handlungen durch Angehörige erreicht wurde, gibt es noch immer eine beachtliche Anzahl derartiger Vorkommnisse (268 Sachverhalte, in denen 377 Angehörige bearbeitet wurden - außer Verkehrsdelikte), mit denen die Kampfkraft beeinträchtigt und das Ansehen unseres Organs zum Teil erheblich geschädigt wird.

Auf einige ausgewählte Schwerpunkte weise ich besonders hin, weil daraus Schlußfolgerungen für eine noch wirksamere ideologisch-erzieherische Arbeit, für eine nachhaltige vorbeugende Tätigkeit zu ziehen sind.

- Nach wie vor ist der Anteil junger Angehöriger (76 % jünger als 25 Jahre) an den Straftaten sehr hoch. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß sich die bearbeiteten Angehörigen vorrangig auf Diensteinheiten mit einem hohen Anteil von Unteroffizieren auf Zeit bzw. jungen Berufsunteroffizieren konzentrieren.

- Zugenommen haben Straftaten gegen Leben und Gesundheit, insbesondere vorsätzliche Körperverletzungen, wobei bei derartigen Delikten eine zunehmende Brutalität festzustellen ist. Die Hälfte der Straftäter stand unter Alkoholeinfluß.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

104

BSU
000113

000112

Durch die erfolgte Auswertung ist Euch bekannt, daß es im vergangenen Jahr zu zwei Fällen fahrlässiger Tötung gekommen ist, weil in gröbster Weise gegen die geltenden Bestimmungen im Umgang mit der Schußwaffe verstößen wurde. Zwei junge Angehörige unseres Ministeriums wurden tödlich verletzt (WSE BV Schwerin, Wachregiment F. E. Dzierzynski).

- Angestiegen sind Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung und die allgemeine Sicherheit. Ich nenne beispielhaft Rowdytum, Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, unbefugte Benutzung von Kfz, wobei die Handlungen in der Mehrzahl unter Alkoholeinfluß erfolgten und mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit verbunden waren. Aufgrund der erheblichen schädigenden Auswirkungen für das Ansehen des MfS sind auch hier unbedingt energischere Anstrengungen erforderlich.
- Nicht wesentlich vorangekommen sind wir bei der Zurückdrängung strafrechtlich relevanter Handlungen gegen das sozialistische Eigentum. Die wesentlichsten Begehungswisen bildeten

die Entwendung von Sachwerten bzw. Bargeld,

die Manipulation mit finanziellen Mitteln, insbesondere Operativgeldern, sowie Scheckbetrug.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

105

BStU

000114

000113

Wie in den Jahren zuvor lagen den Eigentumsstraftaten vor allem solche Ursachen und begünstigenden Bedingungen zugrunde wie

Vorteils- und Bereicherungsstreben,

Verantwortungslosigkeit und mangelnde Einstellung zum sozialistischen Eigentum sowie seine unzureichende Sicherung,

fehlende bzw. mangelhafte Nachweisführung und Kontrolltätigkeit und mangelnde Wahrnehmung der Verantwortung zuständiger Vorgesetzter.

Was die Operativgelder und finanziellen Mittel insgesamt betrifft, sind die dazu festgelegten dienstlichen Bestimmungen zur Nachweisführung und Verwendung konsequent durchzusetzen.

Dazu gehört gleichfalls die ordnungsgemäße Abrechnung und die gewissenhafte Prüfung der Richtigkeit der Abrechnung.

Und das betrifft auch die strikte Unterbindung der zweckentfremdeten Verwendung von Operativgeldern.

Ein sehr ernst zu nehmendes Problem stellt die unverändert hohe Zahl von Kontoüberziehungen dar, wobei auch hier der Anteil junger Angehöriger überwiegt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

106

BStU

000115

000114

- Zugenommen haben durch Angehörige begangene Militärstraf-
taten (1987 - 11 Straftaten, 1988 - 29 Straftaten). Auf die
zwei schwerwiegendsten Verstöße gegen die Schußwaffengebrauchs-
ordnung habe ich bereits hingewiesen.
Darüber hinaus bildeten unerlaubte Entfernungen, Befehlsver-
weigerungen, tätliche Angriffe gegen Vorgesetzte und andere
Militärpersonen, Mißbrauch der Dienstbefugnisse sowie unbe-
rechitigte Benutzung von Militärfahrzeugen weitere Schwer-
punkte auf diesem Gebiet.

Auch wenn diese Handlungen von der Anzahl her gering sind
und in der Mehrzahl nicht unter Einbeziehung des Militär-
staatsanwalts, sondern als Disziplinarverstöße durch die
Leiter der Diensteinheiten geahndet wurden, so sind sie
dennoch mit der gebotenen Schärfe zu beachten, weil es hier
um Fragen der strikten Einhaltung, der Festigung und
Durchsetzung der militärischen Disziplin und Ordnung geht -
und dazu muß - auch in Auswertung solcher Verstöße bzw.
Vorkommnisse - insgesamt noch mehr getan werden.

Ich habe zu den verschiedensten Anlässen gefordert:
Wer - wie die Tschekisten - über die Durchsetzung der
sozialistischen Gesetzlichkeit wachen soll, muß diese erst
recht vorbildlich einhalten. Mit Nachdruck stelle ich heute
erneut die Aufgabe, bereits ersten Anzeichen von Fehlver-
haltensweisen bis hin zu strafrechtlich relevanten Hand-
lungen mit der gebotenen Konsequenz zu begegnen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

107

ESTU	
000116	
	000115

Verletzungen von dienstlichen Bestimmungen und Weisungen, der Wachsamkeit, Konspiration und Geheimhaltung, Erscheinungen unwürdigen Verhaltens, der Mißachtung von Rechtsvorschriften, schweren Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung und die Schußwaffengebrauchsordnung, verantwortungslosem Umgang mit Mitteln und Fonds des MfS, dem Mißbrauch übertragener Befugnisse sowie der Schädigung des sozialistischen Eigentums ist entschiedener vorbeugend entgegenzutreten.

Sorglosigkeit und andere charakterliche Schwächen und Haltungen, mangelnde Kontrolle und Nachweisführung, ungenügende Durchsetzung der Dienstvorschriften, Duldung von Disziplinarverstößen, Gewöhnung an Pflichtverletzungen, Mißbrauch von Alkohol - alle diese Erscheinungen müssen noch zielstrebiger überwunden werden.

Das verlangt, in der politisch-ideologischen und erzieherischen Arbeit eine noch konsequenteren Auseinandersetzung mit Erscheinungen von Oberflächlichkeit, Gleichgültigkeit, Schwatzhaftigkeit, Routine und Formalismus, des Strebens nach ungerechtfertigten materiellen Vorteilen sowie mit solchen Charaktereigenschaften wie Egoismus, Überheblichkeit und Geltungsbedürfnis. Dabei ist die Vorbildrolle der Leiter und mittleren leitenden Kader weiter zu erhöhen und zu sichern, daß diese der vorbeugenden Verhinderung von Fehlverhaltensweisen noch größere Aufmerksamkeit widmen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

108 BSTU 000117 000116

Insgeamt muß es um eine offene und kritische, parteiliche und vertrauensvolle Atmosphäre in allen Kollektiven und um ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten, Partefunktionären und Mitarbeitern gehen. Kein Genosse darf mit seinen Problemen allein gelassen werden.

Das alles darf nirgendwo, in keinem Kollektiv unterschätzt werden. Solche Anforderungen, wie ich sie nur beispielhaft angeführt habe, sind von größter aktueller Bedeutung. Besonders im Zusammenhang mit Fehlverhaltensweisen stellen wir doch immer wieder fest, daß noch nicht in allen Kollektiven eine solche Atmosphäre, ein solches Vertrauensverhältnis herrscht und solche Beziehungen untereinander existieren, die die Gewähr dafür bieten, erste Anzeichen für Fehlverhaltensweisen, für politisch-ideologische Unklarheiten bis hin zu persönlichen Problemen und Schwierigkeiten zu erkennen.

Nicht in allen Kollektiven haben wir auch eine solche Situation, daß einzelnen Genossen wirklich kameradschaftliche, menschliche Hilfe erwiesen wird.

Ich spreche das hier so offen und kritisch an, weil in allen Diensteinheiten so gearbeitet werden muß, daß der Gegner auch mit seinen verstärkten Angriffen keine Lücke bei uns findet. Die Einheit und Reinheit unserer Reihen, die innere Sicherheit unseres Organs muß unter allen Lagebedingungen gewährleistet werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

108a

BStU

000118

000117

Genossen!

Wir treten jetzt in eine Mittagspause von 45 Minuten ein.

Die festgelegten Leiter von Diensteinheiten werden von der weiteren Teilnahme an der Dienstbesprechung entbunden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

109

BStU
000119

000118

Genossen!

Im letzten Komplex unserer heutigen Beratung werde ich zu einigen politisch-operativ bedeutsamen Erkenntnissen, Problemen und Aufgabenstellungen sprechen, die sich aus der bisherigen Um- und Durchsetzung der neuen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit Privatreisen von Bürgern der DDR sowie mit ständigen Ausreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland und der dazu erlassenen dienstlichen Bestimmungen ergeben.

In der Dienstbesprechung am 13. Dezember 1988 habe ich bereits die sich für die Diensteinheiten des MfS aus den neuen Verordnungen ergebenden grundsätzlichen politisch-operativen Aufgaben angewiesen und erläutert. Zwischenzeitlich konnten erste Erfahrungen hinsichtlich ihrer einheitlichen und konsequenten Anwendung gesammelt werden. Hinzu kommt, daß bekanntlich vor kurzem weitere zentrale Entscheidungen hierzu getroffen worden sind, aus denen sich weitergehende Konsequenzen für die politisch-operative Arbeit ergeben.

Bestätigt hat sich die bereits im Dezember getroffene Einschätzung, daß vom Gegner und feindlich-negativen Kräften im Innern massive Versuche unternommen wurden und werden, um die Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland und deren Anwendung als gegen die Interessen großer Teile der Bevölkerung der DDR gerichtet und nicht den KSZE-Ver einbarungen von Wien entsprechend zu diffamieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

110

BStU
000120

000119

Das geht einher mit der unverminderten Inspirierung von Bürgern der DDR zur Antragstellung auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, zum ungesetzlichen Verlassen der DDR, mit einer insgesamt verstärkten ideologischen Einwirkung unter Nutzung bzw. Mißbrauch der neuen Regelungen.

Wir wissen, daß davon die politisch-operative Lage entscheidend beeinflußt wird.

Zunächst zu einigen operativ bedeutsamen Erkenntnissen und Aufgaben im Zusammenhang mit Privatreisen von Bürgern der DDR.

Seit dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Januar 1989 bis einschließlich 31. März 1989 erfolgten insgesamt 1 230 396 Privatreisen von Bürgern der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland. Das entspricht gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einer Zunahme um 24,2 % und widerspiegelt damit die kontinuierliche Weiterentwicklung des Privatreiseverkehrs nach dem nichtsozialistischen Ausland.

Der Hauptanteil dieser Privatreisen entfällt mit ca. 75 % auf Alters- und Invalidenrentner - also Reisen gemäß § 7 Absatz 3 der Reiseverordnung.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

111

BStU

000121

000120

Privatreisen von Bürgern nach dem nichtsozialistischen Ausland gemäß § 7 Absatz 1 und 2 waren um ca. 19,8 % zurückgegangen, verglichen mit Reisen in dringenden Familienangelegenheiten im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die übergroße Mehrzahl aller entgegengenommenen Reiseanträge wurde positiv entschieden.

Gleichzeitig müssen wir jedoch beachten, daß im I. Quartal ca. 159 000 Anträge auf Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland nicht entgegengenommen wurden, da die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

Wir wissen, daß das zu umfangreichen negativen Äußerungen bzw. Reaktionen der betreffenden Bürger geführt hat, vor allem deshalb, weil vor Erlass der neuen Regelungen häufig auch solchen Reiseanliegen gemäß den praktizierten erweiterten Genehmigungsmöglichkeiten zugestimmt wurde.

Der Anteil der Nichtrückkehr von derartigen Reisen erhöhte sich von 0,39 % im Jahr 1988 auf 0,49 % im I. Quartal 1989, wobei eine von Monat zu Monat steigende Tendenz festzustellen ist. Hervorzuheben ist vor allem eine weitere Zunahme der Nichtrückkehr von Ärzten, Zahnärzten und mittleren medizinischen Personalen, von hochqualifizierten Kadern aus den Bereichen der Volkswirtschaft, besonders der Forschung und Entwicklung, sowie aus der Volksbildung.

Die Anzahl der Ehepaare, zunehmend auch mit erwachsenen Kindern, die von gemeinsamen Privatreisen nicht zurückgekehrt, hat sich nahezu verdoppelt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

112

BStU

000122

000121

Bekanntlich wurde auf der Grundlage einer zentralen Entscheidung durch den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei die 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 30. 11. 1988 über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland erlassen, die mit Wirkung vom 1. 4. 1989 in Kraft trat.

Ich setze voraus, daß der Inhalt dieser, die rechtlichen Grundlagen und Voraussetzungen für Privatreisen weiter präzisierenden Durchführungsbestimmung bekannt ist und verweise auf mein diesbezügliches Schreiben vom 14. März 1989 (VVS Nr. 25/89).

Unter Beachtung der Reaktionen der Bürger und der Aktivitäten des Gegners im Zusammenhang mit dem Erlaß der Verordnung vom 30. 11. 1988 ist davon auszugehen, daß die mit der 1. Durchführungsbestimmung gegebenen Möglichkeiten der Auslegung des § 7 der Reiseverordnung durch die Bürger voll ausgeschöpft werden. Das führte seit Inkrafttreten bereits zu verstärkten Vorsprachen in den Dienststellen des Paß- und Meldewesens, worunter sich erneut ein beträchtlicher Teil von Personen befindet, die Reisewünsche ohne Vorliegen der in der Reiseverordnung und der 1. Durchführungsbestimmung festgelegten Voraussetzungen vortragen.

Insgesamt wird es zu einem weiteren operativ beachtenswerten Anstieg des Privatreiseverkehrs in das nichtsozialistische Ausland kommen. Dem haben wir bei der Gestaltung und Organisation der politisch-operativen Sicherung von Privatreisen Rechnung zu tragen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

113

BSU	000123	000122
-----	--------	--------

Mit den jetzt vorgenommenen rechtlichen Präzisierungen und weisungsmäßigen Veränderungen im MdI wurden die aus zentraler Sicht notwendigen Ergänzungen bei der praktischen Umsetzung der Verordnung eingearbeitet.

Über diesen Rahmen hinaus sind keine Genehmigungen für Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zuzulassen. Keiner hat das Recht, auf territorialer Ebene gegenüber dem zuständigen VPKA oder Bereich des Paß- und Meldewesens weitgehende Anliegen durchzusetzen.

Notwendige Privatreisen im Zusammenhang mit der Rückgewinnung von DDR-Bürgern sind über die Hauptabteilung VII beim MdI zu veranlassen.

Bei der Umsetzung der rechtlichen Regelungen und der vorgenommenen Weisungsänderungen des MdI zum Privatreiseverkehr sind insbesondere folgende Konsequenzen zu berücksichtigen:

Mit der im § 4 der 1. Durchführungsbestimmung getroffenen Regelung, wonach Anträge auf Privatreisen von Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen auch zu den Ehegatten der Verwandten gestellt werden können, wenn bei diesen Gründe gemäß § 7 Absatz 2 der Verordnung vorliegen und dies auch entsprechend für die Ehegatten der Antragsberechtigten bei Reisen zu deren Verwandten gilt, wird das sogenannte "Onkel- und Tante-Problem" weitgehendst gelöst.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

114

BStU
000124

000123

Ich hebe jedoch nachdrücklich hervor, daß diese Regelung nur für die festgelegten Personenkategorien, nicht jedoch auf weitere Verwandtschaftsverhältnisse bzw. Schwägerschaftsbeziehungen gemäß dem § 7 (2) der Verordnung anzuwenden ist.

Hieraus ergeben sich für die Angehörigen des Paß- und Meldewesens höhere Anforderungen, insbesondere an die Überprüfung der tatsächlich seitens des Antragstellers vorliegenden Verwandtschaftsverhältnisse bzw. Schwägerschaftsbeziehungen.

Im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP ist verstärkt darauf Einfluß zu nehmen, daß durch die Angehörigen des Paß- und Meldewesens bei der Antragsentgegennahme im Gespräch mit den Antragstellern einer Privatreise gesicherte Erkenntnisse zum vorliegenden Verwandtschaftsverhältnis erarbeitet werden.

Im Zusammenhang mit der Beendigung der Verwandtschaftsverhältnisse bzw. Schwägerschaftsbeziehungen durch Scheidung oder Tod wird zur Vermeidung von Härtefällen darauf orientiert, von dem Grundsatz auszugehen, daß nach derartigen Ereignissen auch weiterhin Privatreisen prinzipiell möglich sind, sofern keine Versagungsgründe gemäß der Verordnung vorliegen. Im politisch-operativen Zusammenwirken mit der DVP ist darauf Einfluß zu nehmen, daß in diesen Fällen kein dogmatisches Vorgehen, sondern eine differenzierte Entscheidungsvorbereitung erfolgt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

115

BStU
600125

000124

In diesem Prozeß ist neben der vordergründigen Berücksichtigung der Intensität der bestehenden persönlichen Beziehungen und Verbindungen unter anderem herauszuarbeiten bzw. einzuschätzen,

- ob in der Vergangenheit zu dieser Person oder ihren früheren Ehegatten bereits Privatreisen durchgeführt wurden,
- ob ein vom Charakter her schwerwiegender Reisegrund gemäß der Verordnung vom 30. 11. 1988, wie z. B. Todesfall, lebensgefährliche Erkrankung, vorliegt,
- welche Folgen bei einer ablehnenden Entscheidung vor allem hinsichtlich des weiteren Verhaltens bis hin zur möglichen Antragstellung auf ständige Ausreise eintreten können.

Mit der 1. Durchführungsbestimmung (§ 5) wurden auch neu die Möglichkeiten geschaffen,

Schwerstgeschädigte, bei ärztlich attestierter Notwendigkeit, und Blinde

im Rahmen von Privatreisen in das nichtsoszialistische Ausland zu begleiten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

116

BStU

000126

000125

Obwohl in der Regel davon auszugehen ist, daß diese Begleitfunktion von im Haushalt lebenden bzw. anderen Verwandten wahrgenommen wird, kann die Begleitung auch durch eine vom Bedürftigen gewünschte andere Person über 18 Jahre erfolgen. In jedem Fall sind dazu weitergehende Überprüfungsmaßnahmen gemäß der 3. Durchführungsbestimmung zu meiner Dienstanweisung Nr. 4/85 vorzunehmen, zumal bei dieser Begleitperson keine Voraussetzungen gemäß § 7 der Reiseverordnung vorliegen müssen.

Eine Nutzung dieser Möglichkeiten zum Mißbrauch des Privatreiseverkehrs, einschließlich der Nutzung zur Durchführung von Privatreisen ohne die zu begleitende Person, ist konsequent zu unterbinden.

Gründlich zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch, ob die Voraussetzungen für eine Genehmigung derartiger Privatreisen mit PKW tatsächlich gegeben sind, ob Hinweise auf eine mißbräuchliche Nutzung des PKW für subversive oder andere feindlich-negative Handlungen vorliegen.

Ich verweise nochmals grundsätzlich darauf, daß an die Genehmigung von Privatreisen mit PKW aus den bekannten Gründen strengste Maßstäbe anzulegen sind.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

117

BSU	000127

000126

Auf ein weiteres Problem möchte ich ebenfalls aufmerksam machen.

Mit den Regelungen der 1. Durchführungsbestimmung erhöhen sich objektiv die Möglichkeiten zur Durchführung gemeinsamer Reisen durch Ehepaare. Ich unterstreiche dabei aber die Notwendigkeit, auch unter den jetzigen Bedingungen und Umständen bei der Genehmigung von gemeinsamen Reisen durch Ehepaare weiterhin die strengen Maßstäbe anzulegen, wie ich sie bereits am 13. Dezember 1988 dargelegt habe.

Aus den präzisierten Regelungen sowie aus den Erkenntnissen, die durch Untersuchungen von Fällen der Nichtrückkehr gewonnen wurden, ergeben sich weitergehende Anforderungen an die Qualität und Intensität der durchzuführenden, intern geregelten Prüfungshandlungen sowohl der DVP als auch unserer Diensteinheiten.

Konsequent ist zu gewährleisten, daß zu diesem Personenkreis auch nach erstmaligen Privatreisen geeignete Aufklärungs- und Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden, um rechtzeitig Veränderungen in den Verhaltensweisen, Einstellungen und Aktivitäten festzustellen, die auf die Vorbereitung eines ungesetzlichen Verlassens der DDR bei künftigen Privatreisen schließen lassen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

118

BSU
000128

000127

Bezogen auf gemeinsame Reisen von Eltern bzw. Elternteilen mit ihren im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern bleiben meine Ausführungen vom Dezember 1988 voll gültig. Das heißt, die Mitreise von minderjährigen Kindern ist konsequent zu unterbinden.

Auf ein weiteres Erfordernis möchte ich in diesem Kreis nochmals besonders aufmerksam machen. Bekanntlich sind auf der Grundlage der Reiseverordnung den Bürgern im Falle einer ablehnenden Entscheidung zu einer Privatreise die rechtlichen Gründe, also die Versagungsgründe, schriftlich mitzuteilen.

Vorliegende zentrale Erkenntnisse belegen, daß damit nicht unerhebliche Schwierigkeiten und Probleme verbunden sind. Das betrifft insbesondere die zielgerichtete Ausschöpfung aller Möglichkeiten hinsichtlich der Erarbeitung und Dokumentierung beweiskräftiger Informationen, die auch im Beschwerdeverfahren nicht erschüttert werden können.

Grundsätzlich muß es deshalb verstärkt darum gehen, für die Wahrnahme des Einspruchsrechtes die breite Palette der in der Reiseverordnung festgelegten Versagungsgründe noch gründlicher personenbezogen zu analysieren und konsequenter auszunutzen. Das gilt auch in den Fällen, wo nur inoffizielle Informationen vorliegen, die die Ablehnung der Reise notwendig machen. Vor allem im Prozeß der politisch-operativen Arbeit, durch den Einsatz der operativen Kräfte und Mittel sind stärker offiziell nutzbare Versagungsgründe herauszuarbeiten und zu dokumentieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

119

BStU

000129

000128

Nichts darf dabei verlorengehen, was für eine Entscheidung bzw. Begründung der Ablehnung bedeutsam sein könnte. Das schließt ein, entsprechende Anhaltspunkte oder Ausgangshinweise zielstrebig zu erfassen, zu verdichten, zu überprüfen und gegebenenfalls durch geeignete operative Maßnahmen zu legalisieren. Und das muß auch unter der Sicht weiterer, eventuell perspektivisch anstehender erneuter Reiseentscheidungen erfolgen.

Hinsichtlich der Anwendung der Versagungsgründe geht es insbesondere um die Erarbeitung beweiskräftiger Informationen über

- Vorbereitungshandlungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR,
- Verletzungen der Rechtsvorschriften der DDR bei früheren Auslandsaufenthalten,
- die Erschleichung von Reisegenehmigungen durch Vortäuschung von Verwandtschaftsverhältnissen und die Manipulierung von Reiseanlässen,
- die Teilnahme an feindlich-negativen bzw. kriminellen Aktivitäten im In- und Ausland,

um nur einige wesentliche Gesichtspunkte zu nennen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

120

BStU
000130

000129

Das Erfordernis der weiteren Qualifizierung der Arbeit auf diesem Gebiet ergibt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß im I. Quartal 1416 Bürger von dem im § 18 der Reiseverordnung eingeräumten Beschwerderecht Gebrauch gemacht haben und in ca. 30 % dieser Fälle die getroffene Entscheidung zugunsten der Bürger geändert werden mußte.

Das belegt die noch vorhandenen Mängel und Schwachstellen hinsichtlich der Objektivität und Beweiskraft bei der Anwendung der Versagungsgründe sowohl durch die DVP als auch durch unser Organ. Auch wenn wir als Ministerium für Staatssicherheit eine durch unser Einspruchsrecht getroffene ablehnende Entscheidung gegenüber dem betroffenen Bürger nicht vertreten müssen, so ist doch davon auszugehen, daß jede Entscheidungsänderung bei dem betreffenden Bürger die Objektivität der Entscheidungen seitens der DVP in Frage stellt und zum Autoritätsverlust führt.

Resultiert eine derartige Entscheidung dann noch aus einem im Ergebnis des Beschwerdeverfahrens zurückgezogenen Einspruch unseres Organs, so brauche ich wohl nichts weiter dazu zu sagen, welche negativen Wirkungen das auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen unseren Genossen und den Kampfgefährten in der DVP hat.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

121

BStU
000131

000130

Zu einem weiteren damit verbundenen Problem.

Ich hatte am 13. Dezember 1988 mit Nachdruck darauf orientiert, daß die Wahrnahme des Einspruchsrechts unseres Organs unter Bezugnahme auf § 13 Absatz 1 der Reiseverordnung nur in den begründet notwendigen Fällen zu erfolgen hat.

Wenn zu anderen Versagungsgründen nicht genügend offiziell beweiskräftiges Material vorliegt, darf nicht zugelassen werden, daß automatisch eine Ablehnung unter Bezugnahme auf § 13 Absatz 1 - Schutz der nationalen Sicherheit - erfolgt.

In gleicher Weise ist auch die politisch-operative Einflußnahme auf die DVP zu verstärken, zumal der Ausschluß der Möglichkeit auf gerichtliche Nachprüfung bei Versagung von Reisen unter Bezugnahme auf § 13 Absatz 1 nicht bedeutet, daß die betroffenen Bürger bei für sie fadenscheinigen Zusammenhängen derartige Entscheidungen ohne weitere Aktivitäten akzeptieren. Das wiederum setzt vermeidbare Ausgangspunkte für mögliche Konfrontationen mit den Staatsorganen.

Eine Reihe von Problemen und Fragen gibt es nach wie vor im Zusammenhang mit der Antragstellung auf Privatreisen durch solche Bürger, die einen Antrag auf ständige Ausreise bzw. in der Vergangenheit ein Ersuchen auf Übersiedlung gestellt haben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

122

BSU
000132

000131

Einerseits ist eine Nichtentgegennahme von Anträgen auf Privatreisen durch diesen Personenkreis trotz Vorliegens entsprechender Voraussetzungen bzw. eine generelle Ablehnung derartiger Anträge ohne Vorliegen konkreter Ver- sagungsgründe rechtlich nicht begründet.

Andererseits kann in diesen Fällen keine pauschale Entscheidung zur Genehmigung von Privatreisen erfolgen, da die Gefahr des Mißbrauchs der Reise, darunter insbesondere zur Nichtrückkehr, potentiell sehr groß ist.

Bewährt hat sich in der operativen Praxis der Grundsatz, bezogen auf jeden Einzelfall nach gründlicher Bewertung aller Umstände und Bedingungen, einschließlich der zur Gesamtpersönlichkeit und zum aktuellen humanitären Anlaß vorliegenden Informationen, flexibel und differenziert zu entscheiden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich bei diesen Entscheidungen stets um Risikoentscheidungen handelt und die potentielle Gefahr eines Mißbrauches der Privatreise zur Nichtrückkehr sowie zu anderen gegen die DDR gerichteten Handlungen sehr hoch ist, ergeben sich höhere Anforderungen an die Durchführung der internen Prüfungs- handlungen sowohl durch die Deutsche Volkspolizei als auch durch unser Organ.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

123

BSU
000133

000132

Grundsätzlich sollte in diesen Fällen, ausgehend von der differenzierten Bewertung der Person des Antragsstellers, von der Arbeitsgruppe gemäß Ordnung Nr. 0175/89 des MdI ein Standpunkt zum vorliegenden Antrag auf eine Privatreise des Antragstellers auf ständige Ausreise als Empfehlung für die durch das Paß- und Meldewesen zu treffende Entscheidung erarbeitet werden. Im Rahmen der Aufklärung und Realisierung der personenbezogenen Arbeit durch alle am Prozeß der Zurückdrängung der Antragstellung auf ständige Ausreise beteiligten Organe sind dabei solche Informationen zu erarbeiten, die - bezogen auf künftige bzw. die aktuell zu treffende Entscheidung zur Privatreise - als Grundlage für eine rechtliche Begründung zur Ablehnung der Reise genutzt werden können.

Andererseits könnte in Ausnahmefällen unter bestimmten Voraussetzungen einer Privatreise zugestimmt werden, wenn diese Genehmigung zur wirksamen Zurückdrängung des Antrages auf ständige Ausreise genutzt werden soll und begründete Aussichten auf Erfolg bestehen.

Dabei sollte von der in der Praxis bewährten Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, unmittelbar vor der Privatreise durch die Bereiche Inneres Aussprachen mit den Antragstellern auf ständige Ausreise zu führen, sie in geeigneter Form über die getroffene Entscheidung zu informieren und auf die Konsequenzen im Falle eines Mißbrauches der Privatreise zum ungesetzlichen Verlassen der DDR hinzuweisen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

124

BStU
000134

000133

Derartige Aussprachen sind auch geeignet, Ansatzpunkte für den zielgerichteten Einsatz unserer operativen Kräfte, Mittel und Methoden zu schaffen, um die wirklichen Reaktionen der Antragsteller auf genehmigte Privatreisen festzustellen und deren Mißbrauch zu verhindern.

Das trifft im Prinzip ebenfalls zu auf Antragsteller auf Privatreisen, bei denen es sich um Bürger handelt, denen in zurückliegender Zeit Übersiedlungsersuchen abgelehnt wurden, die diese staatliche Entscheidung akzeptierten und sich diszipliniert verhalten sowie jene, die derartige Ersuchen selbst zurückgenommen, das heißt endgültig von ihrem Vorhaben Abstand genommen haben.

Auch bei Antragstellungen auf Privatreisen von Bürgern der DDR zu Personen, denen in der zurückliegenden Zeit die ständige Ausreise bzw. Übersiedlung nach dem nichtsozialistischen Ausland durch die zuständigen staatlichen Organe der DDR genehmigt worden war, sind im Prinzip gleichermaßen differenzierte Einzelentscheidungen zu treffen. Eine Ablehnung einer Privatreise aus dem Grund, daß der Verwandte für ständig aus der DDR ausgereist ist bzw. übersiedelte, ist rechtlich nicht vertretbar.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

125

BStU
000135

000134

Jedem von Euch dürfte deutlich geworden sein, daß unter den veränderten Lagebedingungen den in der 3. Durchführungsbestimmung zu meiner Dienstanweisung Nr. 4/85 festgelegten Ziel- und Aufgabenstellungen für das politisch-operative Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei und die politisch-operative Sicherung der Bereiche Paß- und Meldewesen ein noch höherer Stellenwert beigemessen werden muß. Dabei haben wir vor allem noch stärkeren operativen Einfluß auf die einheitliche Anwendung der Weisungen für den Privatreiseverkehr zu nehmen. Das bezieht sich insbesondere auf die strikte Einhaltung der rechtlichen Regelungen, auf die wirksame Verhinderung des Unterlaufens oder Ausuferns dieser Regelungen oder auch des Befugnismißbrauchs sowie auf den entschlossenen Kampf zur wirksamen Zurückdrängung von Fällen der Nichtrückkehr.

Was die Nichtrückkehr von Privatreisen betrifft, so sind durch die zuständigen Diensteinheiten des MfS noch konsequenter die erforderlichen Untersuchungen entsprechend den in der 3. Durchführungsbestimmung zu meiner Dienstanweisung Nr. 4/85 enthaltenen Festlegungen zu führen.

Des weiteren ist im politisch-operativen Zusammenwirken vor allem mit der Deutschen Volkspolizei Einfluß darauf zu nehmen, daß zu allen Fällen der Nichtrückkehr die vom MdI hierzu festgelegten Untersuchungen geführt werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

126

BStU

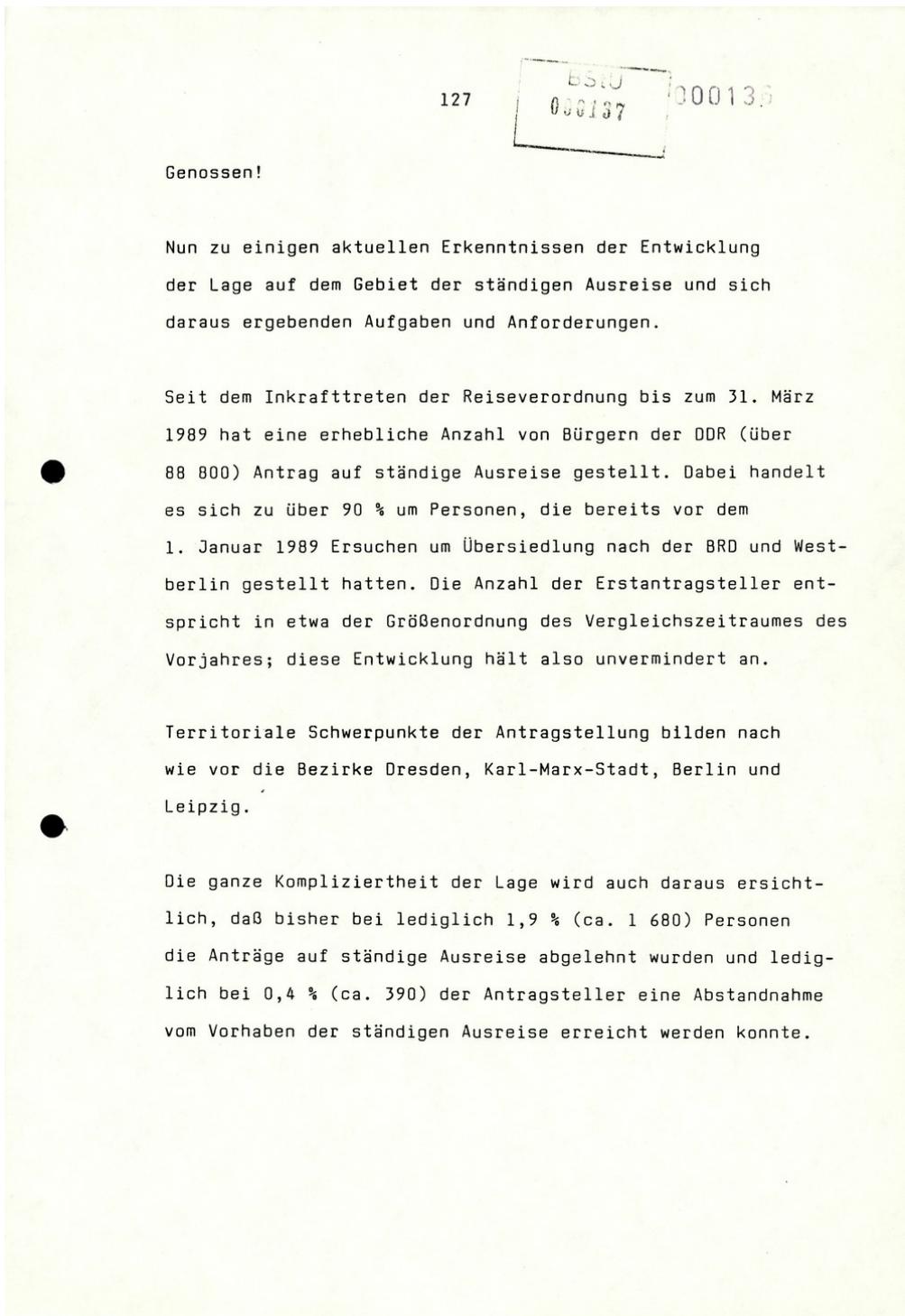
600136

000.135

Insgesamt muß die Untersuchung von Fällen der Nichtrückkehr von Privatreisen wirksamer dazu beitragen, Ursachen und begünstigende Bedingungen für das ungesetzliche Verlassen der DDR aufzudecken und zu beseitigen. Das schließt auch die Aufdeckung und konsequente Beseitigung von Fehlern, Mängeln und Schwachstellen im Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren sowie im operativen Zusammenwirken zwischen den VPKÄ und den Kreisdienststellen ein.

Mit der erforderlichen Aufmerksamkeit sind auch die Stimmungen, Meinungen und Reaktionen der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei zu den vorgenommenen Veränderungen zu verfolgen, um rechtzeitig Erscheinungen des Zweifelns an der Richtigkeit dieser Maßnahmen oder von Nachlässigkeit und Sorglosigkeit sowie von Resignation zu erkennen und wirksam zu ihrer offensiven Überwindung beizutragen.

Insbesondere im Hinblick auf die kommenden politischen und gesellschaftlichen Höhepunkte ist auch in bezug auf die Durchsetzung der Regelungen für den Privatreiseverkehr äußerst gewissenhaft zu arbeiten, um jegliche negative Auswirkungen, die zur Störung der Politik der Partei und unseres Staates führen können, auszuschließen oder weitestgehend einzugrenzen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

128

BStU
600138 000137

Diese Situation ist völlig unbefriedigend und entspricht in keiner Weise dem Grundanliegen der Reiseverordnung sowie den sicherheitspolitischen Erfordernissen ihrer Umsetzung. Sie zwingt alle operativen Diensteinheiten in noch stärkerem Maße dazu, durch entsprechende Einflußnahme auf die Partner des Zusammenwirkens sowohl die Anstrengungen zur Erreichung einer größeren Anzahl von Abstandnahmen zu erhöhen als auch konkretere Maßnahmen zur kontinuierlichen Ablehnung von ständigen Ausreisen auf der Grundlage der Reiseverordnung einzuleiten.

Bezogen auf Ablehnungen betrifft das vor allem Antragsteller, bei denen klare und unwiderlegbare Ablehnungsgründe vorhanden sind. Dieser Prozeß ist differenziert, unter Beachtung der konkreten politisch-operativen Situation im jeweiligen Verantwortungsbereich wirksamer zu planen und durchzuführen. Dabei sind solche bevorstehenden gesellschaftlichen Höhepunkte wie die Kommunalwahlen, das Pfingsttreffen der FDJ und der 40. Jahrestag der Gründung der DDR zu berücksichtigen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

129

BStU	000139	000138
------	--------	--------

Einerseits sind im Vorfeld dieser Höhepunkte möglichst keine Ablehnungen auszusprechen. Das heißt bezogen auf die Kommunalwahlen und den Jahrestag der DDR sind unmittelbar davor in allen Bezirken, und bezogen auf das Pfingsttreffen in der Hauptstadt, Berlin, keine Ablehnungen auszusprechen.

Danach ist dieser Prozeß auf der Grundlage fundierter Entscheidungen zügig und kontinuierlich fortzusetzen.

Diese mit dem MdI abgestimmte Orientierung haben die Bereiche Inneres erhalten. Andererseits ist es sicherheitspolitisch nicht vertretbar, wenn nach Ablauf der festgeschriebenen Frist von maximal 6 Monaten plötzlich in allen Bezirken in einem relativ kurzen Zeitraum eine Vielzahl von Ablehnungen ausgesprochen werden muß. Das könnte zu einer komplizierten Lage führen bzw. die an sich schon außerordentlich komplizierte Lage nur noch weiter verschärfen.

Deshalb ist in allen Bezirken die Ablehnung von ständigen Ausreisen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Anzahl der Gesamtantragsteller und unter Beachtung der Anzahl der genehmigten Ausreisen so zu organisieren, daß es sowohl zeitlich als auch territorial zu keinen derartigen Konzentrationen kommt.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

130

BSU
000140

000139

Ich betone nochmals:

Grundlage für die zu treffenden Festlegungen ist die konkrete und personenbezogene Einschätzung der politisch-operativen Lage im jeweiligen Verantwortungsbereich.

Dazu gehört auch die mit den Bereichen Inneres abgestimmte, jederzeit aktuelle Übersicht zu Antragstellern auf ständige Ausreise, zu erfolgten Ablehnungen und Abstandnahmen. Nur so können Entwicklungstendenzen und sich herausbildende Schwerpunkte rechtzeitig erkannt und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden. Da das auch von großer Bedeutung für die zentrale Einschätzung der Lage auf diesem Gebiet ist, müssen die gemäß meiner Dienstanweisung Nr. 2/88, Anlage 2, geforderten Informationen und statistischen Angaben exakt und rechtzeitig an die Zentrale übermittelt werden.

Ein weiterer, die politisch-operative Lage charakterisierender Faktor sind die verstärkten Versuche des Gegners, Bürger der DDR nicht nur schlechthin zu feindlich-negativen Aktivitäten, sondern zu spektakulären Aktionen zur Erzwingung ihrer ständigen Ausreise zu inspirieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BSU
000141
131 000140

Das erklärte politische Ziel dieses gegnerischen Vorgehens besteht offenkundig darin, die DDR zu weitergehenden Entscheidungen über ständige Ausreisen außerhalb der geltenden rechtlichen Regelungen zu veranlassen, uns damit unter massiven Druck zu setzen.

Die seit Anfang dieses Jahres anhaltenden Erpressungsversuche in diplomatischen Einrichtungen der BRD, insbesondere in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR und der BRD-Botschaft in Prag beweisen das nachhaltig. Allein die Anzahl der im Zeitraum 1. Januar bis 31. März 1989 in diplomatischen Einrichtungen der BRD in Erscheinung getretenen Erpresser - die dort die Zusage zur Genehmigung der ständigen Ausreisen erhielten - übersteigt erheblich die Personenzahl, die im gesamten Jahr 1988 und auch in den Vorjahren in Erscheinung getreten ist.

In Fortsetzung der völkerrechtswidrigen Praktiken der Beratung, Befragung und Registrierung von DDR-Bürgern, die die BRD-Vertretungen aufsuchen, werden diese regelrecht zum Verbleiben in den Vertretungen ermuntert, um so ihre ständige Ausreise zu erzwingen. Die Tatsache, daß die Diplomaten der BRD selbst ausgesprochene Kriminelle und Gewalttäter wie im Fall Metzger - die Zusammenhänge hierzu sind Euch aus meinem diesbezüglichen Schreiben vom 2. 3. 1989 bekannt - unter Berufung auf die Obhutspflicht gegenüber allen Deutschen (Artikel 116 des Bonner Grundgesetzes) nicht aus den Vertretungen verweisen und solche Fälle in den westlichen Massenmedien äußerst raffiniert und öffentlichkeitswirksam publiziert werden, regt natürlich bestimmte Personen in der DDR zur Nachahmung an.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

132

BStU

000142

000141

Zur Verhinderung eines größeren politischen Schadens für die DDR ist es gegenwärtig nach wie vor unumgänglich, derartige Erpressungsversuche möglichst schnell und ohne Aufsehen zu lösen. Das ist in der Regel aber meist nur mit Kompromissen möglich.

In einzelnen Fällen, insbesondere bei Ärzten, wurden den Erpressern außer der Zusage der Straffreiheit keine, in weiteren Fällen keine unmittelbaren Zusicherungen gegeben. Sie verließen die BRD-Vertretung und kehrten an ihre Wohnorte zurück. Gegen weitere Erpresser wurden wegen von ihnen begangener krimineller Handlungen, die nicht im Zusammenhang mit dem Verbleiben in einer diplomatischen Einrichtung der BRD stehen, Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet.

Diesbezügliche Ermittlungsverfahren und andere strafprozessuale Maßnahmen sind in Abstimmung mit der Hauptabteilung IX und der ZKG aus taktischen Erwägungen in der Regel durch die Deutsche Volkspolizei durchzuführen, auch wenn die Verdächtigen in Operativen Vorgängen bearbeitet werden.

Aufgabe der Leiter der operativen Diensteinheiten, in deren Verantwortungsbereich die Erpresser wohnhaft sind, muß es sein, nach Rückkehr dieser Personen in ihre Wohnorte unverzüglich die erforderlichen politisch-operativen Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, um zu verhindern, daß von ihnen oder von Personen aus ihrem Umfeld erneut feindlich-negative Aktivitäten ausgehen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

133

BSU
000143

000142

Im Zusammenwirken mit den Bereichen Inneres ist zu gewährleisten, daß mit diesen Personen in einem vertretbaren Zeitraum sachlich gesprochen wird. Ihnen ist mitzuteilen, daß sie - falls noch nicht erfolgt - einen Antrag auf ständige Ausreise stellen können, der positiv entschieden wird.

Die Ausreisetermine sind unter Ausschöpfung der mit der Reiseverordnung gegebenen Bearbeitungsfristen differenziert, in Abhängigkeit vom konkreten Einzelfall, festzulegen, um die mit der ständigen Ausreise solcher Personen verbundene negative Beispielwirkung einzuschränken.

Keinesfalls darf zugelassen werden, daß Mitarbeiter der Bereiche Inneres sich gegenüber Vorsprechenden oder vorgeladenen Botschaftserpressern unwissend stellen, mit diesen grob verfahren und damit Ursachen für erneute Erpressungsversuche zur Erreichung konkreter Ausreisetermine setzen.

Andererseits darf es nicht so sein, daß wir oder die Bereiche Inneres aus Angst vor eventuell nicht auszuschließenden Erpressungsversuchen, der Androhung anderer feindlich-negativer öffentlichkeitswirksamer Handlungen, von ungesetzlichen Grenzübertreten usw. generell vor notwendigen und rechtlich begründeten Ablehnungen zurückschrecken, uns verunsichern oder gar die Pistole auf die Brust setzen lassen.
Ein solches Verhalten würde unsere gesamte Handlungsfähigkeit entscheidend einschränken.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

134

BSTU
000144

000143

Ich verweise auch darauf, daß wir seit der Veröffentlichung der Reiseverordnung gleichfalls mit anderen öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen Handlungen und Vorkommnissen sowohl im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise, wie zum Beispiel die maßgeblich von reaktionären Kirchenkräften organisierte Zusammenrottung von ca. 650 Personen in Leipzig, als auch auf dem Gebiet des ungesetzlichen Verlassens der DDR konfrontiert sind, die vom Gegner immer massiver zur Forcierung seiner Hetz- und Verleumdungskampagne gegen uns ausgeschlachtet werden.

Das alles zwingt verstärkt dazu, vor allem die vorbeugende Arbeit weiter zu qualifizieren und zu gewährleisten, daß feindlich-negative Aktivitäten durch Antragsteller auf ständige Ausreise und andere Personen weitestgehend eingeschränkt und unterbunden werden.

Insbesondere muß jedem Hinweis auf Zusammenschlüsse und provokatorisch-demonstratives Auftreten von Antragstellern, auf beabsichtigte Angriffe gegen die Staatsgrenze, auf Botschafts- und Kirchenbesetzungen, auf Androhung von Gewalt und Suizidabsichten sowie auf andere operativ bedeutsame und gefährliche Handlungen unverzüglich und bis zur endgültigen Klärung nachgegangen werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
600145
000144
135

Für die operativen Diensteinheiten kommt es in noch stärkerem Maße darauf an, im Prozeß der Klärung der Frage "Wer ist wer?", der zielgerichteten Fortführung des Differenzierungsprozesses unter den Antragstellern, aber auch unter anderen Personenkreisen, potentielle Erpresser rechtzeitiger zu erkennen. In Abstimmung mit den Partnern des Zusammenwirkens ist durch geeignete Gegenmaßnahmen das Aufsuchen diplomatischer Einrichtungen zu verhindern.

In Auswertung zentraler Erkenntnisse haben sich die operativen Diensteinheiten dabei vor allem auf Personen zu konzentrieren,

- die in der Vergangenheit bereits mit Öffentlichkeitswirksamen Demonstrativhandlungen angefallen sind und zum Teil belehrt oder anderweitig diszipliniert wurden,

- die als Angehörige feindlich-negativer Zusammenschlüsse zur Durchsetzung von Übersiedlungsabsichten bzw. ihrer ständigen Ausreise bekannt wurden, an Zusammenrottungen, Schweigemärschen, Provokationen unter Mißbrauch von Veranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen oder der Kirche teilnahmen und Verbindungen zu Kräften politischer Untergrundtätigkeit oder reaktionären kirchlichen Kreisen unterhalten bzw. unterhielten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000146
000146
136

Das betrifft des weiteren solche Personen,

- die bereits mehrfach die ständige Vertretung der BRD oder andere diplomatische Einrichtungen westlicher Staaten aufsuchten bzw. auf andere Art Verbindung zu gegnerischen Stellen und Kräften aufnahmen,
- die wiederholt in Schreiben oder Vorsprachen, Protesterklärungen, Petitionen, Unterschriftensammlungen anderweitige Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer Ausreiseabsichten angekündigt oder realisiert haben,
- die aufgrund vorliegender Versagungsgründe von vornherein mit der Ablehnung eines Antrages auf ständige Ausreise rechnen und
- die Kontakte zu Erpressern unterhalten, denen wir die ständige Ausreise zugesichert haben.

Im Ergebnis differenzierter und abgestimmter politisch-operativer, straf- und ordnungsrechtlicher sowie anderer Maßnahmen gegen feindlich-negative Kräfte unter den Antragstellern, einschließlich der kurzfristigen Übersiedlung bestimmter Personen, wurden die feindlich-negativen Zusammenschlüsse in bestimmtem Maße verunsichert und zersetzt und öffentlichkeitswirksame provokatorische Auftritte unterbunden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

137

BStU

000147

000146

Wir müssen aber unbedingt in Rechnung stellen, daß diese feindlich-negativen Kräfte unter den Antragstellern sowie ein Teil weiterer Antragsteller, die sich bisher in Erwartung der Genehmigung ihrer ständigen Ausreise auf der Grundlage der Reiseverordnung diszipliniert verhalten haben, nach Ablehnung ihres Antrages mit massiven feindlich-negativen Aktivitäten in Erscheinung treten können und werden.

Zur vorbeugenden Verhinderung erneuter öffentlichkeitswirksamer Provokationen einschließlich Erpressungsversuche in diplomatischen Vertretungen und Kirchen haben alle territorial und objektmäßig zuständigen Diensteinheiten, besonders in den bekannten Schwerpunkten, ausgehend von den bereits vorliegenden Erkenntnissen zu Antragstellern auf ständige Ausreise, die operative Durchdringung dieses Personenkreises noch zielsicher voranzutreiben.

Wie die in meinem Auftrag durchgeföhrten Untersuchungen in einigen Bezirksverwaltungen ergeben haben, wird dieser Prozeß noch nicht in allen Diensteinheiten gleichermaßen gründlich und kontinuierlich durchgeföhr. Worauf es hierbei ankommt, dazu habe ich am 13. Dezember 1988 ausführlich gesprochen. Ich erwarte, daß die gestellten Aufgaben und gegebenen Orientierungen überall durchgesetzt und realisiert werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

138

BSI	000148

000147

Da wir weder im Rahmen unserer gesamten Gesellschaft noch als MfS die Kraft haben, uns mit gleicher Intensität um jeden Antragsteller zu bemühen, müssen wir - wie ich das ebenfalls bereits im Dezember hervorgehoben habe - unsere Hauptanstrengungen auf die Personen konzentrieren,

- von denen auf Grund ihrer feindlich-negativen Einstellung oder anderer bedeutsamer Denk- und Verhaltensweisen Gefahren ausgehen bzw. ausgehen können, vor allem in Form von öffentlichkeitswirksamen Handlungen zum Schaden der DDR im In- und Ausland, und

- die wir bei der weiteren erfolgreichen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, der Erhöhung ihrer Attraktivität und Anziehungskraft auf den verschiedensten Gebieten brauchen, wie z. B. Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer u. a. Personen mit abgeschlossener Hoch- bzw. Fachschulausbildung, Spezialisten und hochqualifizierte Facharbeiter sowie in der Öffentlichkeit weithin bekannte Prominente, wie z. B. Künstler und Sportler.

Im Ergebnis dieser Differenzierung muß gewährleistet werden, daß zu diesen Personen dann auch tatsächlich die erforderlichen konkreten politisch-operativen Maßnahmen getroffen werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

139

BStU

000149

000148

Das heißt, im Kern muß begründet entschieden werden,

- gegen welche Personen - entsprechend den zentralen Orientierungen zur Rechtsanwendung - mit überzeugenden und unangreifbaren strafrechtlichen Mitteln vorgegangen werden kann,

- welche Personen auf andere Weise wirksam und nachhaltig diszipliniert werden können und

- welchen Personen die Ausreise gestattet werden soll, weil sie nicht dauerhaft diszipliniert werden können und deshalb ständig Kräfte binden und weil von ihnen immer wieder Gefahren für die staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung ausgehen.

Im Ergebnis des Differenzierungsprozesses ist kontinuierlich festzulegen und mit den Bereichen Inneres abzustimmen, welchen Personen der letztgenannten Kategorie wann die ständige Ausreise genehmigt und wem zu welchem Zeitpunkt die Ablehnung des Antrages auf ständige Ausreise ausgesprochen werden soll.

Diese Entscheidungen, besonders zu den sogenannten Altfällen, die wir ja genügend kennen, dürfen nicht hinausgeschoben, sondern müssen kontinuierlich herbeigeführt werden. Das ist - wie ich bereits betont habe - angesichts der beträchtlichen Anzahl der seit Inkrafttreten der Reiseverordnung gestellten Anträge auf ständige Ausreise unbedingt erforderlich, um eine Anhäufung von Problemen im Zusammenhang mit den zu treffenden Entscheidungen bei Ablauf der Bearbeitungsfristen zu vermeiden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

BStU
000140 000149
140

Vor allem gilt das in den territorialen und objektmäßigen Schwerpunkten.

Notwendig ist auch, die Möglichkeiten, die sich aus der Zusammenführung aller verfügbaren offiziellen und inoffiziellen Informationen zu jedem Antragsteller ergeben, bei allen Entscheidungen noch gewissenhafter auszuschöpfen.

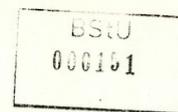
•
Noch nicht allen operativen Diensteinheiten gelingt es im erforderlichen Maße, das häufig umfangreiche Informationsaufkommen zu den Antragstellern kurzfristig und in der erforderlichen Qualität zu verarbeiten, vor allem analytisch zu durchdringen. Das führt zwangsläufig dazu, daß operativ bedeutsame Personen unter Antragstellern nicht oder zu spät erkannt und vorhandene operative Möglichkeiten ihrer Bearbeitung nicht bzw. zu spät genutzt werden. Hier ist unbedingt eine höhere Qualität erforderlich.

•
Genossen!

Eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit in den Kombinaten, Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland ist die klare Position der Leiter zu diesem gesamtgesellschaftlichen Anliegen und zu den eigenen sich daraus ergebenden Aufgaben.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

141



In meinem Auftrag durchgeföhrte erste Überprüfungen zur qualifizierten Umsetzung der Verfügung Nr. 192/88 des Vorsitzenden des Ministerrates auf verschiedenen Ebenen haben jedoch ergeben, daß es neben einer Reihe guter Beispiele aber auch noch erhebliche Reserven gibt. So sind gegenwärtig noch Erscheinungen anzutreffen, daß der Inhalt der genannten Verfügung zuständigen staatlichen Leitern nur unzureichend bekannt ist, nicht alle Leiter an den diesbezüglichen Einweisungen teilgenommen haben usw.

Ein derartiges Verhalten zeigt doch, daß in diesen Fällen die Arbeit mit Antragstellern als eine politische Aufgabe, als Bestandteil der Verantwortung der Leiter für die politische Führung und Leitung ihrer Kollektive im Sinne der einheitlichen Durchsetzung unserer Staatspolitik noch nicht richtig begriffen wurde.

Unsere Aufgabe muß es hier sein, durch geeignete Formen verstärkter Einflußnahme - das kann sowohl im direkten persönlichen Gespräch, über IM in Schlüsselpositionen, über den Weg der Parteiinformation und in anderer Weise erfolgen - die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß gemäß besagter Verfügung Nr. 192/88 arbeitsrechtliche oder andere restriktive Maßnahmen auf Grund der Antragstellung auf ständige Ausreise nicht zulässig sind. Genosse Erich Honecker hat das kürzlich nochmals nachhaltig unterstrichen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

142

BStU

000152

000151

Das heißt natürlich nicht, daß künftig von den gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten der Änderung bzw. Beendigung arbeitsrechtlicher Beziehungen zwischen Werktägigen sowie Betrieben und Einrichtungen kein Gebrauch mehr gemacht werden darf.

Arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zur Kündigung oder zur fristlosen Entlassung sind entsprechend den Rechtsvorschriften gegen Werktägige möglich - unabhängig davon, ob sie Antragsteller sind - bei Arbeitspflichtverletzungen, insbesondere bei schwerwiegender Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin oder staatsbürgerlicher Pflichten.

Die Nutzung dieser Möglichkeiten ist - auch unter politisch-operativen Aspekten -, vor allem bei Werktägigen in Betracht zu ziehen, für die sich aus Rechtsvorschriften, aber auch aus arbeitsrechtlichen Vereinbarungen besondere Anforderungen und Pflichten an die berufliche Tätigkeit ergeben.

Das betrifft zum Beispiel solche Werktägige, die

- Geheimnisträger sind,
- Leitungsaufgaben zu erfüllen haben, die mit einer Vertrauensstellung verbunden sind,
- Verantwortung für die Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen tragen,

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

143

BStU
000153

000152

- in verantwortlicher Position an für die Volkswirtschaft oder die Landesverteidigung bedeutenden Anlagen arbeiten.

Das Vorliegen der genannten Pflichtverletzungen durch Antragsteller ist in jedem Einzelfall unter Beachtung aller konkreten Umstände zu prüfen. Entsprechende arbeitsrechtliche Maßnahmen können also nur mit konkreten Pflichtverletzungen und dürfen nicht mit der Antragstellung begründet werden.

Die erforderliche einheitliche Vorgehensweise in diesen Fragen ist durch die zuständigen staatlichen Leiter entsprechend den in der nächsten Zeit zu erwartenden

"Orientierungen des Obersten Gerichts, des Generalstaatsanwaltes der DDR, des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne und des Bundesvorstandes des FDGB zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich bei Anträgen von Bürgern auf ständige Ausreise ergeben",

zu gewährleisten. In diesem Sinne ist durch die operativen Diensteinheiten die Einflußnahme darauf auszurichten, in den Betrieben, Kombinaten und Einrichtungen, in den Kreisen und Stadtbezirken ein einheitliches Vorgehen aller am Zurückdrängungsprozeß, an der Arbeit mit Antragstellern auf ständige Ausreise Beteiligten zu erreichen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

144

BStU
000153
000154

000153

Entscheidend ist, daß alle einbezogenen Kräfte, vor allem aber die Leiter und Funktionäre der einzelnen Arbeitskollektive, beginnend beim Kombinat bis hin zur Brigade sowie zum eingesetzten Betreuer noch besser in die Lage versetzt werden, die Politik der Partei und Regierung in überzeugender Weise darzulegen.

Ich möchte hier auch auf folgendes verweisen: Gemäß einer zentralen Festlegung sind in Zukunft alle geeigneten Arbeitskollektive offen über die in ihrem Bereich befindlichen Antragsteller auf ständige Ausreise und damit zusammenhängende wesentliche Probleme zu informieren. Dabei besteht das Anliegen darin, eine Isolierung der jeweiligen Antragsteller in ihren Kollektiven zu vermeiden, sie nicht gewissermaßen ins Abseits zu stellen, sondern mit ihnen offensiv politisch zu arbeiten, sich mit ihnen offen auseinanderzusetzen. Das setzt natürlich klare Haltungen, klassenmäßige Positionen gegenüber den Antragstellern in den betreffenden Arbeitskollektiven voraus.

Wir haben es im beträchtlichen Umfang nach wie vor auch mit Antragstellern zu tun, die von sich aus ihr Arbeitsrechtsverhältnis kündigen oder eine unter ihrer Qualifikation liegende Tätigkeit, meist in Privatbetrieben oder kirchlichen Einrichtungen, aufnehmen. Damit verfolgen sie vorrangig das Ziel, sich der gesellschaftlichen Einflussnahme zu entziehen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

145

BSU
000155

000154

Um diese Personen wieder so fest wie möglich in Arbeitskollektive zu integrieren, in denen ein wirksamer politischer Einfluß auf die Betreffenden ausgeübt werden kann, sind noch weitaus größere Anstrengungen erforderlich. Die Einflußnahme auf die zuständigen staatlichen Organe, besonders die Ämter für Arbeit, ist dahingehend zu verstärken, zielgerichtete Maßnahmen durchzuführen, damit eine größere Anzahl arbeitsfähiger Antragsteller auf ständige Ausreise, die gegenwärtig nicht in einem Arbeitsrechtsverhältnis stehen, zur Aufnahme einer geregelten beruflichen Tätigkeit veranlaßt werden.

Noch einige kurze Orientierungen zum Einsatz gesellschaftlicher Kräfte.

Durch die operativen Diensteinheiten wurden und werden verstärkte Anstrengungen unternommen, gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren und die jeweiligen Parteiorganisationen im Territorium bei der Lösung diesbezüglicher Aufgaben wirksam zu unterstützen. Dabei wurde eine Reihe positiver Erfahrungen gesammelt, die es zu verallgemeinern gilt. Ich möchte hier nur auf einige bewährte Mittel und Methoden der Vorbereitung und des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte hinweisen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

146

BStU
000156

000155

Hohe Anforderungen sind insbesondere an die Auswahl der gesellschaftlichen Kräfte zu stellen, die unmittelbar mit den Antragstellern arbeiten sollen. Es geht darum, erfahrene, der Persönlichkeit des jeweiligen Antragstellers entsprechende gesellschaftliche Kräfte auszuwählen, die die Möglichkeit und Fähigkeit besitzen, eine intensive, offensive und vor allem personenbezogene politisch-ideologische Arbeit mit Antragstellern auf ständige Ausreise durchzuführen. Das Ziel muß dabei darin bestehen, auf diese so einzuwirken, daß sie von ihrem Vorhaben zurücktreten bzw. sich auch bei Ablehnung ihres Antrages gesellschaftsgemäß verhalten.

Der Einsatz geeigneter gesellschaftlicher Kräfte hat sich insbesondere auch im Rahmen der Verhinderung geplanter öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten von Antragstellern wie Schweigemärschen, Ketten- oder Kreisbildungen, Zeigen von Plakaten, Losungen oder anderen Sichtelementen usw. bewährt, indem Wortführer isoliert und andere feindlich-negative Kräfte abgedrängt wurden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

147

147	BTU 000157
-----	---------------

000156

Ich verweise hier auch auf den Einsatz geeigneter Frauen oder Ehepaare, insbesondere bei Maßnahmen zur Zurückdrängung von an Schweigemärschen und anderen öffentlichwirksamen Aktivitäten teilnehmenden Müttern bzw. Frauen mit Kindern.

Wichtig ist, daß der Einsatz der gesellschaftlichen Kräfte stets mit den Sicherheitsorganen abgestimmt erfolgt, um entsprechend dem jeweiligen Anlaß, der konkreten politischen bzw. politisch-operativen Lage sowie den konkreten Bedingungen ihren effektivsten Einsatz zu gewährleisten. Gute Erfahrungen wurden dabei von den Leitern gesammelt, die vorausschauend Konzeptionen mit entsprechenden Varianten des Einsatzes ausgearbeitet haben, die ein schnelles, taktisch kluges und wirksames Handeln der Kräfte und den effektivsten Einsatz der Mittel sichern.

Soweit zu einigen Aspekten des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte. Ich hatte bereits an anderer Stelle angekündigt, daß Euch dazu ein Material zugestellt wird. Das ist zu nutzen, um in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den 1. Sekretären der SED-Bezirks- und Kreisleitungen eine weitere Mobilisierung, eine zweckentsprechende Auswahl und Befähigung gesellschaftlicher Kräfte zu erreichen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

148

BStU

600158

000157

Genossen!

Zu einigen Aufgabenstellungen und Anforderungen der weiteren Qualifizierung der Arbeit mit IM im Zusammenhang mit der Zurückdrängung von Antragstellern auf ständige Ausreise.

In letzter Zeit durchgeführte Untersuchungen deuten immer wieder darauf hin, daß insbesondere der Einsatz der IM auf diesem Gebiet nicht mehr den gewachsenen Anforderungen entspricht.

Es sind weitere Anstrengungen erforderlich, um noch stärker dem Grundsatz zu entsprechen, daß alle dazu geeigneten IM einen abrechenbaren Beitrag im Rahmen der Zurückdrängung von Antragstellern zu leisten haben. In besonderem Maße gilt das bereits für das rechtzeitige Erkennen potentieller Antragsteller, um verstärkt vorbeugend wirksam werden zu können. Durch eine umfassende Nutzung und den qualifizierten Einsatz von IM ist eine systematische operative Durchdringung des Verantwortungsbereiches zu gewährleisten. Dazu hatte ich ja schon einiges gesagt.

Jeglichen Tendenzen oder Auffassungen, daß die Durchführung von Maßnahmen zum rechtzeitigen Erkennen solcher Personen in erster Linie Sache der auf Linie ZKG/BKG eingesetzten Mitarbeiter sei, ist energischer entgegenzutreten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

149

BStU
000159

000158

Weiter vorankommen müssen wir auch beim Einsatz von IM zum Erkennen von Antragstellern, bei denen Erpressungsversuche zur Erzwingung der Ausreise nicht auszuschließen sind, bzw. beim Einsatz von IM zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen von Antragstellern generell.

Wenn z. B. im Ergebnis durchgeföhrter Kontrollen festgestellt wurde, daß im Rahmen der vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten von Antragstellern nur rund ein Zehntel dafür geeigneter IM genutzt werden, so zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wo noch unerschlossene Reserven und Potenzen in der Arbeit auf diesem Gebiet liegen. Die Leiter der Bezirksverwaltungen haben durch entsprechende Einflußnahme auf die Leiter der Abteilungen bzw. Kreisdienststellen/Objektdienststellen diesen Zustand schleunigst zu verändern. Dieser Prozeß ist natürlich durch die BKG aktiv zu unterstützen.

Dieses Problem erfolgreich zu lösen, verlangt von allen IM-führenden Mitarbeitern noch mehr Konsequenz und Bereitschaft, das vorhandene inoffizielle Potential im Interesse des Erkennens von potentiellen Antragstellern und der vorbeugenden Verhinderung von ihnen möglicherweise ausgehenden feindlich-negativen Handlungen noch allseitiger zu nutzen. Das verlangt, umfassender die Einsatzmöglichkeiten im Wohn- und Freizeitbereich zu erschließen und es nicht - wie das häufig noch der Fall ist - nur bei einem IM-Einsatz im Arbeitsbereich zu belassen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

150

BStU

GIGIV0

000159

Aber auch bezogen auf das Letztere sind hinsichtlich einer gezielten und konkreten Auftragerteilung und Instruierung noch erhebliche Reserven zu erschließen. Das schließt ein, auch die inoffizielle Basis besonders solcher Linien wie XVIII, XIX und XX zur Realisierung dieser Aufgaben zielgerichtet zu nutzen.

Insgesamt reichen die über Antragsteller vorliegenden Informationen nicht aus, um die erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung feindlich-negativer Handlungen, insbesondere mit provokatorisch-demonstrativem Charakter, einzuleiten. Über diese Personen ist das operative Wissen oftmals zu gering. Sie zwingen uns noch zu oft ihr Handeln auf und veranlassen uns zu Reaktionen, die der Durchsetzung weiterer wirksamer Maßnahmen bei der Gestaltung des Zurückdrängungsprozesses nicht immer dienlich sind.

In Anbetracht der ablaufenden Frist von 6 Monaten bei den Antragstellern, denen in Anwendung der neuen rechtlichen Bestimmungen die Ausreise nicht gestattet werden wird, ist es erforderlich, die operativen Kräfte rechtzeitig auf die Aufklärung der Absichten von Antragstellern, auf die Verhinderung feindlich-negativer Handlungen dieser Personen einzustellen. Rechtzeitig und verstärkt müssen Maßnahmen eingeleitet bzw. realisiert werden, die eine erneute Formierung dieser Personen und die Durchführung provokatorisch-demonstrativer Handlungen vorbeugend verhindern.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

151

BStU
600161

000160

Wie das zu erfolgen hat, dafür gibt es kein Rezept. Die jeweiligen Maßnahmen hängen entscheidend von der Entwicklung der politisch-operativen Lage ab.

Erforderlich ist, daß dazu in allen Verantwortungsbereichen eine gründliche Auswertung und Verallgemeinerung bisheriger Reaktionen und Handlungen solcher Personen erfolgt.

● Dabei geht es u. a. um solche Fragen:

- Welchen konkreten Anlaß sahen die Antragsteller in der Vergangenheit als willkommen, um öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Handlungen zur Erzwingung ihrer Ausreise zu begehen?
- Welche überörtlichen Zusammenkünfte bzw. Zusammenschlüsse von Antragstellern im Zusammenhang mit Erpressungsversuchen dieser Personen waren bisher typisch; welche Orte wurden dabei bevorzugt, und welche gesellschaftspolitischen Hintergründe waren dabei zu beachten?
- Worin bestanden bzw. bestehen die hauptsächlichsten Mittel und Methoden hartnäckiger Antragsteller, öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Handlungen durchzuführen?

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

152

BStU
000162 000161

Die dabei gewonnenen Erfahrungen müssen gründlich ausgewertet und verallgemeinert werden. Dabei geht es um die Erarbeitung gesicherter Erkenntnisse, um einen bestimmten operativen Vorlauf, ein rechtzeitiges Einstellen auf alle Eventualitäten. Anhaltspunkte herauszufinden bzw. allen Anhaltspunkten im Zusammenhang mit möglichen Erpressungsversuchen zur Erzwingung der ständigen Ausreise nachzugehen - darauf muß der IM-Einsatz noch stärker ausgerichtet werden.

Vor der ZKG und den BKG steht die Aufgabe, die zuständigen Leiter und Mitarbeiter noch stärker mit Angaben und Hinweisen vertraut zu machen, welche feindlich-negativen Handlungen hartnäckiger Antragsteller mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. In besonderem Maße trifft das jetzt auf Personen zu, die einen Antrag auf Ausreise stellten, die aber - ich betonte diesen Zusammenhang bereits - mit einer Ablehnung ihres Antrages zu rechnen haben.

Die Erfahrungen lehren auch immer wieder, daß sowohl der Einsatz von IM im Zurückdrängungsprozeß als auch in Verbindung damit die von den Linien III, 26 und M erarbeiteten Informationen noch umfassender genutzt werden müssen. Das hat aber unter strenger Beachtung von Konspiration und Geheimhaltung zu erfolgen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

153

BStU
000163

000162

Beim Einsatz operativ-technischer Mittel im Zusammenhang mit Antragstellungen ist bereits ein hoher Stand erreicht worden; die vorhandenen Möglichkeiten und Kapazitäten sind hier nahezu erschöpft.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein anderes Problem ansprechen. Es gibt bestimmte Erscheinungen, die inoffizielle Arbeit im Zusammenhang mit Antragstellungen auf ständige Ausreise in gewissem Maße zu verselbständigen. Oftmals wird das noch als Aufgabe angesehen, die wenig oder gar nicht mit den anderen Aufgaben im Verantwortungsbereich verknüpft ist.

Das soll nicht heißen, daß nicht besondere Bedingungen auf diesem Gebiet gegeben sind, unter denen die inoffizielle Arbeit zu organisieren ist. Aus diesen Bedingungen darf aber doch nicht abgeleitet werden, daß Abstriche an der konsequenten Durchsetzung der Richtlinie Nr. 1/79 oder anderer Weisungen zugelassen werden dürfen.

Gemäß Dienstanweisung Nr. 2/88 ist es möglich, bei Notwendigkeit unter der Voraussetzung mit Kontaktpersonen zu arbeiten, daß die operativen Kräfte, Mittel und Methoden sowie die innere Sicherheit des MfS nicht gefährdet und die Konspiration und Geheimhaltung gewahrt werden.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

154

BSU	000164
-----	--------

000163

Ich habe auch Veranlassung, auf die Festlegung zu verweisen, daß die Leiter über die Kontaktpersonen und ihre Nutzung eine exakte Übersicht zu führen haben.

Die Arbeit mit Kontaktpersonen ist eine Methode, die vor allem dann Anwendung finden kann, wenn in einem zeitlich eng begrenzten Zeitraum Personen veranlaßt werden können, aktuelle Informationen zu liefern, deren Beschaffung durch IM entweder nicht möglich ist oder einen zu langen Zeitraum bzw. zeitlichen Aufwand in Anspruch nehmen würde.

Die Arbeit mit Kontaktpersonen ist aber keineswegs ein "Ersatz" für die Arbeit mit IM unter den Antragstellern. Das muß klar sein.

Kontaktpersonen sind keine IM. Mit ihnen darf demzufolge auch nicht so gearbeitet werden wie mit IM. Wir haben aber Beispiele, daß Kontaktpersonen im Rahmen von OPK eingesetzt werden oder sich die Arbeit mit ihnen inhaltlich von der IM-Arbeit nur dadurch unterscheidet, daß die einen "registriert" sind und die anderen nicht. Hier zeigt sich, daß der Sinn und Zweck der Arbeit mit Kontaktpersonen falsch ausgelegt wird.

Es muß darum gehen, durch einen bereits vor der Kontaktierung konzeptionell durchdachten und aufgrund der politisch-operativen Lage begründeten sachverhalts- und personenbezogenen Einsatz der Kontaktpersonen konkrete operative Ergebnisse zu erreichen.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

155

BS:U	000165	000164
------	--------	--------

Dabei ist unbedingt der Grundsatz einzuhalten, daß eine Beauftragung der Kontakt Personen im wesentlichen nur auf der Grundlage der durch sie erarbeiteten Informationen erfolgen darf.

Bei allen auf diesem Gebiet eingesetzten operativen Mitarbeitern ist auch Klarheit darüber zu schaffen, daß Kontakt Personen entsprechend der Dienstanweisung Nr. 2/88 grundsätzlich keine Voraussetzungen zur Arbeit im und nach dem Operationsgebiet besitzen. Für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet gibt es eindeutige Weisungen, die strikt einzuhalten sind.

Zur Durchsetzung eines einheitlichen Standpunktes und zur weiteren Qualifizierung der Arbeit mit Kontakt Personen ist durch die ZKG in Zusammenarbeit mit der ZAIG kurzfristig eine verbindliche Orientierung zu erarbeiten.

Durchgeführte Kontrollen machten auch deutlich, daß bei der Werbung von Antragstellern als IM bzw. in der Zusammenarbeit mit solchen IM, die ohne Auftrag Antragsteller wurden, die damit verbundenen Sicherheitserfordernisse wesentlich stärker zu beachten sind.

Die leitungsmäßige Einflußnahme und Kontrolle ist verstärkt auf Grundfragen der Zusammenarbeit, wie z. B. den personenbezogenen Einsatz und die Gewährleistung der Konspiration, Geheimhaltung und inneren Sicherheit im IM-Bestand sowie im MfS, auszurichten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

156

BSU
000166

000165

Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit ist es darüber hinaus unbedingt erforderlich, die im Schreiben Nr. 3/87 vom 10. 3. 1987 bereits angewiesene Erarbeitung von Kurzauskünften bei Ausreise ehemaliger IM und Festlegung erforderlicher Maßnahmen gemeinsam mit den Abteilungen II auch anzuwenden bei ehemaligen IM, die die DDR ungesetzlich verlassen haben. Die ZAIG hat in Abstimmung mit den zuständigen Leitern die erforderlichen Schritte zur Neufassung des genannten Schreibens einzuleiten.

Noch einige Bemerkungen zur Arbeit im und nach dem Operationsgebiet.

Die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet im Zusammenhang mit Antragstellern auf ständige Ausreise muß einen meßbaren Beitrag zur Sicherung des Verantwortungsbereiches erbringen. Sie ist vor allem auszurichten auf die Aufklärung der Pläne und Absichten feindlicher Stellen und Kräfte, auf das Wirken von Feindorganisationen bzw. Feindpersonen in den Verantwortungsbereichen, auf die Kontrolle der Rückverbindungen sowie auf das Zusammenwirken äußerer Feinde mit Antragstellern.

Jede dieser Maßnahmen bedarf klarer konzeptioneller Vorstellungen, einer Abstimmung mit der federführenden Diensteinheit und der Bestätigung durch den Leiter der Bezirksverwaltung bzw. den Stellvertreter Operativ.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

157

BS:U
000167

000166

Jegliche Ansätze einer gewissermaßen "wilden" Arbeit, und Untersuchungsergebnisse belegen das immer wieder, sind konsequent zu unterbinden.

Am Grundprinzip, daß für eine Arbeit im und nach dem Operationsgebiet nur in der Abwehrarbeit überprüfte und jederzeit zuverlässige IM - abgestimmt mit der federführenden Dienst- einheit - zum Einsatz gebracht werden dürfen, darf es keine Abstriche geben.

Ich sage deshalb nochmals in aller Deutlichkeit:
Die Grundsätze der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet sind jederzeit einzuhalten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

158

BStU
000168

000167

Genossen!

Abschließend zu diesem Komplex informiere ich Euch darüber, daß entsprechend einer zentralen Entscheidung mehr Rückkehrersuchen von ehemaligen Bürgern der DDR, die in der Vergangenheit nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin übersiedelten, stattgegeben werden soll. Gradmesser für eine diesbezügliche Entscheidung ist der zu erwartende politische und ökonomische Nutzen für die DDR. Für diesen Personenkreis sind die getroffenen Festlegungen zur Wiedereingliederung durch die zuständigen Partei- und Staatsorgane stärker zu unterstützen.

Von den Leitern der zuständigen operativen Diensteinheiten ist dieser Prozeß auf der Grundlage meiner diesbezüglichen Weisung vom 8. März 1985 - VVS 0008 12/85 - entsprechend den neuen Festlegungen zu unterstützen. Damit wird keinesfalls die prinzipielle Gültigkeit der Sprecher-Erklärung des MfAA vom 5. April 1984 aufgehoben, wonach den Bitten um Gestattung der Rückkehr in die DDR - so verständlich sie auch sind - grundsätzlich nicht entsprochen wird.

Mit der politisch flexiblen Umsetzung dieser zentralen Entscheidung in der Praxis schaffen wir uns zugleich bessere Voraussetzungen für die Gestaltung und Erhöhung der Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

159

BStU
000169

000168

Das betrifft vor allem die Rückgewinnung bzw. Wiederaufnahme von Personen, die geeignet und in der Lage sind, nach Rückkehr in die DDR überzeugend öffentlichkeitswirksam im Prozeß der Zurückdrängung von Anträgen auf ständige Ausreise aufzutreten.

Zur Wahrung der Sicherheitsinteressen unseres Staates sind in jedem Einzelfall unter Beachtung der Gesamtzusammenhänge, der Persönlichkeit des Betreffenden, seiner Motive für die beabsichtigte Rückkehr, seines Willens zur Wiedergutmachung usw. differenzierte Überprüfungen vorzunehmen und Vorschläge zu unterbreiten.

In solchen Fällen, in denen ein entsprechender politischer Nutzen für unsere Republik zu erreichen ist, sind die erforderlichen Maßnahmen unverzüglich durchzuführen.

Daß bei alledem bekanntlich auch Fragen der Spionageabwehr, der operativen Kontrolle dieser Personen u. ä. eine wesentliche Rolle spielen, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Das alles unterstreicht die Notwendigkeit, unter Führung der Partei die gemeinsamen Anstrengungen im Kampf um die Zurückdrängung von Anträgen zur ständigen Ausreise sowie damit im Zusammenhang stehenden feindlich-negativen Vorkommnissen,

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

160

BStU
000170

000169

Handlungen und Erscheinungen, insbesondere aber zu deren vorbeugender Verhinderung, weiter zu intensivieren. Dabei dürfen in keiner Weise die vielfältigen Zusammenhänge zum ungesetzlichen Verlassen der DDR übersehen werden.

In diesem Kreis brauche ich keine näheren Ausführungen dazu zu machen, daß die provokatorischen Angriffe des Gegners gegen die Staatsgrenze der DDR, insbesondere von Westberlin aus, unvermindert fortgesetzt werden und zum Teil verstärkt wurden. Euch ist bekannt, daß gegnerische Kräfte bereits seit langem daran interessiert sind, an der Staatsgrenze einen Zustand permanenter Unruhe zu inszenieren.

Ich weise auch darauf hin, daß aus dem Kreis von Antragstellern auf ständige Ausreise bereits jetzt eine hohe Zahl der Grenztäter kommt. Es ist zu erwarten, daß sich diese Tendenz fortsetzt.

In den Jahren 1987/88 und in den ersten Monaten dieses Jahres haben Angriffe aus dem Innern auf die Staatsgrenze erheblich zugenommen. Trotz bedeutender Anstrengungen im Innern und bei der Sicherung der Staatsgrenze gab es einen wesentlichen Anstieg von Grenzdurchbrüchen, darunter zahlreiche spektakuläre Aktionen, die durch hohe Gesellschaftsgefährlichkeit und Risikobereitschaft der Täter gekennzeichnet waren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

161

BSU
000171

000170

Durch eine umfassende Vermarktung in den Medien des Gegners ist der DDR erheblicher politischer Schaden entstanden und die offensive Politik unserer Partei gestört worden.

Diese Hetzkampagne wurde im Februar und März dieses Jahres im Zusammenhang mit der völlig gerechtfertigten Anwendung der Schußwaffe durch Angehörige der Grenztruppen der DDR, mit gelungenen und verhinderten ungesetzlichen Grenzübertreten, zum Teil mittels schwerer Technik sowie mit dem Überfliegen der Staatsgrenze zu Westberlin mit einem mit Gas gefüllten Ballon, weiter eskaliert.

Damit in diesem Kreis völlige Klarheit besteht, noch ein prinzipieller Hinweis zur Anwendung von Schußwaffen zum Zwecke der Verhinderung von ungesetzlichen Grenzübertreten an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin sowie an der Seegrenze:

Entsprechend einer Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung sind Schußwaffen nur anzuwenden, wenn das Leben von Grenzsicherungskräften oder anderen Personen, wie z. B. Geiseln, durch Grenzverletzer oder bewaffnete Überfälle von außen bedroht ist und die Gefahr auf keine andere Art und Weise beseitigt werden kann. Die Schußwaffe ist auch anzuwenden zur Verhinderung von Fahnenfluchten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

162

BSU
000172

000171

Diese Weisung gilt natürlich auch für Angehörige des MfS, die ungesetzliche Grenzübertritte zu verhindern haben.

Mit allem Nachdruck fordere ich von den Leitern der zuständigen Diensteinheiten, für die strikte Durchsetzung dieser Weisung zu sorgen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch kurz ein Beispiel anführen. Vorgestern konnte im Bezirk Potsdam (Glienicker Nordbahn) unter Abgabe eines Warnschusses durch Angehörige der Grenztruppen ein gewaltamer Grenzdurchbruch mittels eines entwendeten NKW "Krass-Kipper" verhindert werden. Hierbei hat sich erneut bestätigt, daß es in bestimmten Situationen, wenn gewaltsame Angriffe auf die Staatsgrenze mittels schwerer Technik oder anderer gefährlicher Mittel erfolgen und damit das Leben von Grenzsicherungskräften gefährdet wird, durchaus unumgänglich sein kann, mit der Abgabe eines Warnschusses darauf zu reagieren und die weitere Tatabusführung zu unterbinden.

Aktuelle Einschätzungen zur Entwicklung der politisch-operativen Lage auf dem Gebiet des ungesetzlichen Verlasses der DDR über die Staatsgrenze zur BRD, zu Westberlin und über die Seegrenze sind in einer von meinem Stellvertreter, Generalleutnant Neiber, bestätigten Rückflußinformation der ZKG an die Leiter der operativen Diensteinheiten enthalten.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

163

BStU
000173

000172

Sie haben zu gewährleisten, daß diese Information gründlich ausgewertet wird und die dargestellten Erkenntnisse, Erfahrungen, Schlußfolgerungen, Orientierungen und Aufgabenstellungen entsprechend der konkreten politisch-operativen Lage im jeweiligen Verantwortungsbereich zur weiteren Qualifizierung, insbesondere der vorbeugenden Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, genutzt werden.

Ich erteile den Leitern der Bezirksverwaltungen den Auftrag, die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen und der jeweiligen Kreisleitungen der SED ständig aktuell darüber zu informieren, welche ungesetzlichen Grenzübertritte verhindert wurden und welche Personen bzw. Personenkreise das im jeweiligen Verantwortungsbereich betrifft und welche Ursachen und begünstigenden Bedingungen dabei festgestellt wurden.

Insgesamt sind die Anstrengungen zur vorbeugenden Ausschaltung jeglicher Überraschungen an der Staatsgrenze durch geeignete politisch-operative Maßnahmen wesentlich zu erhöhen.

Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze, im Grenzgebiet und grenznahen Raum sind noch straffer durchzusetzen, insbesondere schwere Technik und andere für Grenzdruchbrüche geeignete Hilfsmittel müssen noch wirksamer gesichert werden.

Durch alle operativen Diensteinheiten sind beabsichtigte Grenzverletzungen aus dem Innern der DDR rechtzeitiger, vor allem an den Ausgangsorten der Grenzverletzer und bevor diese das Grenzgebiet erreichen bzw. an die Grenzsicherungsanlagen gelangen können, aufzuklären und zu verhindern.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

164

Genossen!

000174 000173

Der Inhalt unserer heutigen Dienstbesprechung hat deutlich gemacht:

Angesichts der Lage, des strategischen Planes und der Ziele des Gegners und des verstärkten Wirksamwerdens innerer Feinde sowie angesichts bestimmter Entwicklungen und Erscheinungen in verschiedenen sozialistischen Ländern hat die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und hoher politischer Stabilität in der DDR, in jedem Verantwortungsbereich noch weitaus größere Bedeutung.

Ich wiederhole, was ich zu Beginn meiner Ausführungen gefordert habe; es gilt die ganze Kompliziertheit, Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Entwicklung der internationalen Lage richtig zu sehen, den Angehörigen zu vermitteln und mit für ihre ideologische Stärkung und Mobilisierung zur gewissenhaften Erfüllung des uns übertragenen Klassenauftrages zu nutzen.

Es gilt, unsere Genossen in der Gewißheit zu bestärken, daß unsere Partei unabsehbar an den Grundfragen, an der führenden Rolle der Partei, an der Stärkung und Sicherung der Macht der Arbeiter und Bauern, am Sozialismus festhält und in diesem Sinne entschlossen die bewährte Politik fortführt. Wir führen die Beschlüsse unserer Partei durch.

An unserem Kampfabschnitt - an der Grenze zur NATO und zur BRD als stärkste imperialistische Macht in Europa - müssen wir alles dafür tun, daß der Sozialismus unerschütterlich ist und allen Angriffen und Provokationen standhält. Äußeren und inneren Feinden dürfen wir keine Chance geben, die Situation bei uns zu destabilisieren.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

165

BSU
000175 000174

Sicherheit und Stabilität der DDR - das ist nicht nur eine Frage des Schutzes und der Sicherung der Errungenschaften unserer Werktätigen in der 40jährigen Geschichte der Republik, sondern auch ein entscheidender Faktor des Friedens und der Sicherheit des Sozialismus in Europa. Auch deshalb nimmt unsere Republik im Kalkül des Gegners eine Schlüsselrolle ein. Und weil das so ist, deshalb ereifert er sich besonders gegen alles, was der Stärkung und Sicherung unserer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung dient. Diese Zusammenhänge gilt es allen Angehörigen immer wieder aktuell und lagebezogen zu erläutern.

Wir brauchen die Einsatzbereitschaft und hohe Qualität in der Arbeit jedes einzelnen, die Stärkung der Kampfkraft jedes Dienst- und Parteikollektivs, um gerade in der heutigen Zeit maximal dazu beizutragen, die Macht, unseren Staat der Arbeiter und Bauern politisch und ökonomisch zu stärken und zuverlässig zu schützen.

Verstärken wir in diesem Sinne in allen Diensteinheiten die Anstrengungen!

Mobilisieren wir alle Kräfte in Vorbereitung der vor uns stehenden gesellschaftlichen Höhepunkte auf dem Weg zum XII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

166

BS:U
000176

000176

Genossen!

Zum Schluß unserer Dienstbesprechung will ich Euch unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Genossen Gorbatschow auf dem jüngsten Plenum der KPdSU noch einmal aufzeigen, wie richtig unsere politische Linie zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit, einer hohen Ordnung, Sicherheit und Disziplin, zur Durchsetzung hoher Rechtssicherheit und der Gesetzlichkeit ist. Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie muß immer einhergehen mit der konsequenten Einhaltung der sozialistischen Rechtsordnung, mit der Wahrnehmung der gesetzlichen Pflichten und Verantwortlichkeiten. In diesem Sinne haben wir auch immer mit unseren sowjetischen Kampfgefährten gesprochen. Und wenn Genosse Gorbatschow die von mir nachfolgend zitierten Einschätzungen und Orientierungen vornimmt, dann zeigt das, daß wir auch auf diesem Gebiet klare gemeinsame Positionen haben:

"Von Anfang an hätten wir berücksichtigen müssen, daß jede Erweiterung der Demokratie, jede Humanisierung des Lebens einhergehen muß mit kompromißlosem Kampf gegen verbrecherische Elemente. Doch sowohl die Partei- und Staatsorgane als auch die Arbeitskollektive haben diesen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Rechtsschutzorgane waren ihren Aufgaben nicht gewachsen. Mancher war womöglich der Ansicht, daß die Entwicklung der Demokratie humanere Bedingungen für Verbrecher schaffen soll.

Referat Erich Mielkes auf einer Dienstbesprechung kurz vor den Kommunalwahlen 1989

167

BStU
000177 000176

In Wirklichkeit muß es im Rahmen echter Demokratie den verbrecherischen Elementen weitaus schlechter und den Bürgern weitaus besser gehen. So muß es, auf eine Formel gebracht, aussehen. Wir müssen die Situation ernsthaft korrigieren.

Im Interesse der ganzen Gesellschaft, jedes Arbeitskollektivs, jedes einzelnen Bürgers muß alles getan werden, damit unsere Rechtsschutzorgane entschlossen, sachkundig und überzeugt, in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz handeln. Hier, Genossen, kann man meiner Ansicht nach nicht geteilter Meinung sein. Natürlich müssen wir mit allen Mitteln die Ebene der Kompetenz der Rechtsschutzorgane erhöhen, sie mit ehrlichen und unbestechlichen Kadern festigen, von zufälligen und unwürdigen Personen befreien. Wenn wir jedoch wollen, daß unsere Gesetze wirksam werden, daß sie uns sowie den Prozeß der Demokratisierung, Offenheit und Umgestaltung schützen, müssen die Rechtsschutzorgane gleichzeitig die ständige Unterstützung seitens der Gesellschaft bei der Ausübung ihrer keineswegs leichten Pflicht spüren. Natürlich müssen wir für sie sowohl in moralischer als auch in materieller Hinsicht Sorge tragen. Der Schutz der Rechtsordnung, der staatlichen und gesellschaftlichen Disziplin ist Anliegen aller Bürger, der ganzen Gesellschaft, aller Arbeitskollektive. Das verkündet unsere Verfassung."

Soweit das Zitat. Wir haben immer in diesem Sinne gearbeitet, und das werden wir auch weiter tun, so wie wir die Aufgaben heute gestellt haben. Bei ihrer Realisierung wünsche ich Euch viel Erfolg.